

Untersuchungskommission des Wiener Gemeinderats

Gravierende Missstände in der Versorgung von psychiatrischen PatientInnen im Verantwortungsbereich der Gemeinde Wien

29. Sitzung vom 30. Jänner 2009

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|--|--------------------|
| 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenden | S. 3 |
| 2. Zeugeneinvernahme von Frau Vizebürgermeisterin amtsführende Stadträtin Mag. Renate Brauner | S. 3 bis S. 27 |
| 3. Zeugeneinvernahme von Herrn Bürgermeister Dr. Michael Häupl | S. 27 bis S. 42 |
| 4. Diverses | S. 42 bis S. 43 |
| 5. Weitere Vorgangsweise | S. 43 bis S. 44 |

(Beginn um 9.30 Uhr)

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf Sie zur heutigen 29. Sitzung der Untersuchungskommission des Wiener Gemeinderates betreffend „Gravierende Missstände in der Versorgung von psychiatrischen PatientInnen im Verantwortungsbereich der Gemeinde Wien“ herzlich begrüßen.

Zur Beschlussfähigkeit darf ich die Mitglieder der Untersuchungskommission begrüßen:

GRin Mag. Waltraut Antonov.

GRin Mag. Waltraut **Antonov**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GR Christian Deutsch.

GR Christian **Deutsch**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GRin Marianne Klicka.

GRin Marianne **Klicka**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GRin Ingrid Korosec.

GRin Ingrid **Korosec**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GR David Lasar.

GR David **Lasar**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GR Karlheinz Hora.

GR Karlheinz **Hora**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GRin Veronika Matiasek.

GRin Veronika **Matiasek**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GRin Anica Matzka-Dojder.

GRin Anica **Matzka-Dojder**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GR Dr. Alois Mayer.

GR Dr. Alois **Mayer**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GRin Gabriele Mörk.

GRin Gabriele **Mörk**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GRin Dr. Sigrid Pilz.

GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GRin Karin Praniess-Kastner.

GRin Karin **Praniess-Kastner**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GRin Mag. Sonja Ramskogler.

GRin Mag. Sonja **Ramskogler**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GRin Silvia Rubik.

GRin Silvia **Rubik**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**:

GR Univ.-Prof. Dipl.Ing. Dr. Ernst Pfleger

GR Univ.-Prof. Dipl.Ing. Dr. Ernst **Pfleger**: Ja.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Damit darf ich auch die Beschlussfähigkeit feststellen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung darf ich Frau Vizebürgermeisterin und amtsführende

Stadträtin Frau Mag. Renate Brauner begrüßen Sie ist in Begleitung ihrer Vertrauensperson Herrn Dr. Franz Zörner.

Ich darf Sie bitten Platz zu nehmen.

Frau Vizebürgermeisterin! Sie werden hier als Zeugin über die Ursachen und die Verantwortung der bekannt gewordenen Missstände, Planung der Wiener Gesundheitsversorgung, Personalsituation, Beschwerdemanagement, Qualitätssicherung und „state of the art“-Versorgung, Sicherheit von PatientInnen und Personal, bauliche infrastrukturelle Gegebenheiten und die Schnittstelle intra- und extramurale Versorgung.

Sie haben als Zeugin die Wahrheit zu sagen. Sie haben jedoch die Möglichkeit, die Beantwortung von Fragen, die für Sie mit persönlichen Nachteilen verbunden wären, zu verweigern.

Wir haben die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht.

Ich darf Sie zunächst bitten, Ihren beruflichen Werdegang vorzustellen und dann den Fragen der Kommissionsmitglieder zur Verfügung stehen.

Frau Vizebürgermeisterin, bitte.

VBgmin Mag. **Brauner**: Einen schönen guten Morgen!

Ich darf der Einladung zur Vorstellung Folge leisten.

Mein Namen ist Renate Brauner. Ich bin 1956 in Wien geboren, hier zur Schule gegangen, hier maturiert. Ich habe dann das Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften auf der Universität begonnen und habe schon während meiner Studienzeit in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien in der wirtschaftspolitischen Abteilung halbtags zu arbeiten begonnen. Ich habe das Studium dann vollendet, bin weiter der Arbeiterkammer treu geblieben und habe dort weiterhin in der wirtschaftspolitischen Abteilung, speziell im Bereich Konsumentenpolitik und Konsumentenschutz, gearbeitet.

1990 bin ich in den Wiener Landtag und Gemeinderat gewählt worden. Seit 1996 bin ich Mitglieder Wiener Landesregierung.

Zuerst war ich zuständig für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal, also auch ein großes Ressort.

2004 habe ich das Ressort für Gesundheit und Soziales übernommen.

Anfang 2007 habe ich das 3. Ressort Finanzen, Wirtschaftspolitik und die Wiener Stadtwerke übernommen. In diesem Ressort bin ich immer noch und diese Funktion ist auch mit der Funktion der Vizebürgermeisterin verbunden.

Ich bin also, wie Sie an diesem Lebenslauf hören können, zirka zweieinhalb Jahre für den Bereich Gesundheit und Soziales in dieser Stadt zuständig und tätig gewesen. Zwei unglaublich spannende Jahre, zweieinhalb herausfordernde

Jahre, denn das Ressort ist nicht nur unglaublich groß - ich hatte nicht die Gelegenheit alle Protokolle der Arbeit dieser Kommission zu studieren, weil die momentane wirtschaftliche Situation natürlich in dem Ressort für Wirtschaftspolitik nicht meine 100, sondern 150 prozentige Aufmerksamkeit, Konzentration und Arbeitseinsatz verlangt. Ich habe natürlich einen Teil der Protokolle mir angeschaut und weiß von daher, dass Sie über die Dimension und die Ausmaße dieses Ressorts hier auch schon diskutiert haben.

Wenn ich so in die Runde blicke, sehe ich ja sehr viele KollegInnen und GemeinderätInnen, die in diesem Ressort sehr aktiv tätig sind. Das heißt, dieses Ressort ist von der Dimension und von der Größe sehr herausfordernd, es ist aber auch inhaltlich unglaublich herausfordernd. Ich habe immer gesagt, es ist das Menschenressort. In diesem Ressort geht es um das höchste Gut der Menschen: um die Gesundheit. Das ist eine ganz besondere Herausforderung, macht es ganz besonders wichtig, ganz besonders spannend, ganz besonders herausfordernd.

Die zentrale Herausforderung, die ich, wie ich diese Funktion im Juli 2004 angetreten habe, gesehen habe und der ich gegenüber gestanden bin, brauche in dieser Runde, wenn ich mich da so umschaue, glaube ich, auch nicht besonders erläutern, denn viele von Ihnen waren dabei. Es ist damals die Frage der geriatrischen Versorgung Wiens ganz im Vordergrund gestanden. Das war die größte Herausforderung, der ich gegenüber gestanden bin.

Es war mir damals ein sehr großes Anliegen und basierend auf den Arbeiten meiner VorgängerInnen, auf den Arbeiten der Geriatriekommission wirklich neue Strukturen im Bereich der Versorgung der älteren Menschen dieser Stadt zu schaffen. Ich glaube, dass wir das auch mit dem Geriatriekonzept, das – ich erlaube mir das so einzuschätzen – eine Jahrhundertreform und eine wirklich revolutionäre Veränderung der Struktur, weg von Großversorgungseinrichtungen, hin zu dezentralen wohnungsähnlichen kleinen Einrichtungen für die Menschen darstellt. Dieses Geriatriekonzept wurde damals entwickelt und hat in sehr hohem Ausmaß meine Aufmerksamkeit verlangt.

Das war aber kein Geriatriekonzept nur für den Krankenanstaltenverbund, das ist mir wichtig zu sagen. Sondern wir haben auch eine sehr enge Kooperation mit den Privaten. Wenn ich nur an die wirklich enge freundliche Verbindung zu den Häusern der Barmherzigkeit und zur Caritas Socialis denke.

Ich denke, hier haben wir wirklich ein Gesamtkonzept entwickelt, das sich auch strukturell – ich habe es immer als meine Aufgabe als Politikerin gesehen, strukturelle Rahmenbedingun-

gen zu schaffen - durch die Gründung einer eigenen Teilorganisation im Krankenanstaltenverbund gezeichnet und niedergeschlagen hat.

Ein zweiter Schwerpunkt, dem ich mich gegenüber gesehen habe, war das neue Spitalskonzept. Ich denke, dass sich hier in dieser relativen kurzen Zeit sehr viel verändert hat. In die Zukunft blickend die Lokomotive Wien Nord, wo wir eben eine völlige neue Orientierung der Spitalslandschaft vorbereitet und zum Teil auch schon begonnen haben und wo ich auch mit sehr, sehr vielen MitarbeiterInnen diesbezüglich im Gespräch war.

Mein Prinzip ist, bleibt und wird in Zukunft immer sein: Veränderungen sind gerade in so einem Ressort wichtig, die muss es permanent geben. Dies gilt für mein jetziges Ressort genau so. Aber, es geht nur gemeinsam mit den MitarbeiterInnen und nie über ihre Köpfe hinweg.

Der dritte Punkt, und erlauben Sie mir ihn noch anmerken, weil ohne diesen Punkt - obwohl er nicht so handfest ist wie der Bau neuer Spitäler oder neuer Geriatriezentren - würden die anderen beiden nicht funktionieren. Mir war es ganz wichtig eine positive Änderung der Unternehmenskultur, eine Kultur des Vertrauens im Krankenanstaltenverbund zu erreichen.

Ich sagte vorher, ich war viel bei den Leuten draußen. Meine erste Betriebsversammlung war im Geriatriezentrum Am Wienerwald und da war die Stimmung bei den Menschen so, dass manche BetreuerInnen fast den Tränen nahe waren und verängstigt waren. Wenn wir eine positive Fehlerkultur wollen, wenn wir wollen, dass Menschen Fehler zugeben und dafür zu Sorgen, dass sie möglichst nie wieder passieren, brauchen wir eine Kultur des Vertrauens. Das habe ich als meine große Aufgabe gesehen.

Höhepunkt war eine Qualitätskonferenz, die wir dann auch im Krankenanstaltenverbund gemacht haben, wo ein leider viel zu früh verstorbener Mann, Alfred Worm, diese Konferenz damals im Auftrag des Krankenanstaltenverbundes geleitet und sehr positive Worte gefunden hat, die mich sehr gefreut haben.

Letzter Punkt, wirklich allerletzter Punkt, weil hier die Psychiatrie im Mittelpunkt ist. Da waren damals zwei Schwerpunkte von meiner Seite zu setzen: das Thema Entstigmatisierung. Dieser Bereich, der mir ein ganz großes Anliegen war und weit über das Medizinische hinaus geht, ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Die zweite große Aufgabe, der ich mich gewidmet habe, war die Frage der Regionalisierung, also der Fortsetzung der Psychiatriereform.

Danke schön.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Danke vielmals.

Frau GRin Korosec, bitte.

GRin **Korosec**: Danke, Herr Vorsitzender.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Vizebürgermeisterin! Sie haben gesagt, zweieinhalb Jahre waren Sie für die Gesundheitspolitik in Wien verantwortlich.

Hier habe ich gleich einmal die erste Frage an Sie. Sie wurden im April 2006 durch Angehörigenbriefe über äußerst schlimme Zustände in der Psychiatrie des Otto-Wagner-Spitals informiert. Diese Briefe stammen von einer Familie, deren Sohn lange Zeit im Otto-Wagner-Spital untergebracht war. Die Familie kritisierte scharf, dass der Sohn unnötig lange und in den eigenen Exkrementen liegend in einem Netzbett untergebracht war. Trotz lautstarkem Hinweis des Patienten und der Angehörigen wurde nichts unternommen. Er hätte aufs WC wollen, dies hat man ihm versagt. Das heißt, er musste ins Bett machen. Während der Nachtstunden war ein Arzt für zirka 200 bis 250 PatientInnen zuständig.

Es wurde auch Ihnen kommuniziert, die PatientInnen mussten mehrere Tage in verschmutzter Wäsche liegen, weil die Wäscheversorgung grundsätzlich nicht funktionierte. Dieser Brief ist an Sie im April 2006 gegangen.

Frau Vizebürgermeisterin! Jetzt frage ich Sie, warum haben Sie auf diese gravierenden Vorwürfe nicht sofort reagiert? Hielten Sie sie für nicht glaubwürdig? Es ist nämlich damals nichts passiert.

VBgmin Mag. **Brauner**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Diesen Brief den Sie hier zitieren, an den kann ich mich nicht erinnern.

Es ist von Frau Kollegin Mag. Wehsely schon aufgezählt worden, wie viele Schriftstücke in der gesamten Periode mit der sich diese Untersuchungskommission befasst, im gesamten Bereich des Ressorts Gesundheit und Soziales eingetroffen sind. Das heißt, nachdem ich hier unter Wahrheitspflicht stehe – im Übrigen würde ich auch wenn ich das nicht tun würde, die Wahrheit sagen, aber ich tu ich es ganz besonders – es sind viele, viele Briefe eingelangt und ich kann mich an diesen Brief nicht erinnern. Es würde mich, ehrlich gesagt, auch sehr wundern, denn in meinem Ressort sind Briefe - das war, egal in welchem Ressort so - die Mängel aufgezeigt haben, immer behandelt worden. Es war für mich ein Grundprinzip, dass ich allen MitarbeiterInnen gesagt habe: Wenn es irgendwo einen Hinweis gibt, dass etwas nicht in Ordnung ist, dann muss dem nachgegangen werden. Allerdings und darauf lege ich sehr großen Wert, in jenem Bereich, der dafür zuständig ist.

Ich habe es immer als meine Aufgabe gesehen, als politisch Verantwortliche dafür zu sorgen, dass die Strukturen passen, dass diejenigen, die für etwas zuständig sind, diese Aufgabe

auch machen. In diesem Bereich haben nicht zuletzt auch den PatientInnenanwalt gehabt, der sich mit Beschwerden befasst hat. Das heißt, sollten Beschwerden gewesen sein, sind sie an ihn und an die jeweiligen zuständigen Stellen entsprechend weitergeleitet worden. Ich kann mich über den tragischen Vorfall, den es gegeben hat und der hier schon öfters diskutiert wurde, im Otto-Wagner-Spital hinaus, an keine Information über andere Fälle erinnern. Weder seitens des PatientInnenanwaltes noch sonst.

GRin **Korosec**: Frau Vizebürgermeisterin! Das erstaunt mich jetzt sehr, denn dieser Brief wurde auch in der „Presse“ am 19. Dezember 2007 mit der Überschrift „Psychiatrieskandal – Politik war gewarnt.“ teilweise abgedruckt. Da sieht man auch, dass der Brief an Sie gegangen ist und da bin ich schon überrascht, dass Sie davon überhaupt nichts wissen.

VBgmin Mag. **Brauner**: Ich kann nur auf meine vorherige Bemerkung verweisen.

GRin **Korosec**: In diesem Zusammenhang: Auch die PatientInnenanwaltschaft hat diesen Brief bestätigt.

Frau Vizebürgermeisterin! Mich würde auch interessieren: Wenn man jetzt von diesem Brief absieht, ich bin überzeugt, dass Sie in den zweieinhalb Jahren sicher mehrere Briefe bekommen haben, wo Ihnen mitgeteilt wurde, dass im Otto-Wagner-Spital nicht alles in Ordnung ist, weil wir haben diese Briefe auch bekommen.

Was Sie überhaupt unternommen? Haben Sie das an den Herrn Bürgermeister weitergeleitet? Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, wenn Sie informiert wurden, dass es Missstände gibt?

VBgmin Mag. **Brauner**: Zum Ersten möchte ich sehr klar festhalten, dass das - so wie Sie das darstellen, dass konkrete Missstände an mich weitergeleitet wurden - so nicht richtig ist, geschweige denn, dass etwas an den Herrn Bürgermeister weitergeleitet wurde. So hat sich das überhaupt nicht dargestellt.

Was wahr ist, – wie ich grundsätzlich mit Beschwerden umgegangen bin, habe ich vorher dargestellt und um jetzt auf das Otto-Wagner-Spital zu kommen – dass ich mich grundsätzlich natürlich für das Otto-Wagner-Spital, genauso wie für alle anderen Bereiche, interessiert habe. Interessieren bedeutet für mich immer hingehen, anschauen, selber mit den Menschen reden, weil ich eben der Ansicht bin, dass man am besten vor Ort einen Eindruck bekommt.

Wobei ich auch klar machen möchte, dass ganz besonders im Vordergrund meines Amtsantrittes und in Wirklichkeit auch der gesamten zweieinhalb Jahre im Besonderen, eben die Geriatrie und die Neustrukturierung der gesamten Spitalslandschaft stand und in dem Zusam-

menhang war ich natürlich auch im Otto-Wagner-Spital. Ich kann sagen, dass dieser Besuch in Wirklichkeit der erste Schritt zu dieser großen Neugestaltung des Otto-Wagner-Spitals war, die ich dann auch angegangen habe und wo ich dann auch ein entsprechendes Konzept präsentiert habe.

Dieser Besuch im Otto-Wagner-Spital war in mehrfacher Hinsicht beeindruckend. Zum einen, welche tolle Arbeit die MitarbeiterInnen dort machen und was dort geleistet wird. Zum anderen natürlich, die besondere Herausforderung der Struktur dieses Spitals mit den vielen Pavillons, mit dem Denkmalschutz, hier moderne Medizin in denkmalgeschützten Rahmenbedingungen zu machen, ist natürlich nicht einfach. Es haben die Renovierungen dieser Pavillons immer sehr viel Geld gekostet, wenn man Hightech-Medizin mit Denkmalschutz in Einklang bringen möchte. Deswegen habe ich das getan, was auch meine Aufgabe als Politikerin ist, mir strukturelle Pläne mit meinen MitarbeiterInnen gemeinsam erarbeitet, wie wir dort die Rahmenbedingungen verbessern können.

Das war eben einerseits die Frage der Neustrukturierung oder die Umsetzung der Pläne der weiteren psychiatrischen Versorgung. Dafür war aber auch eine Umstrukturierung des gesamten Otto-Wagner-Spitals notwendig und es ist damals bei diesem Besuch der erste Schritt gesetzt worden.

Sie erinnern sich: So etwas geht nicht von einem Tag auf den anderen, das verlangt viel Vorbereitung, viel Überlegung, auch diesen Gesamtzusammenhang, wie ja die einzelnen Versorgungsleistungen auch mit einander zusammenhängen. Das Ergebnis dieser Diskussionen war dann die Neustrukturierung, wo wir gesagt haben, wir machen eine völlige Neuorientierung des Otto-Wagner-Spitals. Wir ziehen uns mit der medizinischen Versorgung auf die westliche Seite zurück und die östliche Seite wird freigegeben. Weil wir unbedingt wollen, dass die Psychiatrie auch weiter regionalisiert wird.

Das habe ich als meine Aufgabe gesehen, das haben wir auch getan und ich habe das damals auch präsentiert. Zu meiner großen Überraschung bin ich damals auf den Widerstand der Oppositionsparteien gestoßen. Das hat mich überrascht, weil ich dachte, dass die Regionalisierung der Psychiatrie ja allgemeine Meinung ist. Jetzt passiert es Schritt für Schritt und dass die Dinge in der Gesundheitsversorgung im Spitalswesen Zeit brauchen, ist etwas, was vielleicht nach außen nicht so leicht zu vermitteln ist, aber es ist so.

Denn, in den Spitälern oder in den Geriatrieeinrichtungen – und das wissen Sie Frau Gemeinderätin – ist es nicht wie in der Theaterland-

schaft, wo man sagt: „Jetzt machen wir das so und halten das Theater spielfrei.“

Wir müssen die Menschen weiterhin die versorgen, die höchste und beste Qualität der Menschen steht im Vordergrund, alle Veränderungen müssen parallel laufen und deswegen geht es nur schrittweise.

GRin **Korosec**: Frau Vizebürgermeisterin, meine letzte Frage.

Sie haben gesagt, Sie waren im Otto-Wagner-Spital und Sie waren am 4. Oktober 2004 dort und der Technische Direktor SR Dipl. Ing. Aumayr hat das ja bestätigt. Er hat Ihnen auch die gravierenden Schwachpunkte gezeigt und im ganz Besonderen ist es ja der Pavillon X, wo die sanitären Anlagen, ich brauche das nicht alles wiederholen, Sie wissen das ganz genau.

Wieso hat es jetzt Jahre gedauert und es musste eine Untersuchungskommission kommen, damit der Pavillon X zumindest, also nicht wirklich renoviert wird, aber doch so weit instandgesetzt wird, dass man sagen kann, es ist menschenwürdig, wenn man dort aufgehoben wird.

VBgmin Mag. **Brauner**: Liebe Frau Gemeinderätin!

Sie wissen, dass sehr viel im Otto-Wagner-Spital passiert ist. Es sind die Zahlen hier schon diskutiert worden. Es war der Direktor Dr. Aumayr, der – ich hoffe ich zitiere ihn jetzt richtig – gesagt hat: „In den vergangenen 10 Jahren ist im Otto-Wagner-Spital mehr investiert worden, als in den gesamten 100 Jahren zuvor.“

Ich habe Ihnen vorher dargestellt, dass mein Besuch im Otto-Wagner-Spital der entscheidende Schritt in die Richtung war, dass wir gesagt haben, wir reorganisieren das gesamte Spital. Wir verbinden einerseits die Regionalisierung der Psychiatrie, die im Zuge des zweiten großen gesellschaftspolitischen Anliegens, der Entstigmatisierung der Psychiatrie, hin in die normalen Spitäler, dass mein Besuch damals der erste Schritt war.

Es ist parallel gelaufen. Einerseits diese grundsätzliche Neuorientierung und andererseits ist in dieser Zeit auch sehr viel passiert. Es ist in dieser Zeit auch sehr viel renoviert worden. Die einzelnen Abläufe, wann welcher Pavillon zuerst renoviert wird – auch das hat der Direktor Dr. Aumayr gesagt – ist auch eine Entscheidung, die vor Ort getroffen wird.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Herr GR Deutsch, bitte.

GR **Deutsch**: Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin!

Ich kann eigentlich direkt an die Fragen der Frau Kollegin Korosec anschließen, die auch heute wieder ihrer Linie treu geblieben ist zu skandalisieren. Alles andere hätte mich auch

überrascht.

Denn Briefe, denen Sie entnehmen, dass nichts passiert wäre in der Folge, das ist nicht der Stand der Untersuchungskommission. Ich habe Sie oft genug aufgefordert, allfällige Beweise für Behauptungen auf den Tisch zu legen. Im Gegenteil, es ist eigentlich die Frage, dass das Beschwerdemanagement funktioniert, nie in Diskussion und in Streit gestanden. Das war auch in den letzten Sitzungen gar kein Thema.

Ich verstehe auch, dass man sich nach Jahren nicht an jedes Schreiben erinnern können muss. Wenn ich mir vorstelle, dass Sie oder Ihre Kollegin Dr. Pilz sich oft nicht mehr erinnern können, was hier vor einer Stunde gesagt wurde, dann nehme ich auch an, dass es möglich sein wird, dass man sich im Detail, insbesondere wenn man nicht mehr die Unterlagen hat, so wie Sie, nicht mehr wissen muss, was vor Jahren in einem Brief gestanden ist. Das Wesentliche ist aber, dass jeder Beschwerde nachgegangen wurde und das ist bisher zumindest außer Diskussion gestanden.

Ich komme aber zur ersten Frage, die ich an Sie richten möchte.

Wir haben mit Schreiben vom 13. August 2008 auf Grund des Amtshilfeersuchens vom 28. April 2008 Unterlagen betreffend den Brandvorfall im April 2005 bekommen. Diesen Unterlagen konnten wir entnehmen, dass die Nachtdienst habenden ÄrztInnen und auch die Pflegepersonen ein Protokoll angefertigt haben, dass die Ärztliche Direktorin, die Primaria der Abteilung sowie die Angehörigen und in der Folge auch die Kollegiale Führung und ebenso der Inspektionsdienst informiert wurden. Alle Veranlassungen sind in diesem Konvolut, das uns übermittelt wurde, auch ordnungsgemäß dokumentiert. Ebenso ist der Journaldienst der Generaldirektion, der Generaldirektor, die Teilunternehmensdirektorin, die Stabstellen auch entsprechend informiert worden. Die Patientin wurde erstversorgt, in das Allgemeine Krankenhaus gebracht, wo auch die Krankengeschicht dokumentiert wurde.

Das Allgemeine Krankenhaus hat – wie auch vorgesehen – eine Anzeige an die Sicherheitsbehörde erstattet. Dieses Verfahren wurde im Jänner 2006 von der Staatsanwaltschaft Wien – wie auch der Herr Staatsanwalt Mag. Jarosch hier bei seiner Einvernahme bestätigt hatte – eingestellt, da kein Grund zur weiteren Verfolgung vorlag.

Es ist dieser Unterlage auch zu entnehmen, dass mit der Patientin selbst von der zuständigen Primaria auch ein Gespräch geführt wurde, wo die Patientin ersuchte, weil sie ja klarstellen wollte, dass keine der betreuenden Personen der 5. Psychiatrischen Abteilung schuld an ihrer

Situation habe, sie habe sich das Feuerzeug organisiert, könne sich jedoch nicht mehr erinnern, wie dies zu bewerkstelligen war und wollte lediglich die Gurte aufbrennen, sich aber nicht selbst anzünden. Das ist hier ganz klar dargestellt und ausgeführt.

Meine Frage wäre: Haben Sie von diesem tragischen Vorfall Kenntnis erlangt und wurden Sie vom Krankenanstaltenverbund über diese einzelnen Schritte, die hier sehr genau dokumentiert sind, auch informiert?

VBgmin Mag. **Brauner:** Ja, ich bin selbstverständlich informiert worden, mein Büro ist informiert worden und hat mich dann davon in Kenntnis gesetzt.

Meine erste Reaktion war natürlich die einer tiefen Betroffenheit. Denn grundsätzlich ist es immer so, wenn es zu einer so einem tragischen Fall kommt, dass natürlich die menschliche Situation im Vordergrund steht, die einem - jetzt unabhängig davon, was da alles passiert ist - sehr traurig und betroffen macht.

Ich habe natürlich auch nachgefragt, ob alle Veranlassungen gesetzt wurden, wiewohl diese Frage damals und das war wohl mehr aus der Betroffenheit heraus, dass ich diese Frage gestellt habe, eine rhetorische war. Das kann ich deswegen noch so genau sagen, weil dieser schreckliche Fall im April 2005 war und das war – das kann ich jetzt nicht mehr mit Sicherheit sagen – wenige Tage oder wenige Wochen vorher, aber sehr knapp vorher, dass wir die Stabstelle für Sofortmaßnahmen eingerichtet haben.

Ich wiederhole: Ich habe es als meine Aufgabe gesehen – das gilt für das jetzige Ressort genau so – strukturelle Voraussetzungen zu schaffen, für die Strukturen zu sorgen und um eben, wenn es zu besonderen Vorfällen kommt – das können jetzt weniger tragische sein oder so tragische, wie der jetzt hier angesprochene – war es mir und, ich weiß, auch dem Generaldirektor wichtig, dass strukturelle Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass alle Maßnahmen sofort, genau so wie es vorgeschrieben ist, umgesetzt werden. Und dass man das nicht den MitarbeiterInnen vor Ort überlässt, die ja oft auch in einer psychischen Ausnahmesituation sind, weil es auch für sie sehr belastend ist. Deswegen haben wir diese Stabstelle für Sofortmaßnahmen geschaffen, die eben Garant dafür ist, dass alle Maßnahmen gesetzt werden, die gesetzt werden müssen, damit es auch zu einer Überprüfung und zu einer entsprechenden externen Überprüfung kommt. |

Insofern war meine Frage: „Ist eine Anzeige erstattet worden? Ist das alles, so wie in den Richtlinien des Krankenanstaltenverbundes vorgesehen, auch wirklich umgesetzt worden?“ eine rhetorische Frage, weil wir knapp vorher darüber

gesprächen haben. Aber sie war aus der Betroffenheit heraus und selbstverständlich habe ich das getan und habe auch immer wieder nachgefragt, wie die Situation ist und habe dann später die Nachricht bekommen – ich kann nicht sagen wie lange später –, dass dieses Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurde.

GR **Deutsch:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! In den bisherigen 28 Sitzungen, die wir in dieser Untersuchungskommission durchgeführt haben, konnten wir, so wie es im Einsetzungsantrag heißt, keine gravierenden Missstände feststellen. Daher kann ich Ihnen dazu auch keine Frage stellen.

Wir haben uns in der Untersuchungskommission ja auch die Frage stellen müssen: Gibt es für allfällige gravierende Missstände eine politische Verantwortung? Nachdem wir keine gravierenden Missstände festgestellt haben, ist das auch mit einem klaren „Nein“ zu beantworten.

Wir sind aber auch der Auffassung, dass natürlich, so wie in jedem Unternehmen, auch Fehler passieren können. Sie haben ja auch in Ihrer Einleitung darauf hingewiesen, dass überall dort, wo Menschen sind, auch Fehler passieren können und daher eine positive Fehlerkultur bzw. ein funktionierendes Beschwerdemanagement ganz wesentlich ist.

ÄrztInnen, die vor dieser Untersuchungskommission auch ausgesagt haben, haben auch darauf hingewiesen, dass auch ein innerbetriebliches Betriebsklima ganz, ganz wesentlich ist. Daher meine Frage: Haben Sie in Ihrer Amtszeit auch an Betriebsversammlungen an den einzelnen Krankenhausstandorten teilgenommen bzw. Gespräche mit MitarbeiterInnen an den psychiatrischen Abteilungen geführt?

VBgmin Mag. **Brauner:** Ja, selbstverständlich. Ich sagte vorher schon, dass es mir sehr wichtig war, möglichst viel mit MitarbeiterInnen in Kontakt zu sein. Dass ich große Veränderungen in diesem Ressort in diesen zweieinhalb Jahren zum Teil eingeleitet, zum Teil auch vollzogen habe. Und dass ich doch glaube sagen zu können, dass das eigentlich immer mit den MitarbeiterInnen gemeinsam und nicht über ihre Köpfe hinweg war. Insofern habe ich versucht, in vielen Bereichen vor Ort zu sein. Stehe aber nicht an, zu sagen, dass vor allem zu Beginn der Schwerpunkt bei meinen Betriebsbesuchen in der Geriatrie war. Ich glaube, ich habe schon erwähnt, dass mein allererster Besuch im Geriatriezentrum Am Wienerwald war, das ja damals in einer sehr schiefen öffentlichen Diskussion war und wo, glaube ich, mittlerweile auch alle wissen, welche gute und tolle Arbeit die MitarbeiterInnen machen. Das war damals nicht so. Es war eine Stimmung und die hat sich natürlich auf den gesamten Krankenanstaltenverbund aufgebrei-

tet, auch wenn sie von der Geriatrie ausgegangen ist. Wenn man die Leute ein bisschen angestupst hat und versucht hat, irgendwie mit ihnen zu reden, einige in Tränen ausgebrochen sind. Das ist nicht diese Kultur für positive Fehlerkultur, die wir brauchen.

Wenn wir über positive Fehlerkultur sprechen, dann ist mir ganz wichtig zu sagen: Die Voraussetzung für eine positive Fehlerkultur ist eine Kultur des Vertrauens. Das heißt nicht, dass dort, wo Fehler auftauchen, sie ignoriert werden. Nur, wenn jemand so viel Angst hat, dass er einen Fehler gar nicht zugibt, dann kann ich hier zu keiner Verbesserung kommen. Deswegen war mir diese Kultur des Vertrauens wichtig, die ich den MitarbeiterInnen auch entgegenbringe, der Struktur entgegenbringe. Wie gesagt, meine Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass die Struktur funktioniert. Stichwort: Diese Stabstelle für Sofortmaßnahmen, die ich schon vorher beschrieben habe und das habe ich auch in allen meinen Betriebsversammlungen vermittelt. Das habe ich auch mit den Menschen besprochen und ich erinnere mich ganz besonders an eine Betriebsversammlung im Otto-Wagner-Spital, wo wir eben auch den MitarbeiterInnen das neue Konzept präsentiert haben, dass wir, um die Regionalisierung der Psychiatrie fortsetzen zu können, diese Veränderungen brauchen und zwar sowohl direkt im Otto-Wagner-Spital mit diesem Rückzug auf die eine Hälfte, aber gleichzeitig hängt das mit vielen anderen Dingen auch zusammen.

Ich habe ja nicht nur in meiner Zeit das Spitalskonzept und das Geriatriekonzept entwickelt, sondern wir haben auch ein Schulkonzept entwickelt. Was hat das Schulkonzept mit der Psychiatrie zu tun – sehr viel, denn erst wenn es uns gelingt, dass wir zum Beispiel die Schule aus der Rudolfstiftung übersiedeln können und das wiederum wollten wir so machen, dass wir ein neues Schulzentrum entwickeln, weil wir wollen ja nicht weniger ausbilden, sondern eher zukünftig mehr. Wenn wir übersiedeln aus der Rudolfstiftung, dann kann erst dort die Regionalisierung der Psychiatrie entstehen. Erst wenn es uns gelingt, durch die Veränderungen mit dem Krankenhaus Nord, dann können wir auch dort die Psychiatrie regionalisieren.

Also da ist ein sehr großer Zusammenhang, den aufzuzeigen ich mich immer bemüht habe. Und das haben wir mit den MitarbeiterInnen unter anderem eben auch in dieser Betriebsversammlung, an die ich mich sehr gut erinnere, wenn man sich vorstellen kann, dass es in einem Haus wie dem Otto-Wagner-Spital mit dieser Tradition nicht einfach ist, dort den MitarbeiterInnen zu sagen: „Wir schrumpfen jetzt auf die Hälfte.“, aber es war eine sehr beeindruckende und sehr positive Betriebsversammlung. Und ich denke, die MitarbeiterInnen tragen mitt-

lerweile dieses Konzept auch mit vollem Herzen mit.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau Dr. Pilz.

GRin Dr. **Pilz**: Danke, Herr Vorsitzender.

Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben - und da stehe ich nicht an, das als einen Fortschritt in dieser Kommission zu bewerten - den Brandunfall der Patientin im April 2005 als grauenhaftes Ereignis bezeichnet. Da unterscheiden Sie sich für mich sehr positiv von der Frau StRin Wehsely, die es in einer Dringlichen Anfrage als körperliche Beeinträchtigung bezeichnet hat und erst hier unter Wahrheitspflicht hat sie mit Bedauern diese Ausdrucksweise zurückgenommen und gesagt: „Ja, es war ein körperlicher Schaden.“ Wenn man mit Vorfällen so umgeht, dass sie Vorfälle sind und keine Unfälle, dass nichts ein Missstand sein kann, was er nicht sein darf, wie das der Herr Kollege Deutsch hier versucht zu suggerieren, dann wird man eigentlich nichts herausfinden.

Und darum möchte ich jetzt konkret zu diesem Unfall kommen. Da ist eine Dame - damit man es hier auch benannt hat und es nicht versteckt - zu einem Drittel verbrannt. Sie war unbeaufsichtigt fixiert, sie war in einem Zimmer fixiert, wo andere Zugang hatten. Sie konnte an ein Feuerzeug kommen und sie ist eine Minute lang lichterloh in Flammen gestanden bis erst die Pflegerperson gekommen ist, um den Brand zu löschen. Diese Vorgangsweise steht im krassen Widerspruch zu den Vorgaben der Gesellschaft für Psychiatrie, die klar sagt: Menschen müssen durchgängig betreut werden, überwacht werden, Dritte dürfen keinen Zugang haben. Wenn man kurz hinausgeht, muss das Zimmer verschlossen werden, gefährliche Gegenstände müssen weggeräumt werden und und und. Alles Dinge, die eigentlich selbstverständlich sein sollen. Dinge, die im Otto-Wagner-Spital missachtet wurden, und zwar deshalb, und das ist für uns das schlüssige Nachvollziehen dieser Situation, weil zu wenig Personal da war, weil die Räumlichkeiten diese Möglichkeiten der gesonderten Unterbringung und guten Beaufsichtigung weder personell noch räumlich gegeben war.

Und ich frage Sie, jetzt Frau Vizebürgermeisterin, die Patientin hat sich damals einen Anwalt genommen, es gab ein - nachdem der Patientenanwalt, der Wiener Patientenanwalt nicht tätig wurde -, nahm sie sich einen eigenen Anwalt und es gab ein Verfahren, bei dem seitens der Gemeinde Wien eingewendet wurde, dass man hier entsprechend kunstgerecht behandelt und versorgt hat und keinerlei Aufsichtspflicht verletzt wurde. Ich frage Sie, Frau Vizebürgermeisterin, wie können Sie es verantworten, dass ein Mensch ein Leben lang entstellt, gezeichnet und voller Schmerzen ist, weil man die Basisversorgung und Sicherheit unter Ihrer

Verantwortung im Otto-Wagner-Spital nicht sichergestellt hat.

VBgmin Mag. **Brauner**: Nun, zum einen denke ich, dass es wenig Sinn macht, hier über Formulierungen zu diskutieren. Der Begriff "Beeinträchtigung" - und das wissen wir alle, weil viele von uns ja nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern logischerweise nachdem es im Ressort beisammen ist, auch im Sozialbereich tätig sind - der Begriff "Beeinträchtigung" ist der Versuch, mit der Behindertendiskussion respektvoll auch umzugehen, wenn Menschen körperliche Behinderungen haben, schwere körperliche Beeinträchtigungen, das ist etwas in den vielen Diskussionen über die korrekte Bezeichnung gewesen, weil mir das wichtig ist. Weil ich glaube, dass Sprache - ich komme aus der Frauenpolitik, wie Sie wissen, Frau Kollegin - Sprache drückt immer sehr viel aus, und deswegen habe ich viele Diskussionen, das führt jetzt ein wenig vom Thema weg, aber eben nicht nur in meiner Zeit als für „Soziales“ Zuständige, viele Diskussionen mit Menschen, die Behindertenvertreter sind, diskutiert, eben über die Begrifflichkeit und da war es unter anderem das auch eine Diskussion "körperliche Beeinträchtigung". Das ist keine Verharmlosung, körperliche Beeinträchtigung, das ist keine Verharmlosung, körperliche Beeinträchtigung ist sehr schlimm, sehr benachteiligend, sehr schwierig für Menschen.

Also ich sehe das überhaupt nicht so, dass das von der Frau Kollegin Wehsely als nicht ernst genug genommen wurde, ganz im Gegenteil, aber ich glaube, sie hat das, soweit ich das im Protokoll gelesen habe, hier in dieser Kommission auch sehr eindeutig klargestellt.

Ihre - tut mir leid, wenn ich das so sagen muss - aber Ihre Unterstellungen, die Sie hier formuliert haben, möchte ich zurückweisen. Wie gesagt, ich konnte nicht alle Protokolle der Untersuchungskommission verfolgen, aber ich habe natürlich einige sehr genau gelesen und weiß von daher, dass das, was Sie hier behaupten, in keinsten Weise belegt werden konnte. Wenn Sie zum Beispiel sagen, dass zu wenig Personal da war, darf ich verweisen auf die Aussage der Frau Dr. Moritz vom ÖBIG, die hier sehr klargestellt hat, dass das Otto-Wagner-Spital mit seinen Abteilungen im guten österreichischen und ich glaube, im sehr guten internationalen Schnitt ist. Auch die entsprechenden Diskussionen darüber haben in keinsten Weise das, was Sie hier behaupten, bestätigt.

Und ich finde, dass auch eine Untersuchungskommission doch nicht nur von Seiterer, die jetzt der Wahrheitsverpflichtung vereidigt wurden oder festgehalten wurden seitens des Herrn Vorsitzenden, sondern dass man auch auf der anderen Seite versuchen sollte, auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben, wenn man wirklich zu einem vernünftigen Ergebnis kommen will.

Und alles, was in dieser Untersuchungskommission diskutiert wurde, belegt das, was Sie behauptet haben, in keinsten Weise, deswegen möchte ich dem auch widersprechen.

Möchte auch sehr klarlegen, dass ich mich in medizinische Fragen sicher nie eingemengt habe und das auch nicht tun werde. Ich würde das auch jetzt nicht tun. Ich meinte mich auch jetzt nicht ein als Wirtschaftsstadträtin und als Stadträtin für die Wiener Stadtwerke wie meine TechnikerInnen Kraftwerke bauen, weil ich davon nichts verstehe. Meine Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen passen, dass die Strukturen passen und ich habe mich nie eingemengt in medizinische Fragen, wie Überwachungen abzulaufen haben. Ich habe die Diskussion hier verfolgt mit 1:1-Überwachung und vieles andere mehr, aber da habe ich mich sicher nie eingemengt, das ist eine medizinische Frage. Wofür ich zuständig war, war dafür zu sorgen, dass es entsprechende Strukturen gibt, und ich glaube, das habe ich auch mit dem einen Hinweis, der pars pro toto für viele andere Dinge steht, wie diese Stabsstelle für Sofortmaßnahmen, wie die strukturelle Veränderungen, die wir im Otto-Wagner-Spital begonnen haben, wie die Neuorientierung der gesamten Spitallandschaft, das habe ich auch entsprechend getan.

GRin Dr. **Pilz**: Frau Stadträtin, ich würde Sie jetzt schon noch bitten, mir die Frage zu beantworten. Es musste ja in diesem Fall dann Geld bezahlt werden vom Krankenanstaltenverband an die Geschädigte. Man hat sich verglichen rechtzeitig bevor die Untersuchungskommission hier eingesetzt wurde. Was auch bedeutet hat Stillschweigen beider Seiten, aber es ist ein sehr zufriedenstellender Vergleich für die Betroffene erzwungen worden, den man nicht eingegangen wäre, hätte es hier nicht auch Öffentlichkeit gegeben.

Meine Frage, Frau Stadträtin, zielt auf Ihre Interpretation von Fehlerkultur. Sie sprechen von einem positiven Klima des Vertrauens. Da kann ich Ihnen absolut nur zustimmen, dass man das braucht, damit man hier auch Dinge anschauen kann. Aber Sie sprechen gleichzeitig auch von strukturellen Maßnahmen, die es braucht, und die sind, und das hat die Untersuchungskommission hier ja, insbesondere was das Otto-Wagner-Spital betrifft, gezeigt, diese Strukturmaßnahmen sind in der Zeit Ihrer Verantwortung in keiner Weise vorangetrieben worden. Das Otto-Wagner-Spital hat und leidet nach wie vor in weiten Bereichen unter extremen baulichen Mängeln. Das Otto-Wagner-Spital leidet unter einer Ausdünnung des ärztlichen Personals und das Otto-Wagner-Spital leidet unter fehlenden Sicherheitskonzepten, was sich ja damit belegen lässt, dass man sich nicht einmal jetzt zu den Prinzipien, die die Gesellschaft als „state of the art“ hinsichtlich der Sicherheit vorgibt, bekennen kann.

Und ich habe jetzt nachgeschaut, Sie haben ja tatsächlich, auch Ihre Besuche sind ja auch in den Protokollen der Kollegialen Führung vermerkt, dass Sie am 29.9.2004 zu erwarten sind. Sie haben ja berichtet, Sie haben dann gesagt, es gibt viel zu tun dort. Und ich habe mir angeschaut, ob während Ihrer Amtstätigkeit sich das irgendwo niederschlägt, was hier an Maßnahmen notwendig ist und stelle fest, dass in den Jahren, die dann folgen, sowohl 2005 wie 2006 seitens der Kollegialen Führung bitter geklagt wird über Budgetlöcher, in einem Fall mehr als eine Million und im zweiten Fall, soweit ich das hier den Dokumenten entnommen habe, mehr als drei Millionen und zu Jahresende ein Fehlbetrag.

Ich frage Sie daher, warum haben Sie nichts unternommen, die massiven Mängel, das Stiefmütterchen-Dasein der Psychiatrie im Otto-Wagner-Spital zu beheben?

VBgmin Mag. **Brauner**: Zum einen, Frau Gemeinderätin, zu dem konkreten tragischen Fall, den Sie noch einmal angesprochen haben. Sie haben ja selber gesagt, es ist Stillschweigen über diesen Fall vereinbart worden. Wie Sie dann zu diesen Informationen kommen, die Sie jetzt angesprochen haben, weiß ich nicht. Ich habe jedenfalls keine darüber, weil, wie Sie selber gesagt haben, Stillschweigen darüber vereinbart wurde.

Zur Frage der Strukturmaßnahmen denke ich, dass sehr wohl einerseits im Otto-Wagner-Spital direkt auch in meiner Zeit viel passiert ist. Dass natürlich, und ich denke, das wurde auch schon entsprechend diskutiert, ich glaube, es sind 64 oder 65 Pavillons, nicht alle gleichzeitig renoviert werden können, liegt auch auf der Hand. Dass hier Schritt für Schritt gearbeitet werden muss und, und das ist das, wofür ich als Politikerin verantwortlich bin, dass es nach einem Plan gehen muss. Das Plansoll als Vorgehen sein muss, dass man bei allem Respekt, denn das war auch und ist eines meiner Grundprinzipien, dass ich denke, es sollen möglichst viele Entscheidungen vor Ort getroffen werden, ob jetzt der Pavillon X oder der Pavillon Y zuerst renoviert werden soll, das sollen die entscheiden, die vor Ort am besten auch die Informationen haben. Aber dass es einen Plan dafür gibt, wie man vorgeht, dass es eine Perspektive gibt und eine Grundstruktur, das sehe ich sehr wohl als etwas, wo die Politik sich einzumischen hat. Und das habe ich gerade im Otto-Wagner-Spital, und das habe ich vorher beschrieben und ich habe ja auch beschrieben, dass zu meiner Überraschung es gegen den Widerstand auch von Ihnen, Frau Kollegin, war, dass wir eben diesen Plan entwickelt haben, wie das Otto-Wagner-Spital in Zukunft strukturiert sein soll, wie wir gleichzeitig die Regionalisierung der Psychiatrie vorantreiben können und damit die einzigartige und, glaube immer noch vorbildliche Wiener

Psychiatriereform auch wirklich verstärkt in die Praxis umsetzen können.

Dass generell die Psychiatrie in meiner Zeit ein Stiefmütterchen-Dasein geführt hat, möchte ich in dieser Form auch nicht stehen lassen. Wiewohl, und das habe ich ja auch von mir angesprochen, es so ist, dass, wenn ich jetzt selber zurückblicke, es wohl kein Zufall war, dass meine Antrittsrede sich zu ungefähr 80 % mit der Geriatrie befasst hat und dass sicher, aber das wissen Sie alle und Sie kennen auch die Gründe, sehr viel die Geriatrie im Vordergrund gestanden ist, mit der wir uns in dieser Zeit befasst haben.

Aber auch in der Psychiatrie ist viel weitergegangen. Dieser Plan, den ich angesprochen habe, das Thema Entstigmatisierung war mir ein ganz großes Anliegen. Da haben wir – ich kann mich erinnern, in einer meiner ersten Pressekonferenzen zu diesem Thema gearbeitet, die Initiative, ich blicke in die Richtung der Kollegin Ramskogler, "Lebenslust statt Depression" ist in meiner Zeit begonnen worden. Wir haben noch lange diskutiert, wie können wir denn dieses Thema auch formulieren, dass wir es positiv vermitteln, ohne den Respekt vor dieser schweren Krankheit, denn das ist ja unser Problem, dass es nicht als Krankheit wahrgenommen wird, zu verlieren.

Wir haben eine 24-Stunden-Hotline zu meiner Zeit ins Leben gerufen. Das war sogar ganz kurz nach meinem Amtsantritt. Ein Netzwerk für Gerontopsychiatrie und, worauf ich heute noch stolz bin, auch eine spezielle Beratungsstelle für Frauen, die ja einzigartig ist in Österreich.

Also es stimmt nicht, dass es ein Stiefmütterchen-Dasein geführt hat. Es stimmt auch nicht, dass im Otto-Wagner-Spital es nicht Veränderungen gegeben hat. Es hat viele Veränderungen gegeben. Ich kann Ihnen die Nummern der Pavillons jetzt nicht mehr aufzählen, die renoviert wurden, aber es ist selbstverständlich in dieser Zeit auch renoviert worden. Es ist viel Geld in diesen Bereich, ich habe schon Aumayr zitiert, geflossen. Aber wir haben die Zeit auch genutzt, um einen Plan zu machen, in welche Zukunft wir gehen und nach diesem Plan dann das auch entsprechend abzuarbeiten.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Herr GR Lasar, bitte.

GR **Lasar**: Danke, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Wir haben heute schon einen Brief zitiert bekommen von der Frau Kollegin Korosec. Ich habe einen zweiten, der sich auf das gleiche bezieht. Und Sie haben auch eingangs erwähnt, hier geht es um Menschen und ihre Art als Stadträtin war auch, als Sie gesagt haben, Sie wollen eine Kultur des Vertrauens schaffen.

Meine Frage dazu, ich werde vielleicht etwas aus dem Brief zitieren, der – wo der erste

Brief über sechs Monate gedauert hat, der dann von Ihrem Büro nicht einmal beantwortet wurde und der Vater des Kindes, das im Otto-Wagner-Spital gelegen ist, ist dann zum leider auch zu früh verstorbenen Patientenanwalt Dr. Dohr gegangen, und ich möchte da eine Passage zitieren aus dem Brief, den der Herr Patientenanwalt Dr. Dohr dem Vater geschrieben hat: "Es liegt leider auf der Hand, dass der gesetzlich vorgeschriebene Personalstand nicht immer ident ist mit jenem, der für eine optimale medizinische Betreuung notwendig oder wünschenswert wäre."

Meine Frage dazu: Kennen Sie diesen Brief und wenn ja, was war Ihre oder was war Ihre damalige Reaktion auf diesen doch sehr eindeutigen personellen, sage ich jetzt, Engpass oder Notstand im Otto-Wagner-Spital?

VBgmin Mag. **Brauner**: Herr GR Lasar, ich bitte um Entschuldigung, dass ich mich an Briefe, die vier, fünf Jahre zurückliegen, angesichts der Tatsache, ich habe jetzt die Zahl gefunden, weil ich sie mir aus dem Protokoll herauschreiben habe lassen, was die Kollegin Wehsely, die ja jetzt die Möglichkeit hat, über den ELAK sich das ausdrücken zu lassen, eben in der Zeit, über die wir hier diskutieren, fast 65.000 Geschäftsstücke, konkret 64.158 betroffen hat, dass ich mich jetzt nicht an jeden einzelnen Brief erinnern kann und mit Ihnen deswegen leider da über keine inhaltliche Diskussion eintreten kann.

Ich kann Ihnen grundsätzlich sagen, dass Schreiben bei mir im Büro immer grundsätzlich so behandelt wurden, dass sie selbstverständlich an den Patientenanwalt und an die zuständige Stelle weitergeleitet wurde und um Stellungnahme gebeten wurde.

Und zur Frage des Personalstandes. Zum einen hatte ich vorher schon Kollegin Moritz, die, glaube ich, eine anerkannte Expertin ist, im ÖBIG zitiert, die ihre Meinung und die Meinung auch des ÖBIG zur Personalsituation formuliert hat. Das heißt, und das ist mir schon sehr wichtig, hier zu betonen, dass ich, und das gilt für die Psychiatrie genauso wie für alle anderen Bereiche, mich nicht darauf zurückgezogen habe und gesagt habe: „Passt ohnedies alles.“ Das wäre im Gesundheitsressort grundsätzlich falsch.

Es gibt wohl wenige Fachbereiche, die sich so verändern, radikal weiterentwickeln, wie das Gesundheitswesen. Das heißt, was mein Zugang war, und ich weiß, auch der Zugang des Herrn Generaldirektors ist, dass im Personalwesen eine permanente Evaluierung sein muss, dass es eine permanente Diskussion sein muss. Und ich habe ja sowohl regelmäßige Runden, und zwar sehr regelmäßige Runden und sehr intensive Runden, sowohl mit dem Führungsteam des Krankenanstaltenverbandes, aber auch mit der Personalvertretung gehabt, mit der Hauptgruppe, und da war natürlich jetzt eine

permanente Diskussion, wie können wir diese Weiterentwicklung der Medizin, die sowohl im medizinisch-technischen Bereich stattfindet, die aber gleichzeitig auch notwendig wird durch die demografische Veränderung unserer Gesellschaft, wie können wir dem gerecht werden. Es hat also hier eine permanente Evaluierung gegeben. Es ist immer wieder darüber diskutiert worden, wo noch Verbesserungen möglich sind, wie es auch zu Umstrukturierungen kommen kann, weil natürlich medizinisch-technische Veränderung auch bedeuten kann, dass man in einem Bereich weniger braucht, im anderen mehr.

Das heißt, ich möchte hier schon sehr deutlich machen, dass die Personalsituation mir immer ein großes Anliegen war, gerade eben auch im Bereich der Geriatrie, wo wir in dieser Zeit auch diskutiert haben über die gesetzlichen Regelungen, über die Bestimmungen und auch dass gerade mit den Privaten, vor allem mit der schon zitierten Caritas Socialis eine permanente Diskussion war.

Das heißt zusammengefasst, dass, wie von Moritz festgestellt, die Personalsituation dort sich in einem guten Durchschnitt befunden hat, dass wir aber in einem permanenten Evaluierungsprozess die Stellen, die dafür zuständig sind, also die jeweiligen Fachleute im Krankenhausverbund, das immer wieder evaluiert und diskutiert haben.

GR **Lasar**: Ich möchte mich jetzt nicht wieder auf einen Brief fixieren oder beziehen, da Sie ja, wie Sie eingangs gesagt haben, mit sehr vielen Briefen immer konfrontiert worden sind.

Jetzt meine zusätzliche Frage: Was, wenn an Sie eine Beschwerde herangetragen worden ist von jemandem, dass es eben im Otto-Wagner-Spital zu wenig Personal gibt, Engpässe oder wo auch ÄrztInnen geklagt haben, dass eben zu wenig ÄrztInnen vorhanden sind, zum Beispiel im Nachtdienst, und es gibt ja viele ÄrztInnen, die auch hier in der Untersuchungskommission gesagt haben, dass sie oft allein gelassen wurden, wenn Sie mit so etwas konfrontiert worden sind, was war Ihre erste oder was war Ihre Reaktion darauf?

VBgmin Mag. **Brauner**: Da möchte ich schon sehr klar festhalten, dass ich mit diesen Beschwerden nicht konfrontiert war. Es ist ja, glaube ich, auch sehr deutlich hervorgegangen aus dieser Statistik, die Ihnen die Frau StRin Wehsely vorgelegt hat, dass generell, und das ist ein Kompliment an das Haus vom Otto-Wagner-Spital, man kann natürlich jetzt die Inhalte nicht alle nachvollziehen, aber ein sehr geringer Anteil der Briefe, die sich überhaupt mit dem Otto-Wagner-Spital befasst hat und die, die eine Beschwerde waren, haben, glaube ich, 0,03 oder 0,04 % ausgemacht. Also es war keinesfalls so, dass hier eine Masse von Beschwerden war. Was nicht bedeutet, dass nicht jede einzel-

ne, jede einzelne ganz ernst zu nehmen ist und auch entsprechend verfolgt werden muss.

Ich kann Ihnen aber auch hier nur grundsätzlich sagen, dass jede Beschwerde, die an mich herangetragen wurde, entsprechend an die dafür zuständigen Stellen weitergeleitet wurde, mit der jeweiligen Berichtspflicht auch, also dass man auch sagt: „Habt ihr auch wirklich was getan damit?“, also nicht einfach weiter verwiesen: „Interessiert mich nicht“. Aber ich muss auch sehr deutlich sagen, dass ich nicht in dieser Zeit, in der ich im Ressort zuständig war, über konkrete Beschwerden - zu wenig Personal - so wie Sie das jetzt dargestellt haben, ganz schlimme Personalsituation in der Psychiatrie im Otto-Wagner-Spital - nicht erinnern kann.

Da sind ganz andere Dinge im Vordergrund gestanden, und zwar weder bei Gesprächen mit dem Herrn - leider, wie Sie richtig sagen, zu früh verstorbenen - Patientenanwalt, den wir also leider nicht mehr fragen können, noch im anderen Bereich. Und auch bei meinem Besuch ist, ich kann jetzt nicht garantieren, dass nicht auch natürlich über Personal geredet wurde, weil das wird immer und überall, aber diese massiven Beschwerden, wie Sie sie hier formulieren, sicher nicht, auch bei meinem Besuch ist eher die Frage der strukturellen Entwicklung des Spitals im Vordergrund gestanden. Deswegen war ja auch meine Reaktion dann darauf, die Entwicklung des Planes, wie soll es mit dem Otto-Wagner-Spital grundsätzlich weitergehen.

GR **Lasar**: Eine Zusatzfrage noch. Eine letzte Frage.

Wurde an Sie nie Beschwerden bezüglich Personal herangetragen, Ja oder Nein, Frau Stadträtin?

VBgmin Mag. **Brauner**: Lieber Herr Gemeinderat!

Sie wissen genauso gut wie ich, dass diese Frage mit Ja oder Nein so nicht zu beantworten ist. Weil selbstverständlich in jedem Gespräch, wenn ich wahrscheinlich jetzt in Ihren Klub gehen würde und Ihre MitarbeiterInnen fragen würde: „Seid ihr genug, ist euch langweilig, habt ihr keine Arbeit, braucht ihr keine zusätzlichen?“, würde jeder sagen: „Natürlich hätten wir gerne mehr Leute.“ Natürlich waren Personalfragen permanent präsent.

Aber zwischen dem, dass man sagt: „Wir hätten gerne mehr Personal, wir würden gerne noch das und das machen“, gerade bei so engagierten MitarbeiterInnen, wie wir sie im Krankenhausverbund haben, die immer noch bei jedem Betriebsbesuch Ideen gehabt hätten, was man noch machen könnte, was es noch an zusätzlichen - was ich allein denke, was es im Bereich gegeben hat, wo ich mich dann persönlich auch engagiert habe, diese Pferdetherapie. Also viele viele zusätzliche Dinge, die es da gegeben hat. Natürlich ist das immer wieder diskutiert worden.

Aber so, wie Sie das darstellen, diese massive Beschwerde und wie das hier auch von Ihnen suggeriert wird: „Es ist die Tätigkeit gefährdet, weil hier nichts erarbeitet werden kann, weil wir so unterbesetzt sind, wir können nicht mehr verantworten, dass wir arbeiten.“ – an diese Beschwerden kann ich mich nicht, und ich bin hier unter Wahrheitspflicht, ganz sicher nicht erinnern. Und insofern ist Ihre Frage, so schwarz/weiß wie Sie sie darstellen, nicht zu beantworten. An so massive Beschwerden kann ich mich ganz sicher nicht erinnern. Sehr wohl sind immer wieder neue Projekte „und da würden wir noch was machen wollen, und da würden wir noch jemanden bekommen würden, könnten wir das machen“ – das war natürlich permanente Diskussion. Aber in jedem Spital, in jedem Geriatriezentrum, in jedem Sozialzentrum, überall, wo ich war, bersten die Leute vor Ideen, was sie noch tun wollen, aber ich finde das, ehrlich gesagt, gut so, dass es so ist.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau GRin Praniess-Kastner, bitte.

GRin **Praniess-Kastner**: Danke, Herr Vorsitzender. Frau Vizebürgermeisterin!

Sie haben in Ihren Ausführungen von Ihrer Amtszeit von 2004 bis 2007 zwei Schwerpunkte erwähnt.

Sie haben gesagt, ganz wichtig war Ihnen die Entstigmatisierung und die Regionalisierung. Sie haben auch gesagt, dass Sie große Veränderungen in diesen Bereichen eingeleitet haben.

Meine ganz konkrete Frage an Sie, Frau Stadträtin, was genau verstehen Sie unter Entstigmatisierung?

VBgmin Mag. **Brauner**: Also ich glaube, dass man zwei Ebenen auseinanderhalten muss und deswegen sagte ich auch vorher, die Frage der Entstigmatisierung hat einen hohen gesellschaftspolitischen Aspekt. Ich denke, wenn – und ich darf das auch aus meinem, wie Sie wissen, persönlichen Anliegen der Gleichstellung von Frauen vielleicht beantworten – wenn eine Frau sagt, sie hat Depressionen, nein fangen wir anders an, wenn eine Frau sagt: „Ich habe Brustkrebs.“, sagt ein jeder: „Um Gottes willen, du Arme, wie können wir dich unterstützen.“ Wenn eine Frau sagt: „Ich habe Depressionen.“, dann kann es passieren, leider noch immer, dass man sagt: „Führ dich nicht so auf, sei nicht so hysterisch, reiß dich zusammen.“ Weil die Menschen nicht erkennen, dass das eine Krankheit ist.

Und das ist unsere Aufgabe miteinander, und ich würde mir sehr wünschen, dass dieses Thema nicht durch parteipolitisches Hick-Hack oder sonstige Auseinandersetzungen leidet, dass es uns gelingt, miteinander klarzumachen, dass psychische Erkrankungen Krankheiten sind wie alle anderen auch und, und damit komme ich jetzt zum zweiten Teil und dessen, was ich eben als die Strukturmaßnahmen bezeichne, die ich

begonnen habe, eingeleitet habe, die man aber eben nicht so mit Fingerschnipps wie beim DKT, wo man die Manderln und die Hauserln herum schiebt, nicht so schnell umsetzen kann, sondern die eben in einem großen Zusammenhang zu sehen sind, wenn psychische Krankheiten, psychiatrische Erkrankungen, Krankheiten, wie alle anderen sind, gehören sie auch in die Spitäler, in denen die Krankheiten wie alle anderen sind.

Und deswegen war mir neben der Dezentralisierung der Psychiatrie, die ja schon erfolgt ist, weil wir haben ja die Zuständigkeiten, auch die wirkliche Regionalisierung ein Anliegen, und die ist, wie Sie wissen, ich wiederhole vermutlich, die hier schon sehr oft diskutierte, erst in zwei Bereichen in Wien der Fall, in dem wir eben im Otto-Wagner-Spital, die dafür zuständig, also insofern in drei, aber außerhalb des Otto-Wagner-Spitals eben nur im Kaiser-Franz-Josef-Spital und im SMZ Ost; und in den anderen Bereich ist das noch nicht umgesetzt worden.

Und deswegen eben dieses Konzept, das wir entwickelt haben und das meine Nachfolgerin jetzt sehr engagiert und mit einem bewundernswerten Tempo versucht auch umzusetzen, einerseits in der Rudolfstiftung, dann natürlich Wien Nord, denn nur damit können wir in diesem Bereich auch entsprechend erreichen, dass auch die psychiatrische und im Besonderen eben auch die Versorgung für Kinder verbessert werden kann, die natürlich auch ein ganz ganz wichtiger Punkt ist.

Und das meinte ich mit: was ich eben hier strukturell eingeleitet habe.

GRin **Praniess-Kastner**: Ja, danke, Frau Stadträtin.

Jetzt ist für mich eines klar, Sie bringen in Verbindung die Entstigmatisierung mit der Regionalisierung und das kann ich auch sehr gut nachvollziehen.

Das zweite, das mich ein bisschen wundert an Ihrer Antwort, Sie haben auch vom Miteinander gesprochen. Und zu einem guten Miteinander genau in diesem sensiblen Bereich gehört für mich auch die Einbeziehung von Betroffenen und Angehörigen.

Es wurde ja von der SPÖ-Mehrheit abgelehnt, hier sowohl Betroffene als auch Angehörige, aber im Besonderen auch sehr anerkannte Angehörigenorganisationen, wie die HPE, zu hören.

Laut einer IMAS-Umfrage wissen wir, dass psychisch Kranke und deren Angehörige ja zu Stiefkindern der Gesellschaft eigentlich zählen, weil es haben nur 7 bis 11 % persönlich Kontakt mit psychisch erkrankten Menschen. Es herrscht weiters laut einer Umfrage ein geringes Problembewusstsein, was die Einbindung betrifft dieser Organisationen in die Weiterentwicklung der Psychiatrie und das ist auch besonders in Wien der Fall.

Dozent Schöny hat gesagt zum Beispiel vorbildlich arbeiten in diesem Bereich Oberösterreich und die Steiermark, in Tirol, Vorarlberg und Burgenland gibt es einen Psychiatriebeirat, bei uns in Wien gibt es nichts dergleichen.

Unter Ihrer Amtszeit hat die WHO-Konferenz für psychische Gesundheit, daraus hat sich entwickelt der Europäische Aktionsplan für psychische Gesundheit und darin heißt es, dass es in den kommenden Jahren als vorrangig gesehen wird, dass psychisch kranke Menschen auch eingebunden werden in die Weiterentwicklung der Länder.

2005 kam es zu einem Gründbuch der EU Kommission, wo sehr federführend noch einmal festgelegt wurde, dass ohne die Angehörigen nichts passieren sollte in diesem Bereich. Und der europäische Tag für psychische Gesundheit und Wohlbefinden von 2008, stellt eine Einigkeit fest, dass diese Menschen aus der Planung nicht wegzudenken sind. Meine konkrete Frage an Sie Frau Stadträtin, Frau Vizebürgermeisterin ist, 2005, und das haben wir festgestellt, waren Sie ja als Gesundheitsstadträtin genau für diesen Bereich zuständig.

Also während des Beschlusses des europäischen Aktionsplanes aber für psychische Gesundheit und des Gründbuches der EU.

Wieso gibt es in anderen Bundesländern bereits nicht mehr wegzudenkende Zusammenarbeit mit den betroffenen Angehörigen bei der Weiterentwicklung der Psychiatriepläne und weshalb gibt es das in Wien noch überhaupt nicht?

VBgmin Mag. **Brauner**: Sehr geehrte Frau Kollegin! Das möchte ich auch in dieser Form so nicht stehen lassen. Bitte auch hier um Verständnis das ich Ihnen jetzt keine Einzeldaten sagen kann, wann wer wo wie, eingebunden war.

Ich weiß sehr gut, weil es mir ein großes Anliegen war, dass wir gerade immerhin z.B. das Zentrum für Selbsthilfegruppen sehr unterstützt haben, wo nicht nur Selbsthilfegruppen für Menschen mit psychischen Erkrankungen sind, sondern auch viele andere, aber auch dazu gibt es ja als auch entsprechende Notwendigkeit.

Dieses Zentrum ist in meiner Zeit nicht ins Leben gerufen worden, es hat es schon vorher gegeben aber sehr stark unterstützt und ausgebaut worden und soweit ich mich erinnere, aber da muss ich jetzt dazu sagen, dass ich nicht genau weiß, ob das wirklich stimmt, aber soweit ich weiß, ist es über den Fonds Soziales Wien gelaufen die Finanzierung meines Wissens nach.

Aber da bitte ich zu Protokoll zu geben, dass ich da jetzt nicht ganz sicher bin. Aber ich glaube es war so, dass wir das über den Fonds Soziales

Wien finanziert haben. Das heißt, wir haben sehr wohl mit diesem Zentrum für Selbsthilfegruppen Betroffene selber mit unterstützt, haben Angehörige mit unterstützt, wir haben diesen Projekt „Lebenslust anstatt Depression“, das vorher schon angesprochen wurde, das mir ein großes Anliegen war, aber nicht nur mir. Selbstverständlich gemeinsam mit Betroffenen gearbeitet, wenn ich mich recht erinnere, dann ist ja auch das Kaffeehaus im Otto-Wagner-Spital in einer Form organisiert, dass auch dort eben Betroffene mit eingebunden sind.

Es gibt eine Vielzahl von Aktivitäten und das betrifft einen Bereich, der hier sozusagen nicht in der Kommission zur Debatte steht. Aber ich erlaube mir kurz darauf hinzuweisen, ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass es ganz wichtig ist, auch für das Selbstwertgefühl, für die Eingebundenheit in der Gesellschaft, das die Menschen, wo immer es möglich ist, auch arbeiten können und ich kann Ihnen berichten, dass gerade zu meiner Zeit REiTEGRA, jene Tochter des psychosozialen Dienstes, die genau dazu da ist, Menschen eben mit, und jetzt habe ich endlich das Wort, Beeinträchtigungen, psychischen Beeinträchtigungen, aber nicht um es abzuwerten, sondern um respektvoll, eben nicht diskriminierend, damit umzugehen.

Dass gerade dort im Bereich REiTEGRA sich sehr sehr viel getan hat und wir dort sehr viel weiterentwickelt haben. Ich kann mich sogar erinnern, dass ich bei einigen Besuchen persönlich mit Firmen auch gesprochen habe, um sie zu motivieren, Aufträge an REiTEGRA zu geben und es war damals wirklich sehr bewegend und beeindruckend, wie es hier gelingt, Menschen, die eben genau wie Sie es auch sehr beeindruckend geschildert haben und auch zitiert haben, es sehr schwer haben, in der Gesellschaft Anschluss zu finden, zumindest ihnen hier Möglichkeit der Integration zu geben.

GRin **Praniess-Kastner**: Danke Frau Vizebürgermeisterin.

Sie haben ja einzelne Projekte erwähnt, wo Angehörige, psychisch Erkrankte und Angehörigen-Organisationen eingebunden sind.

Sie sind aber natürlich nicht in einer Struktur zur Weiterentwicklung in der Psychiatrie in dieser Stadt eingebunden.

Meine ganz konkrete Frage, wir haben von Wertschätzung gesprochen dieser Menschen gegenüber, wie sehen Sie das, dass es abgelehnt wurde, hier in der Psychiatriekommission, Hilfe psychisch Erkrankter zu hören und Ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung in der Psychiatrie in dieser Stadt.

VBgmin Mag. **Brauner**: Nachdem ich hier, soweit ich weiß, dazu da bin und vom Vorsitzenden auch belehrt wurde, über Fakten auszusa-

gen und nicht in eine politische Diskussion einzutreten, glaube ich, dass die Diskussion sich darüber erübrigt.

Die Kommission hat so entschieden und ich respektiere das selbstverständlich aus Respekt vor der Untersuchungskommission.

Vorsitzender **Dr. Baumgartner:** Frau GRin Klicka.

GRin **Klicka:** Dankeschön Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin.

Wie Sie zu Beginn schon erwähnt haben, fallen in Ihre Amtszeit Entwicklungsschritte im stationären Gesundheitswesen, die sicherlich die Bezeichnung Meilenstein verdienen, weil teilweise kein Stein auf dem anderen geblieben ist oder in Zukunft bleiben wird. Das meine ich sowohl für das Geriatriekonzept, das das Ziel hat, dass 2015 kein altes Geriatriezentrum im Bereich des Krankenanstaltenverbundes mehr bestehen wird, als auch für den Bereich des stationären Gesundheitswesens, nämlich das Spitalswesen.

Wo mit diesem neuen Spitalskonzept, das auch eine deutliche Verlagerung der Einrichtungen vom Westen Wiens und eine bessere Verteilung auf Gesamt-Wien zum Ziel hat, sehr deutlich auch gezeigt wird, dass den neuen Anforderungen in der Medizin auch in Zukunft nicht nur entsprochen werden kann, sondern auch schon über den jetzigen Stand hinausgeblickt wird und eine Erweiterung nach dem medizinischen Fortschritt auch gewährleistet ist.

Wie wichtig Ihnen diese Umsetzung auch als Finanzstadträtin ist, zeigt ja auch ganz deutlich das Budget 2009 in dem allein aus den Mitteln der Stadt 2,7 Milliarden Euro für den Gesundheitsbereich vorgesehen sind. Ich möchte Sie nun ersuchen uns zu erläutern, wie weit die Umsetzung, die unter Ihrer Amtszeit geplant wurde, gediehen ist und wie Sie diese weiteren Planungsschritte in der nahen Zukunft auch sehen.

VBgmin Mag. **Brauner:** Ja, das stimmt. Mir waren diese Vorgaben und die Einleitung dieser Prozesse sehr sehr wichtig, wobei ich schon auch immer dazu sagen muss, dass natürlich da auch entsprechende Vorarbeiten waren.

Gerade in die Richtung der Frau GRin Klicka, auch vieler anderer, die hier sitzen. Gilt auch für alle anderen - muss ich nicht sagen - dass in der Geriatriekommission ja schon viele Jahre zuvor über Qualitätskriterien diskutiert wurde, wenn ich allein denke an die langjährige Diskussion, die wir geführt haben, Einbettzimmer, Zweibettzimmer, Dreibettzimmer, Vierbettzimmer, allein darüber und ich glaube, dieses eine Beispiel zeigt erstens, wie sensibel das Thema ist und zweitens, wie unterschiedliche Meinungen - und ich sage jetzt einmal, alle Beteiligten sind wohlmeinend und wollen das Beste -, aber wie unterschiedliche Meinungen es gibt und wie lange es

hier dauert, bis man eine Lösung findet.

Ich glaube, dass wir jetzt mit diesem flexiblen Modellen, die wir entwickeln, eine sehr gute Lösung gefunden haben und wenn Sie es mir erlauben und nicht als Überheblichkeit auslegen, weil das ist es ganz sicher nicht, aber ich bin schon ein wenig stolz auf das, was jetzt alles passiert, das ist auch der Grund, warum ich die Kommunalpolitik so liebe.

Denn die Dinge, die man hier einleitet, werden dann ganz konkret, sie schlagen sich nicht nur nieder in der 327. ASVG-Novelle, die wohl rasend wichtig für uns alle ist. Sondern sie sind dann handfest. Und wenn ich daran denke, wie lange wir diskutiert haben über die Neuorientierung der geriatrischen Landschaft, eben gemeinsam auch mit den privaten Organisationen und Sie können mir glauben, dass es keine leichte Entscheidung war, ein so traditionsreiches Haus wie das Geriatriezentrum Wienerwald zuerst so zu verschmälern und dann eben wie meine Nachfolgerin dann klugerweise entschieden hat, in Wirklichkeit ganz zu verlagern. Das ist einfach keine leichte Entscheidung und das ist auch nicht leicht mit den Menschen, die dort arbeiten, die ja auch ihr bestes geben.

Aber wenn ich jetzt sehe, dass es nicht Pläne gibt wo Zahlen und Ziffern stehen, sondern ganz konkret die Häuser entstehen, dass Spaten gestochen werden, sehr oft, dann bin ich schon froh, dass wir das so eingeleitet haben und glaube, dass wir da viel erreicht haben.

Dasselbe gilt auch für die Frage des Spitalskonzeptes. Wien Nord ist ja mittlerweile auch mehr als eine Ankündigung in der Presse, wir haben den europäischen Wettbewerb fertig. Es ist klar wie es auch architektonisch aussehen wird, das heißt, da ist und das zu Zeiten - und jetzt habe ich kurz das Hüttchen, das ja mein jetziges ist, der Finanzstadträtin auf - wo in anderen Ländern Spitäler zugesperrt werden. Wo man sagt, es ist finanziell eng.

Man kann sich leider für die Gesundheit nichts mehr leisten. In Wien gerade das Gegenteil passiert, wir ein neues höchstmodernes Wohlfühlspital bauen. Ist das schon denke ich - bin ich ein wenig stolz auch darauf. Also ich denke, dass hier viel umgesetzt wird, damals schon, aber jetzt natürlich schrittweise abgearbeitet wird. Ich glaube, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben und im Endeffekt sind wir ja dann auch alle miteinander dieser Meinung gewesen und das finde ich auch positiv.

GRin **Klicka:** Werden diese großen Schritte auch im Bereich der Psychiatrie fortgesetzt werden?

Einerseits ist ja hier weiter Regionalisierung durch eine Unterbringung einer Abteilung im Krankenhaus Nord möglich. Ich denke, dass

auch die anderen Bereiche die Regionalisierung, die ja jetzt bereits vom Otto-Wagner-Spital stattgefunden hat, in eine Dezentralisierung übergehen werden.

VBgmin Mag. **Brauner:** Die Kollegin Wehsely hat das ja hier schon sehr deutlich erläutert und viel besser getan als ich das jetzt tun kann. Weil Sie natürlich jetzt nicht nur mit vollem Hirn, sondern auch vollem Hausverstand und auch mit vollem Herzen und vollem Engagement diese Projekte betreibt.

Aber selbstverständlich, das habe ich versucht vorher auch zum Ausdruck zu bringen, mit diesen Veränderungen ermöglichen wir ja diese Regionalisierung erst. Denn wenn es kein Wien Nord gibt, dann können wir dort keine Psychiatrie machen, wenn wir nicht das neue Konzept der Ausbildungsstätten, also der Schulen so entwickelt haben und neu errichten am Rande des Kaiser-Franz-Josef, dann können wir in der Rudolfstiftung nicht ansiedeln.

Das heißt, diese, und hier greift ein Ding in das andere und das macht die Sachen so spannend wie komplex, dass wir eben ein Gesamtkonzept haben müssen und die einzelnen richtigen Schritte auch wirklich tun zu können. Und das ist eben genau das, was ich auch immer - gilt für mein jetziges Ressort genauso - als meine Aufgabe sehe, dafür zu sorgen, dass es dieses Gesamtkonzept gibt. Dass die Linie da ist, dass man weiß, wo man hin geht, dafür zu sorgen, dass sozusagen die einzelnen Leute sich dann fachlich auch einbringen. Denn wie das dann genau auszusehen hat, das wäre eine Anmaßung zu glauben.

Ich habe keine psychiatrische Ausbildung, soweit ich weiß, hat das niemand da herinnen. Also das wäre von uns allen eine Anmaßung zu glauben, wir wüssten es besser als die Experten, aber diese strukturellen Rahmenbedingungen, die zu schaffen, damit das dann überhaupt möglich ist, das war meine Aufgabe. Und wenn ich mir ansehen, was jetzt da an konkreten Schritten passiert, dann glaube ich, dass wir da die richtigen Schritte gesetzt haben. Auch im Nachhinein gesehen.

GRin **Klicka:** Eine kurze Frage bitte noch. Während der Amtszeit von der Frau Stadträtin Pittermann, wurde ja Herr Dr. Berger als Psychiatriebeauftragter speziell auch für die Kinder- und Jugendpsychiatrie eingesetzt.

Die rasante Entwicklung in medizinischen und pflegerischen Bereich zeigt sehr wohl, dass eine permanente Spezialisierung notwendig ist, aber auch auf der anderen Seite, dass multiprofessionelle Teams zusammen arbeiten sollen und eine Fortbildung und eine Weiterentwicklung allen MitarbeiterInnen zur Verfügung stellen soll. Es ist uns hier im Rahmen der Entstigmatisie-

rung ja ein großes Anliegen, dass es zu einer Gleichstellung aller medizinischen Disziplinen kommt und daraus ergibt sich für mich auch die Frage, halten Sie die Einsetzung eines Beauftragten für spezifische Fachbereiche für sinnvoll?

VBgmin Mag. **Brauner:** Ehrlich gesagt in aller Offenheit, nein.

Ich bin keine Freund von Spezialbeauftragten und so habe ich auch in allen Ressorts bisher agiert. Ich denke, dass die Struktur, die für so etwas zuständig ist, funktionieren muss und Bypasslösungen halte ich nicht für richtig. Ich verstehe nichts von Medizin. Ich verstehe schon gar nichts von der Psychiatrie fachlich. Aber ich verstehe was von Strukturen und ich verstehe was von Organisationen und deswegen bin ich kein Freund von Bypassregelungen.

Wenn man irgendwo den Eindruck hat, dass Strukturen nicht funktionieren, dann soll man dafür sorgen, dass sie funktionieren. Aber keine Sonderregelungen machen. Denn wie gesagt, das sind Bypässe, die bestenfalls dafür sorgen, dass die Struktur nichts mehr macht und sie soll auch etwas tun, nämlich das, wofür sie zuständig ist. Ich bin immer dafür, dass man Dinge in die Linie bringt.

Und weil in der Frage Herr Prof. Berger erwähnt wurde, das ist so ein Beispiel, ich habe diese Beauftragung von Prof. Berger aufgelöst. Was nichts mit meiner Wertschätzung für ihn zu tun hat. Ganz im Gegenteil, ich kann seine fachliche, wissenschaftliche Arbeit natürlich nicht beurteilen, aber vom Eindruck her ist er exzellent, vom fachlichen her, vom wissenschaftlichen. Und was ich beurteilen kann, er ist ein unglaublich engagierter und wirklich mit aller Faser seines Herzens sich für seine PatientInnen einsetzender Arzt und ich schätze ihn als Person und in dieser Arbeit unendlich.

Ich habe aber diese spezielle Beauftragung deswegen aufgelöst, wie gesagt, überhaupt nicht weil ich nicht ihn wertschätze, ganz im Gegenteil, sondern aus den vorher genannten strukturellen Gründen. Dass das mit der Person nichts zu tun hat, kann ich Ihnen an einem anderen Beispiel erläutern.

Ich habe nämlich auch eine andere Beauftragung aufgelöst. Nämlich die der Frau Dr. Sabine Oberhauser, die vorher als Jugendbeauftragte festgelegt wurde. Und dass die Frau Dr. Oberhauser, die mittlerweile Gesundheitssprecherin der SPÖ ist, meine hohe Wertschätzung hat, brauch ich, glaub ich, nicht extra zu begründen. Das heißt, das hat also nichts mit der Person zu tun, sondern ich halte von so Sonderbeauftragungen nichts.

Sondern ich finde, man muss in der Struktur die Dinge beauftragen und dafür sorgen, dass sie dort funktionieren. Beypassregelungen halte

ich ja nicht so sinnvoll.

Vorsitzender **Dr. Baumgartner:** Frau Dr. Pilz.

GRin Dr. **Pilz:** Danke Herr Vorsitzender.

Zum Herrn Prof. Berger sei vielleicht noch angemerkt, dass er überraschend zu seinem 60. Geburtstag aus dem Dienst im Krankenanstaltenverbund und aus seiner Führungsfunktion am Rosenhügel geschieden ist. Also offensichtlich aber genug gehabt hat vom Krankenanstaltenverbund, sonst wäre er nicht als hochgeschätzter Mediziner in Führungsfunktion gegangen.

Aber zurück dazu, dass Sie sagen: keine Bypässe. Ich bin tatsächlich Ihrer Meinung, dass die Verantwortung unteilbar ist und auch für Sie unteilbar ist und ich möchte doch noch mal zurück kommen, dass Sie sagen, Sie sind keine Psychiaterin und Sie sind für die Strukturen verantwortlich. Und da wissen wir allzu - und Sie mussten es wissen, als Sie das Ressort übernommen haben, dass es schon im Jahr 2003 einen schlimmen Brandunfall gegeben hat, wo ein Patient zu Schaden gekommen ist. Interessanter Weise sagt man im Februar 2004, also kurz nachdem das passiert ist aus einem internen Protokoll der kollegialen Führung, dass man sich jetzt der Vermittlung der Grundlagen des Brandschutzes widmen soll. Und dass eine jährliche Information an die MitarbeiterInnen vorgesehen wäre. „Diesem Ziel wollen wir uns zumindest im heurigen Jahr nähern.“

Also der Eifer hier, die Dinge umzusetzen, hat sich nach Einschätzung der Kollegialen Führung offensichtlich sehr in Grenzen gehalten. Dann ist unter Ihrer politischen Verantwortung dieser neuerliche Brandunfall passiert und ich frage Sie jetzt, und wir haben das ja den Herrn Kontrollamtsdirektor auch gefragt: Im Lichte dessen, dass zwei mal Menschen zu Schaden gekommen sind durch Brandunfälle, die beide nicht beaufsichtigt waren, weil es war ja auch bei dem Brandunfall 2003 niemand in der Nähe von der Pflege, der sich da hätte - oder kein Monitoring, gar nichts.

Wieso haben Sie nicht das Kontrollamt beauftragt einmal nach dem Rechten zu sehen, wenn Sie sagen, und ich teile das, Sie haben eingangs gesagt, Gesundheit ist das höchste Gut. Kontrollamtsdirektor Hechtner hat ausgesagt, dass das Otto-Wagner-Spital in den vergangenen Jahren nicht Gegenstand einer Einschau war und auch die von Ihnen so jetzt hoch gelobte von Ihnen installierte Struktur für Sofortmaßnahmen. Da hat Frau Dr. Drapalik gesagt: „Es ist so, wenn ein besonderer Vorfall bei uns eingeht“, hat sie gesagt, ihre Aussage, „sind wir nur für eine akute Sofortmaßnahme zuständig. Eine Analyse, eine Aufarbeitung liegt im Bereich der jeweiligen Teilunternehmensdirektion“ und „die Interne Revision kann nur vom Generaldirektor selber beauf-

tragt werden.“ Man hat den Eindruck, sie sind halt eine Telefonzentrale, wenn es gerade was passiert für Strukturmaßnahmen oder weitergehende Analysen sind Sie nicht zuständig.

Warum Frau Vizebürgermeisterin, haben Sie weder das Kontrollamt beauftragt noch dafür gesorgt, dass die Brandschutzmaßnahmen ordentlich umgesetzt werden, noch die Stabsstelle entsprechend mit Kompetenzen ausgestattet wird, dass man hier zu tatsächlichen Maßnahmen kommt?

VBgmin Mag. **Brauner:** Sehr geehrte Frau Kollegin.

Sie machen es einem nicht leicht die Fragen sachlich zu beantworten, weil Ihre Fragen immer implizit so viele Unterstellungen enthalten, dass man mit dem Mitschreiben gar nicht nach kommt.

Sie haben z.B. jetzt implizit unterstellt, dass der Brandschutz nicht funktionieren würde und vieles andere mehr und Sie haben Dinge angesprochen, zu denen ich entsprechend meiner Verpflichtung hier keine Stellung nehmen kann. Ich weiß nicht, warum Herr Dr. Berger in Pension gegangen ist. Vermute aber ehrlich gesagt, dass es auch für die Arbeit dieser Kommission nicht von zentraler Relevanz ist. Ich kann nicht zu einem Unfall im Jahr 2003 sagen, wo ich nicht einmal noch zuständig war, denn ich unterliege hier der Wahrheitsverpflichtung und würde diesen widersprechen, wenn ich zu etwas was sage, wo ich weder dabei war noch überhaupt in diesem Ressort war.

Was ich weiß und was mir wichtig war, in dem Ressort, in der Zeit, wo ich zuständig war, dass selbstverständlich es im Krankenanstaltenverbund überall Brandschutzbeauftragte gibt. Dass Schulungen gemacht werden und dass selbstverständlich die von mir angesprochenen Strukturen, die Verantwortlichen, die dafür zuständig sind, dafür auch zu sorgen haben, dass das passiert, darf verweisen, weil das war auch jener Punkte die ich mir angesehen habe, an die Definition des Herrn Prof. Mayer der politischen Verantwortung, dass selbstverständlich eine Stadträtin sich darauf verlassen kann, dass die Verantwortlichen ihre Arbeit machen und dieses auch nach bestem Wissen und Gewissen. Und dass die Rahmenbedingungen dafür passen, dafür haben wir gesorgt. Wie schon erwähnt der Stabsstelle. Darf ich noch einmal zitieren, darf aber auch darauf verweisen, dass wir ja auch eine neue Geschäftsführung im Krankenanstaltenverbund eingesetzt haben. Die auch eine neue Struktur hatte, um sich auch entsprechend auf die Herausforderungen und die Veränderungen und die vielen vielen einfach durch die Weiterentwicklung der Medizin und die Bedeutung des Themas großen großen Herausforderungen

konzentrieren zu können.

Ich darf ein Beispiel nennen, es war früher, also vor dieser Veränderung, vor der neuen Geschäftsleitung und vor diesen Strukturreformen an höchster Ebene der/die jeweilige Zuständige DirektorIn sowohl verantwortlich für die Akutspitäler als auch für die Geriatrie. Und das war bei den Herausforderungen, die es hier gegeben hat, meiner Meinung nach einfach nicht möglich und deswegen ist ja auch zu meiner Zeit eine eigene Teilunternehmung 4 geschaffen worden und ich erwähnte schon bei meiner Einleitung, dass das natürlich dazu geführt hat, dass man sich auf dieses wichtige Thema Geriatrieversorgung der älteren Menschen in dieser Stadt besonders konzentrieren konnte.

Was ich nicht extra erwähnen möchte, aber was ich jetzt sagen möchte, dass natürlich die zweite Seite der Medaille die ist, dass für die zuständige Direktion damit natürlich auch die Konzentration auf die wichtigen Aufgaben in den Akutspitälern besser und leichter möglich war und dass es selbstverständlich die Aufgabe dieses Bereiches der Zuständigen Direktion mit allen untergeordneten Stellen ist, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden und auch hier wiederhole ich mich eben unter Maßgabe dessen, dass ich angesichts meiner anderen Aufgaben nicht wortwörtlich alle Protokolle dieser Kommission lesen konnte. Aber es sind ja auch hier soweit ich die Protokolle gelesen habe, keine Verfehlungen, keine schuldhaften Verfehlungen festgestellt worden in irgendeinen der Bereiche, die Sie jetzt angesprochen haben.

GRin Dr. **Pilz**: Dann habe ich Sie jetzt so verstanden Frau Stadträtin, Sie haben sich nicht erkundigt angesichts dieses Brandunfalles, ob so etwas schon einmal passiert ist.

Sie haben sich weiter nicht erkundigt, ob hier strukturell die notwendigen Veränderungsprozesse im Otto-Wagner-Spital gemacht werden und überhaupt finanzierbar sind und Sie haben das Kontrollamt nicht beauftragt.

Stimmt das?

VBgmin Mag. **Brauner**: Sie sind mit Ihren Nachfragen dabei mich etwas zu fragen, nach Gesprächen, die ich vor 4 oder 5 Jahren geführt haben sollte.

Wahrheitsgemäß kann ich Ihnen beantworten, dass ich nach diesem schrecklichen Fall selbstverständlich nachgefragt habe, ob alle Maßnahmen gesetzt wurden, sowohl um eine entsprechende externe Überprüfung einzuleiten, als auch dieser Weg - und das weiß ich ja auch aus den Protokollen -, der hier schon öfters diskutiert wurde was im Krankenanstaltenverbund selber vorgesehen wurde.

Da habe ich selbstverständlich nachgefragt,

aber das Kontrollamt wurde von mir nicht beauftragt, das ist richtig.

GRin Dr. **Pilz**: Frau Stadträtin, Sie haben besonders in Ihrer Darstellung, in Ihren Leistungen darauf hingewiesen, wie sehr Sie mit der Geriatrie beschäftigt waren.

Ich war ja zu dem Zeitpunkt auch schon als Gemeinderätin hier tätig und weiß, wie sehr das ein Thema war, ich will nur in dem Zusammenhang auch darauf aufmerksam machen, warum das zu Ihrer Amtszeit so ein Thema war. Weil nämlich in den Jahren zuvor eine Untersuchungskommission zu Missständen in der Geriatrie getagt hat.

In diesem Zusammenhang hat die Frau Stadträtin Pittermann gesagt, dass es keinesfalls notwendig, noch geplant, noch Sinn machen würde, das Pflegeheim Lainz aufzulösen und sie hat es, mit Zähnen und Klauen unterstützt von ihrer Fraktion, verteidigt. Dass man hier umdenken musste, war eine Konsequenz aus dieser Untersuchungskommission und selbiges zeichnet sich ja jetzt aus der Untersuchungskommission Psychiatrie ab. Wir hören sozusagen mit jeder neuen Wortmeldung der zuständigen PolitikerInnen wie weit man jetzt ganz schnell die Dezentralisierung voran treiben möchte.

Die Frau Stadträtin Wehsely hat ja überraschender Weise in der letzten Einvernahme noch ein paar neue Standorte genannt, die jetzt auch hinsichtlich der Dezentralisierung in Frage kommen werden. Hietzing, Wilhelminenspital, man will offensichtlich weiter absiedeln, aber es braucht immer den Impuls und die Arbeit einer Untersuchungskommission, dass man die Dinge in die Wege bringt und ich frage Sie in dem Zusammenhang:

Sie sind ja, weil Sie für das Große und das Ganze zuständig sind auch für die Planung der Gesundheitsstrukturen in Ihrer Zeit zuständig gewesen und da konnten wir aus den Zeugen- einvernahmen und uns vorliegenden Protokollen feststellen, dass der Stillstand ein erheblicher war, dass das Tempo der Reformmaßnahmen, nachdem man vor 30 Jahren einen ersten Ansatz gefunden hat, nachher gerade zum Schnecken-tempo wurde, ich zitiere, Prim. Schöny, der hier gesagt hat, was ich ehrlich gesagt nicht ganz verstehe: „Wien hat den ersten Dezentralisierungsplan gehabt, wir“ - als Oberösterreich – "haben viel später den Plan gehabt, die sind auch viel später fertig geworden, als wir wollten.

Warum Wien noch nicht weiter ist, verstehe ich nicht ganz, aber ich denke mir, es dauert schon ein bisschen lange, mit der Dezentralisierung.“

Warum, Frau Stadträtin, haben Sie Ihre Amtszeit nicht dazu genutzt, hier dem 30 jährigen Projekt ein bisschen Tempo zu machen?

VBgmin Mag. **Brauner**: Ich würde doch ersuchen, Frau Kollegin, Ihre eigene Arbeit nicht so abzuwerten. Denn wenn Sie darüber sprechen, was in der Geriatrie sich verändert hat und sagen, das wäre, ich verwende jetzt bewusst den Konjunktiv, nur auf die Arbeit der Untersuchungskommission zurück zu führen, dann werten Sie auch Ihre eigene Arbeit in der Geriatriekommission ab, die schon viele Jahre vorher mit unglaublich viel Engagement und unglaublich viel Empathie sich diesem Thema und auch viel Fachwissen von allen Seiten gewidmet hat.

Aber ich glaube, das Thema ist zu Ernst als dass man da jetzt ein Geplänkel macht. Also zumindest von meiner Seite.

Zu Ihrer Frage, warum die Regionalisierung der Psychiatrie ihre Zeit gebraucht hat und dass Sie der Meinung sind, dass das auf Grund der hiesigen Sitzungen der Untersuchungskommission jetzt geschieht. Bei allem Respekt vor der Wichtigkeit dieser Untersuchungskommission, ich glaube, es ist ein wichtiges Instrument, das es im Übrigen nur hier in dieser Form bei uns in Wien gibt. Es wäre sicher gut, wenn es diese Möglichkeit auch wo anders gäbe und wenn man den Respekt, den man hier dieser Untersuchungskommission entgegen bringt, wenn man die Türe da aufmacht und rausgeht, insofern in die Realität umsetzt, dass man auch in anderen Bereichen dafür sorgt, dass es die Möglichkeit zu solchen Kommissionen gibt.

Also mein Respekt vor dieser Untersuchungskommission ist groß. Erlaube mir aber doch darauf hinzuweisen, dass die Frage der Dezentralisierung und dieser Zusammenhang, den ich zur Umstrukturierung des Otto Wagner Spitals hergestellt habe und ich glaube, ich habe schon genug erörtert, warum das auch eben ein sehr langfristiger, komplexer, diverser Prozess ist, wo viele Dinge zusammenhängen. Aber da die hiesige Untersuchungskommission 2008/2009 dazu geführt hat, dass der Herr Stadtrat Schicker und ich am 7. April 2006 und ich zitiere: „Wohnen in der Psychiatrie, Wiener Otto-Wagner-Spital wird umgewidmet“ und dann eben, viele viele Dinge und dann den Satz: „Dies geschehe im Zuge der Wiener Psychiatriereform, bei der man auf dezentrale Betreuung der psychisch Kranken in regionalen Spitälern setze, unterstrich Brauner“ - also wie die jetzt eingesetzte hochgeschätzte Untersuchungskommission aus dem Jahr 2008/2009 dafür Sorgen konnte, dass ich diese Ankündigung am 7. April 2006 mache, da ist, glaube ich, doch sehr schwer der Wahrheitsbeweis anzutreten. Tatsache ist, dass ich Ihnen zustimme, dass das zu langsam gegangen ist. Es gibt wohl - und alle Menschen die mich kennen, wissen, dass mir immer fast alles zu langsam geht - aber wenn man in Verantwor-

tung ist, dann muss man auch sehen und wenn es nicht so ein ernstes Thema wäre, dann würde ich jetzt zitieren: „Ich weiß zwar nicht wo es hingehet, aber dafür bin ich schneller dort.“ Aber es ist ein zu ernstes Thema, um so eine scherzhafte Bemerkung anzubringen.

Dass es schon auch wichtig ist, immer vieles vorzugeben und Pläne zu haben, gerade in diesem Bereich ist es mir viel zu langsam gegangen und deswegen habe ich auch diesen Schritt damals gesetzt und sie erinnern sich alle, weil sie waren dabei, aber kein leichter, sie waren ja alle dagegen und kann mich noch erinnern, an Bilder, die von den Grünen verteilt wurde, wo Otto-Wagner-Pavillons mit dreistöckigen Hochhäusern und Aufsätzen dargestellt wurden, um eben zu verhindern und zu behaupten, dass da jetzt 12-stöckige Gemeindebauten errichtet werden. Also das war kein leichter Prozess und der war angesichts der anderen Aufgaben, die ich damals hatte, hätte ich es mir leichter machen können und sagen: Lassen wir es so wie es ist. Weil mir das so wichtig war, weil ich diese Schritte setzen wollte, hatte ich diese Diskussion gemacht.

Ich glaube mittlerweile, und damit komme ich in die Zukunft und mein Prinzip des Miteinanders, ich glaube mittlerweile sind wir alle einer Meinung, dass das gut so ist. Und da kann ich nur hoffen, dass wir alle zusammenarbeiten, dass es relativ rasch umgesetzt wird. Es hängt mit der gesamten Spitalsplanung zusammen. Ohne dem geht es einfach nicht.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau GRin Matiasek, bitte.

GRin Dr. **Pilz**: Nein, da muss ich noch eine Richtigstellung machen, Frau Stadträtin.

Zu der Absiedelung des Otto-Wagner-Spitals: Sie werden keine einzige Aussendung der Grünen finden, wo wir uns gegen eine Dezentralisierung der Psychiatrie aussprechen wie wohl wir, nach wie vor und ohne irgendeinen Zweifel, gegen den Ausverkauf von wichtigen und schützenswerten Grundstücken im Bereich der Gemeinde Wien sind.

Und das Areal des Otto-Wagner-Spitals und hier wurde es oft genug gelobt, ist einer der wenigen kommunalen Erholungsressourcen. Da denke ich, ist es eine Herausforderung für die Stadtregierung, sich etwas Gescheiteres einfallen zu lassen als es durch Privatisierung für immer aus den Möglichkeiten einer kommunalen Verwendung hinauszugehen.

Dagegen haben wir uns ausgesprochen, aber die Dezentralisierung, und dazu werden Sie sicher zustimmen können, war seitens der Grünen ausschließlich begrüßt und das langsame Tempo immer beklagt.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau GRin

Matiasek, bitte.

GRin **Matiasek**: Danke, Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin, ich möchte zur Kinder- und Jugendpsychiatrie kommen.

Wir haben des Öfteren, und das wird Ihnen ja bekannt sein, darüber gesprochen, dass es ein Problemfeld gibt, das mengenmäßig eigentlich sehr klein ist, aber trotzdem ein großes Problem ist. Das ist die Betreuung besonders schwieriger Kinder und Jugendlicher, die nicht ins Spital gehören, zumindest nicht auf Dauer, in der Familie nicht unterzubringen sind, für die es auch im Rahmen der Kinder- und Jugendwohlfahrt keine entsprechende betreuende Einrichtung gibt.

Das Problem ist ja seit Jahren bekannt. Da frage ich Sie: War es Ihnen bekannt?

Wir haben jetzt von Frau Vizebürgermeisterin Laska gehört, es sind ja hier beide Ressorts zuständig, es ist eine Frage der Gesundheit und es ist eine Frage der Jugendwohlfahrt, dass die gesetzlichen Grundlagen nicht vorhanden sind eine entsprechende Einrichtung für diese Kinder zu schaffen. Wenn man schaut, wie lange das Problem vorhanden ist, das sich auch zahlenmäßig darstellen lässt, von allen ExpertInnen wurde hier eine maximale Anzahl von 20 KlientInnen angegeben. Es ist also wirklich im überschaubaren und leistbaren Rahmen, dass man eine Einrichtung schafft.

Das Problem ist bekannt, muss ja auch bekannt gewesen sein, dass man hier offensichtlich nicht die gesetzlichen Grundlagen hat, eine entsprechende Einrichtung hier zu schaffen.

War Ihnen das bewusst? Wenn ja, warum ist da eigentlich nichts geschehen beziehungsweise vorangetrieben worden, dass man die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen schafft, um diesen Kindern und Jugendlichen unter Umständen auch eine unschöne Biografie zu ersparen, indem man sie rechtzeitig in die entsprechende Versorgungseinrichtung bringen kann?

VBgmin Mag. **Brauner**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, die Fragen der Jugendwohlfahrt entsprechen nicht der Auftragstellung hier in der Untersuchungskommission.

Sie wissen selber, dass das eine Landesangelegenheit ist, dass auch viele bundesgesetzliche Regelungen hier hineinspielen. Es ist natürlich eine ganz, ganz wichtige Aufgabe, die, wie Sie richtig auch gesagt haben, an der Schnittstelle zwischen verschiedenen Ressorts liegt. Und im Sinne dessen, dass ich mich hier natürlich auch, weil ich keine Juristin bin, bemühe sehr an die Empfehlungen und auch Vorgaben des Herrn Vorsitzenden zu halten, werde ich mich auf das konzentrieren, welches in dem Ressort und im Gemeindebereich zu diesem Bereich zu tun war. Und da ist sicher die Frage der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Versorgung von großer Bedeutung, die, glaube ich, uns allen, weil die Kinder sind unsere Zukunft und

Ihnen die beste Möglichkeit zu schaffen ist unser aller ganz, ganz wichtigste Aufgabe. Deshalb möchte ich mich in diesem Sinne darauf konzentrieren, was im Bereich der Gemeinde und Spitäler dazu passiert ist. Und da war natürlich im Zentrum, auch eines persönlichen Besuches von mir, unsere Abteilung am Rosenhügel. Die mir deswegen so in besonderer Erinnerung ist, weil ich zum einen sehr beeindruckt war von den Damen und Herren, die dort arbeiten, von den KollegInnen. Auf der anderen Seite aber mir auch ganz besonders in Erinnerung ist, dass im Zentrum der Diskussion damals die bauliche Veränderung des Rosenhügels stand, um bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Und mir ist das deswegen in Erinnerung, weil ich zwar gewohnt war vom OWS über Denkmalschutzprobleme zu diskutieren, wenn man die Pavillons sieht, auch als Laie, da muss man keine große architektonische Ausbildung haben, um zu erkennen, dass diese eben historische Bedeutung haben. Ich bin in anderen Bereichen über Denkmalschutzaufgaben informiert und war aber dann sehr überrascht, dass auch am Rosenhügel Denkmalschutz ist und deswegen diese Umbauten dort auch relativ schwierig waren. Aber es ist dann von mir, eben auch ausgehend von diesem Besuch, der Auftrag erteilt worden, weil das eben das Vordringliche war, und bitte auch hier um Verständnis, dass ich jetzt nicht alle Gespräche wortwörtlich wiedergeben kann, ich kann das gar nicht sagen, ob es im Jahr 2004 oder 2005 war, aber das ist vor allem im Zentrum der Gespräche gestanden. An das kann ich mich eben deshalb erinnern, weil es mich eigentlich überrascht hat, diese Auflagen des Denkmalschutzes auch dort in dem Bereich zu finden. Und da hat man dann den Auftrag erteilt, aber in der Linie eben, nicht mit Sonderbeauftragungen. Und da ist ja dann auch eine entsprechende Veränderung erfolgt, damit wir hier bessere Rahmenbedingungen haben.

GRin **Matiasek**: Entschuldigung, Frau Stadträtin. Ich höre jetzt zum ersten Mal bei diesem Problem eine Verbindung mit dem Denkmalschutz.

Es geht hier um kranke Kinder und Jugendliche, deswegen ist natürlich das Gesundheitsressort angesprochen. Es geht aber um Kinder und Jugendliche, die laut ExpertInnen - und darauf, haben Sie selber gesagt, müssen wir vertrauen, weil auch ich bin keine Medizinerin -, die eben nicht in ein Spital gehören, weil genau der Hospitalismus ihr Krankheitsbild eher verstärkt oder negativ ist. Die in eine externe Einrichtung gehören. Es sind maximal 20 Kinder und Jugendliche. Und die finden keine Unterbringung. Werden zwischen den Institutionen verschoben und sogar, wie ein Fall belegt, bis nach Norddeutschland geschickt oder innerhalb Österreichs untergebracht, weil, so letzter Stand, Frau Vizebürgermeisterin Laska die gesetzliche Rahmenbe-

dingung fehlt, um diese Kinder entsprechend unterbringen zu können. Nachdem das Ganze insgesamt kein Riesenproblem, von der Dimension, darstellt, wollte ich eben fragen, ob dieses Problem bewusst war? Es hat nichts mit den baulichen Maßnahmen in irgendeinem Spital zu tun, sondern es hat mit einer externen Einrichtung zu tun, die in Wien ganz einfach fehlt. Nicht seit heute fehlt, sondern ganz offensichtlich seit Jahren fehlt, wo aber die zuständigen KinderpsychiaterInnen sehr wohl mehrmals darauf hingewiesen haben, wie notwendig diese Versorgungseinrichtung für die Betroffenen wäre.

VBgmin Mag. **Brauner:** Frau Gemeinderätin, ich habe Ihnen sehr deutlich gesagt, dass ein Teil der Frage, die Sie mir gestellt haben, nicht mein Ressort betroffen hat, sondern Jugendwohlfahrtsmaßnahmen betrifft. Ich weiß selbstverständlich, und das sage ich hier jetzt nicht als verantwortliche Politikerin, sondern als ein Mensch, der der Meinung ist, dass alles, was mit Jugendlichen zu tun hat, unglaublich wichtig ist, dass gerade Wien in betreuten Wohngemeinschaften sehr, sehr viel Initiativen gesetzt hat. Und ich weiß, dass es hier auch viele Bemühungen gegeben hat und natürlich auch im Kontakt mit den ExpertInnen des KAV, um das noch zu verbessern, auszuweiten, dass es hier immer einen zusätzlichen Bedarf gibt. Aber das ist ein Bereich, und ich bin hier unter Wahrheitspflicht, zu dem ich Ihnen wahrheitsgemäß keine Detailantworten geben kann, weil es nicht mein Ressort ist. Und weil es Rahmenbedingungen oder Aufgaben sind, zu denen ich Ihnen hier keine Detailauskunft geben kann, weil sie nicht in meinem Ressort waren. Was ich Ihnen gesagt habe, und das dachte ich, hätte ich auch deutlich artikuliert, generell zum Thema Jugend, Jugendpsychiatrische Versorgung, da war in meinem Ressort und in meiner Zeit vor allem das wichtigste Anliegen der Umbau des Rosenhügels. Und da kann man jetzt schon sagen: „Das soll umgebaut werden, ob ein Denkmalschutz darauf ist oder nicht, interessiert mich nicht“, aber so wird man zu keinen Lösungen kommen. Und mein Ziel war es immer Lösungen zu finden.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner:** Frau GRin Korosec, bitte.

GRin **Korosec:** Danke, Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben heute dargestellt, dass die interne Kommunikation sehr gut funktioniert. Das bringt mich jetzt zu der Frage, weil Ihre Amtsvorgängerin, Frau Dr. Pittermann, sieht das ganz anders. Sie hat vor einem Jahr ein Interview gegeben in der Wiener Zeitung, wo sie sagt, „Wenn einer sagt, er hat nicht gewusst, dass es da Missstände gibt, dann kann er nicht analytisch denken und ist für mich prinzipiell unglaubwürdig.“ - oder „Als Stadtrat kann man nie alles überschauen und ist nicht gut informiert. Man ist immer der Blöde.“ Und so weiter. Es gibt mehrere Zitate. Das heißt, Frau Dr.

Pittermann zeichnete mit ihren Aussagen ein sehr negatives Bild von der internen Kommunikationskultur im Stadtratbüro. In der Zwischenzeit ist offensichtlich alles anders. Können Sie sich vorstellen, warum es der Frau Dr. Pittermann so ergangen ist und sich mit dem Wechsel alles total geändert hat?

VBgmin Mag. **Brauner:** Diese Frage überrascht mich jetzt ein wenig, denn ich dachte, ich bin hier als Zeugin geladen und meine Aufgabe ist es, Fakten zu beschreiben, an die ich mich wahrheitsgemäß erinnern kann. Und ich versuche das auch nach bestem Wissen und Gewissen. Aus dem Zusammenhang gerissene Bemerkungen, der von mir hochgeschätzten Frau Primaria Pittermann zu kommentieren, werde ich ganz sicher nicht tun, Frau Kollegin. Was ich Ihnen sagen kann, denn das sind Fakten, und da weiß ich, wovon ich rede, und ich sage grundsätzlich nur Sachen, von denen ich weiß, was ich rede, Tatsache ist, dass es mir ein sehr großes Anliegen war mit der neuen Führung des KAV. Das ist keine Kritik an der alten, sondern neue Personen geben immer die Möglichkeit neue Strukturen zu schaffen, neue Wege zu gehen, dass es von Anfang an klar war, vor allem auch mit dem sehr engagierten Herrn Generaldirektor, dass wir eine sehr offene Informationspolitik machen. Das es darum geht, Strukturen zu schaffen, die den Menschen ermöglichen in Sicherheit und Vertrauen ihre Arbeit zu machen. Und das wir versuchen, sowohl der Öffentlichkeit gegenüber als auch intern ein sehr offenes Kommunikationssystem zu führen. Ich denke, ich erläutere gerne Sachen an Beispielen, weil dann kann man es festmachen, die ganzen Veränderungen, wo wir ja schon Gelegenheit hatten, die mehrfach zu diskutieren, die ich in diesen zweieinhalb Jahren eingeleitet und umgesetzt habe, sind immer mit den MitarbeiterInnen kommuniziert worden. Also, wenn wir hier von Offenheit, von Kommunikationsstrukturen reden, dann kann ich Ihnen sagen, es hat kein einziges Haus gegeben, wo die MitarbeiterInnen nicht von mir persönlich informiert wurden. Es waren viele Häuser von Veränderungen betroffen, irgendjemand hat gesagt „es ist kein Stein auf dem anderen geblieben“. Das ist nicht ganz falsch, wenn ich denke an die Häuser, die nach Wien-Nord übersiedeln sollen. Wenn ich denke an das Kinderspital in Favoriten. Wenn ich denke an die Geriatrieeinrichtungen. Wenn ich denke, wenn ich die Frau Gemeinderätin Matzka-Dojder anschau, an Ihr Haus. Dann hat es keine einzige Situation gegeben, wo die MitarbeiterInnen nicht von mir persönlich erfahren haben, was zu passieren hat. Es hat keine einzige Situation gegeben, wo die Leute aus der Zeitung erfahren haben, was mit Ihnen passieren soll, sondern ich habe großen Wert darauf gelegt, und wir haben das sehr genau auch immer so geplant, dass ich bei Betriebsversammlung in Absprache mit der

Personalvertretung vor Ort war und die Leute persönlich, gemeinsam mit dem Herrn Generaldirektor informiert habe. Und ich kann Ihnen sagen, das waren nicht immer einfache Situationen. Zum Beispiel in einem traditionsreichen Haus zu sagen: „Ihr übersiedelt. Ihr übersiedelt von einer wunderschönen Umgebung mit Grün jetzt nach Floridsdorf, in den Norden Wiens“. Es war nicht einfach in einem Haus, wie dem Geriatriezentrum Wienerwald zu sagen: „Meine Lieben, wir respektieren eure Arbeit. Ihr habt gut gearbeitet. Nach bestem Wissen und Gewissen. Aber das ist nicht mehr modernster Stand. Das ist nicht das, was wir uns für die Zukunft vorstellen. Ihr werdet jetzt de facto aufgeteilt. Das Team wird zersplittert.“ Sie könne mir glauben, das war nicht einfach. Aber im Sinne dieser von uns angelegten und auch umgesetzten offenen Kommunikation, und in dieser Kommunikationsstruktur haben wir das so gemacht, ich bin in jedem einzelnen Fall, und wir haben uns viel Zeit dafür genommen, von den Leuten immer sehr positiv bestärkt worden, in dem die Leute gesagt haben: „Das ist nicht leicht und das fällt uns schwer, aber super, dass Sie da waren und super, dass Sie mit uns persönlich gesprochen haben. Das wissen wir zu schätzen.“ Und das hat mich auch motiviert diesen Weg auch weiter beizubehalten. Ich glaube, dass man hier wirklich schon mit gutem Gewissen sagen kann, diese offene Kommunikation, die ich mir vorgenommen habe und auf meine Fahne schreibe, haben wir auch in die Praxis umgesetzt. Was nicht heißt, dass das eine oder andere Mal irgendwo auch da bei uns ein Fehler passiert ist. Genauso wie das gilt für alle 33 000 MitarbeiterInnen des Hauses, kann auch uns einmal ein Fehler unterlaufen oder wir waren zu jemanden einmal nicht freundlich genug oder sind nicht intensiv genug darauf eingegangen. Aber vom Prinzip her haben wir das alles umgesetzt und das hat eigentlich auch sehr gut funktioniert.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Herr GR Deutsch, bitte.

GR **Deutsch**: Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Von Frau Kollegin Pilz sind so viele Unterstellungen in diesen Raum gestellt worden, sodass ich darauf replizieren möchte, weil sie nicht den aktuellen Stand der Erkenntnisse der Untersuchungskommission entsprechen. Bezüglich der tragischen Vorfälle von 2003 und 2005 möge wirklich niemanden unterstellt werden, dass man das nicht schrecklich findet. Ich habe auch eingangs darauf hingewiesen, welche Schritte vom KAV gesetzt wurden. Das es auch von der Staatsanwaltschaft untersucht und zurückgelegt wurde. Und es wurde schon gar kein Zusammenhang hergestellt, ob zu wenig Personal vorhanden wäre. Ich möchte auch daran erinnern, dass es nicht der Erkenntnisstand der Untersuchungskommission ist, dass zu

wenig investiert worden wäre. Natürlich hätte jede Abteilung, darauf ist ja auch hingewiesen worden, für neue Projekte und Ideen immer auch gerne weitere Mittel. Das ist ähnlich wie Sie auf der ganzen Welt keinen Personalvertreter finden werden, der sagen würde: „Es gibt zu viel Personal“. Das wäre nämlich ein sehr schlechter Personalvertreter. Aber entschieden ist, und das konnten wir in den einzelnen Befragungen sehr genau nachvollziehen, dass diese Evaluierungen stattgefunden haben und dann in diesem Rahmen von Seiten der Kollegialen Führung entsprechende Schwerpunkte gesetzt wurden. Weil, und das haben wir auch von vielen Sachverständigen auch hören können, die medizinische und pflegerische Versorgung stets gesichert war und auch ist. Ich möchte aber dennoch auch nicht im Raum stehen lassen, ich glaube die Frau Kollegin Praniess-Kastner war es, die wieder die Frage angeschnitten hat, warum PatientInnen und Angehörige nicht geladen werden? Das ist ein ganz wichtiges Thema. Abgesehen davon, dass 80 Prozent der Anträge einstimmig in dieser Untersuchungskommission beschlossen wurden, das haben wir aus gutem Grund abgelehnt - (*Zwischenruf*)

- Zu denen komme ich noch.

- Angehörige, die Mitbetroffene sind und PatientInnen aus gutem Grund abgelehnt, weil wir uns dagegen ausgesprochen haben, dass diese öffentlich vorgeführt werden. Einem inquisitorischen Befragungsstil, wie wir ihn ja auch in den letzten Sitzungen erleben mussten, ausgesetzt werden und möglicherweise sich dadurch das Krankheitsbild verschlechtert, sondern wir haben hier diesen nicht öffentlichen Raum über die Patientenanzwaltschaft angeführt. Und was die Angehörigenvertretungen betrifft, möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass es nicht die Aufgabe der Untersuchungskommission ist, Konzepte für die Entwicklung der Psychiatrie in Wien zu erarbeiten. Das ist nicht das fachliche Gremium, sondern es geht darum, einen Sachverhalt zu besprechen und die Frage zu klären, ob es eine politische Verantwortung dafür gibt. Worauf ich ja bereits auch eine Antwort gegeben habe. Ich möchte aber auch noch zu dem Punkt „Warum keine Kontrollamtsprüfung des OWS stattgefunden hat“ kommen, was auch Sie angesprochen haben, unabhängig davon, dass Sie ja einen Antrag einbringen hätten können, als Grüne auf Kontrollamtsprüfung.

GRin Dr. **Pilz**: Haben wir!

GR **Deutsch**: Das wissen Sie sehr genau, dass dieser Vorfall von 2003 ebenfalls von der Staatsanwaltschaft überprüft wurde, zurückgelegt wurde. Ich erinnere an die Aussagen des Herrn Mag. Jarosch. Es liegen hier uns die Erkenntnisse vor. Ebenso was die neue Flächenwidmung des OWS betrifft. Auch diese Stellungnahme Ihrerseits ist falsch gewesen, denn die Grünen haben sich immer dagegen ausgespro-

chen. Ich kann mich noch gut an die Diskussion im Gemeinderat im Dezember 2006 erinnern. Ich möchte das richtig stellen, damit es auch im Protokoll vermerkt ist. (*Zwischenruf*)

Es können nicht nur Ihre Vorwürfe und Unterstellungen im Protokoll enthalten sein, sondern natürlich auch die Richtigstellungen. Sie haben damals gegen diese neue Flächenwidmung gestimmt. Und damit sogar in Kauf genommen, dass Investitionen erfolgen können an der bestehenden Struktur, weil natürlich die neue Flächenwidmung in Abstimmung mit dem Denkmalamt auch ermöglicht hat, dass entsprechend investiert werden kann, und auch in der bestehenden Struktur, nicht nur in jenem Teil der neugestaltet werden soll, ermöglicht wird. Erinnern Sie sich daran!

Ich komme aber jetzt zur Frage. Nämlich zu einer wesentlichen, die wir auch immer wieder in der Untersuchungskommission angesprochen haben. Während ja die weltweit wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht einfacher werden, investiert die Stadt aber verstärkt in den gesamten Gesundheits- und Sozialbereich. Meine Frage wäre: Wie entwickelten sich die Budgetziffern in den letzten Jahren im Gesundheitsbereich, wo ja die Psychiatrie nur ein Teil davon ist, und können wir davon ausgehen, dass die hohe qualitative medizinische und pflegerische Versorgung wieder unabhängig vom Alter, vom Einkommen und sozialen Status weiter garantiert werden kann?

VBgmin Mag. **Brauner:** Hier wird eine Frage angesprochen, die eine ganz, ganz zentrale ist. Weil natürlich in Zeiten wirtschaftlich krisenhafter Entwicklungen es natürlich sehr verlockend ist, wenn man kurzfristig ökonomisch und da nicht gesamtgesellschaftlich denkt, zu sagen „investieren wir alles in Unternehmungen, kürzen wir in der Kultur, in der Wissenschaft, in der Gesundheit, im Sozialen. Das ist nicht der Weg der Stadt Wien und das war er auch nicht in der Vergangenheit und das wird er auch in der Zukunft nicht sein. Ich halte das, auch ökonomisch gesehen, ich bin ja Ökonomin, das habe ich studiert, nicht Medizin oder sonst irgendetwas, auch für mittel- und längerfristig für einen ökonomisch ganz, ganz falschen Weg. Ich glaube, dass Fragen des sozialen Zusammenhalts auch für die wirtschaftliche Entwicklung notwendig und wichtig sind. Ich glaube, dass die Frage wie die Gesellschaft mit Kranken und Alten umgeht auch ein gesellschaftliches Anliegen für die Zukunft ist, das auch von wirtschaftlicher Bedeutung ist. Ich habe zufällig vor zwei Tagen, gemeinsam mit meiner Nachfolgerin Frau Mag. Wehsely die Entwicklungen im Zuge des Konjunkturpaketes präsentiert. Von den 700 Millionen, die wir als Konjunkturpaket geschnürt haben, gehen ja 311 Millionen in den Bereich Gesundheit und Soziales, ermöglichen damit auch eine fast 12-prozentige Steigerung des Budgets des KAV.

Und ich habe dort gesagt, und auch die Frau Mag. Wehsely, wir haben das gemeinsam dort festgehalten, auch in der Öffentlichkeit, das ist sehr gut investiertes Geld. Denn jeder Cent dort, macht sich dreifach bezahlt. Er macht sich bezahlt für die Lebensqualität der WienerInnen, für die Gesundheitsversorgung. Er macht sich bezahlt für die wirtschaftliche Entwicklung, weil wenn wir renovieren, ich war selber im Wilhelminenspital und habe, obwohl nicht mehr zuständig, die gute Tradition beibehalten und dort auch mit den KollegInnen viele Gespräche geführt, und sie haben auch gezeigt, was sie jetzt gerade alles renovieren, das ist genau das, was wir brauchen. Auch für die Wiener Wirtschaft, auch für die Klein- und Mittelbetriebe. Das macht sich bezahlt für die Wiener Wirtschaft und es macht sich bezahlt für Arbeitsplätze. Gerade in dem Bereich, nicht zuletzt auch Frauenarbeitsplätze. Denn wir wissen, dass ein hoher Teil derer, die in dem Bereich tätig sind, Frauen sind. Das heißt, ich bekenne mich dazu, dass die positive Entwicklung des Budgets des KAV in den vergangenen Jahren beibehalten wird. Um Ihnen nur eine Zahl zu nennen, die ein bisschen, glaube ich, schon dokumentiert, wie positiv sich - noch einmal, in Zeiten wo in anderen Ländern Spitäler geschlossen werden - entwickelt habe. Wenn wir, und ich nehme jetzt das Jahr 2004, weil das sozusagen mein Amtsantritt war, und vergleiche es mit dem Budget bis hinauf zum Budget 2009, das mein Budget ist als Finanz- und Wirtschaftsstadträtin, so hat sich dieses Budget um schlicht und einfach 110 Prozent gesteigert. Eine Verdoppelung des Investitionsbudgets. Das ist, denke ich, eine Entwicklung, die keine Selbstverständlichkeit ist. Es ist gerade in den vergangenen Jahren besonders stark gestiegen. Zwischen 2004 und 2007 um 87 Prozent und jetzt eben mit diesen beiden Budgets, die auch ganz ausschließlich meine Handschrift als Finanzstadträtin zeichnen, 2008/2009 hat es sich noch einmal so weit gesteigert, dass wir jetzt auf fast 110 Prozent sind. Also mehr als eine Verdoppelung im Investitionsbudget. Das ist der Zuschuss, der von der Stadt Wien für den KAV für Investitionen zur Verfügung gestellt wird. Ich denke doch, das sind Zahlen, wo die Stadt Wien international Beachtung findet und wo wir auch international sagen können, das macht uns sobald nicht einer nach. Und das sind Investitionen, die dem zu Gute kommen, was, so hoffe ich doch, bei allen unterschiedlichen Auffassungen, die es hier gibt, wir alle gemeinsam vertreten, nämlich eine starke Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze und eine bestmögliche Versorgung für die Gesundheit der WienerInnen.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner:** Frau GRin Dr. Pilz, bitte.

GRin Dr. **Pilz:** Danke, Herr Vorsitzender! Bleiben wir noch einmal bei der Kinder- und Ju-

gendspsychiatrie. Es hat Herr Prof. Berger im Jahr 2004 einen Zwischenbericht über ein Projekt vorgelegt, wo ihn Frau Stadträtin Pittermann beauftragt hat. In diesem Zwischenbericht im Februar 2004 benennt Prof. Berger klar die Mängel in der nicht befriedigenden Versorgungssituation, was die gegenwärtige Bettenstruktur betrifft. Ich möchte in dem Zusammenhang, Frau Stadträtin, darauf hinweisen, dass unter Ihrer Verantwortung 150 bis 160 Kinder jährlich im OWS in der Erwachsenenpsychiatrie fehl untergebracht waren. 20 bis 30 im Kaiser-Franz-Josef-Spital beziehungsweise Sozialmedizinischem-Zentrum-Ost. In Summe eine große Zahl. Prof. Berger macht Vorschläge, wie man hier reorganisiert. Während Ihrer Amtszeit wurde das Projekt schubladisiert und am Ende Ihrer Amtszeit ist Herr Prof. Berger in Pension gegangen. Im Dezember 2007. Offensichtlich hat man ihn nicht aufgehalten. Ich frage Sie, Frau Stadträtin, wie können Sie es verantworten, dass dieses wichtige Reorganisationsprojekt nicht verfolgt wurde und dass nach wie vor Kinder und Jugendliche in der Erwachsenenpsychiatrie fehl untergebracht sind, was - und so haben Fachleute hier ausgesagt - zu dramatischen Situationen führen kann?

VBgmin Mag. **Brauner:** Frau Gemeinderätin Pilz, ich hoffe Ihre Zahlen sind präziser als Ihre Formulierungen, was das Ende meiner Amtszeit betrifft. Ich bin nicht Ende 2007 gewechselt, sondern Jänner 2007. Das ist ein bisschen ein Unterschied, nämlich ein ganzes Jahr. Ich hoffe dass Ihre anderen Zahlen präziser sind. Ich kann sie nicht bestätigen, weil ich jetzt auch keine Zahlen mithabe. Was ich aber sehr deutlich sagen möchte, ich habe es an sich schon gesagt, aber ich wiederhole es für Sie sehr gerne, es ist das Projekt des Herrn Prof. Bergers selbstverständlich nicht beendet worden. Und es sind auch seine Arbeiten nicht schubladisiert worden, sondern ich habe aus Gründen, die ich vorher genau erläutert habe, diese Sonderbeauftragung nicht für sinnvoll gehalten. Genauso wenig die Sonderbeauftragung der Frau Kollegin, die für Kindergesundheitsfragen zuständig war, Frau Dr. Oberhauser. Es hat nichts mit der Person zu tun und vor allem auch nicht mit den Inhalten. Und im Gegenteil, ich habe mich bemüht diese Arbeiten, die hier geleistet wurden und die berechtigten Ziele, die bestmögliche Versorgung für die Kinder und Jugendlichen in die Linie zu bringen, wenn ich das in meiner Organisationsprache so nennen darf, wo sie hingehört. Warum habe ich, glaube ich, schon ausreichend erläutert. Ich möchte das jetzt nicht noch einmal wiederholen. Und das ist auch passiert. Denn, und auch das sagte ich schon, dass bei meinem Besuch am Rosenhügel neben dem Eindruck, den die MitarbeiterInnen hinterlassen haben, was ich heute noch in Erinnerung habe, weil das wirklich ganz toll war, wirklich sehr bewegend,

auf der anderen Seite ich natürlich auf die räumliche Problematik aufmerksam gemacht wurde. Und habe dann die zuständige Teilunternehmung auch damit beauftragt, hier Maßnahmen zu setzen. Was ja dann auch passiert ist. Es ist ja auch hier schon diskutiert und festgelegt worden. Ich glaube, das wurde hier schon ausreichend festgelegt. Und das habe ich auch als meine Aufgabe betrachtet. Also, es stimmt nicht, dass nichts passiert ist. Es stimmt nicht, dass die Dinge schubladisiert wurden, sondern ich habe sie in die Linie gebracht. Und sowohl was die Struktur betrifft als auch was die generelle Versorgung betrifft sind die Schritte auch gesetzt worden. Die einen, glaube ich, 2007 und die anderen im Laufe der nachfolgenden Zeit.

GRin Dr. **Pilz:** Ihre Korrektur nehme ich gerne zur Kenntnis. Prof. Berger ist in Ihrer Amtszeit in Pension gegangen. Es muss also Dezember 2006 gewesen sein. Sie haben mir jetzt nicht beantwortet wie Sie es verantworten können, dass die über 180 Kinder in Summe in der Erwachsenenpsychiatrie untergebracht worden sind und damit in Kauf genommen wird, dass hier psychische Folgen, nachteilige Folgen für die Kinder entstehen?

VBgmin Mag. **Brauner:** Ich habe Ihnen schon gesagt, dass ich diese Zahl nicht bestätigen kann. Und bitte Sie wirklich bei Ihren Fragen nicht diese Unterstellungen gleich immer mit einzubauen. Ich habe Ihnen auch sehr deutlich gesagt, welche Maßnahmen ich gesetzt habe, um die Spezialeinrichtungen, ohne jetzt noch einzugehen auf die ganze Ausbildungsproblematik, die hier aber schon mehrfach diskutiert wurde, welche Maßnahmen ich gesetzt habe, um die Einrichtungen, die dafür zuständig sind, in der Struktur zu verbessern. Das ist auch passiert. Und der große Schritt, der in diesem Bereich noch ausständig ist, ist eben die neue und dritte Möglichkeit in Wien Nord. Dass es eine Zeit dauert, sehr geehrte Frau Dr. Pilz ein Spital zu errichten, das wird wohl hoffentlich auch für Sie einsichtig sein.

GRin Dr. **Pilz:** Sie haben davon gesprochen, dass nie an Sie herangetragen wurde, dass es Personalnot gibt im Otto-Wagner-Spital. Das ist für mich schwer nachvollziehbar, denn ich habe sehr genau die internen Protokolle auch unter Ihrer Amtszeit studiert, in dem immer wieder in internen Sitzungen, sei es der PrimärärztInnen oder der Kollegialen Führung davon die Rede war, dass man personell an den Grenzen ist und dass man Leistungseinschränkungen nicht mehr ausschließen kann und und und. Es sind, und auch dazu gibt es Unterlagen aus dem Spital, zwischen dem April 2006 und dem April 2008, 20 FachärztInnen weggegangen aus dem Otto-Wagner-Spital. Ich frage Sie daher: Hat die Kollegiale Führung, die Frau Teilunternehmensdirektor oder der Herr Generaldirektor Sie nie in Kenntnis gesetzt, dass es so ist Otto-Wagner-

Spital beziehungsweise haben Sie nie danach gefragt?

VBgmin Mag **Brauner**: Ich würde bitten, wenn man zitiert, dass man auch präzise und korrekt zitiert. Ich habe nicht gesagt, dass ich nie mit Personalfragen konfrontiert war, im Gegenteil. Ich habe, glaube ich, sehr ausführlich dargestellt, dass in jedem Bereich und ich kann Ihnen versichern, das ist in meinem Ressort, in meinem neuen, keinen Deut anders. In jedem Bereich, wo ich hinkomme, alle natürlich immer wieder neue Ideen haben, darauf hinweisen, was sie noch gerne alles machen würden, noch mehr die Qualität ihrer Arbeit verbessern würden und dafür natürlich alle sehr gerne noch zusätzliches Personal hätten. Was ich gesagt habe und das wiederhole ich auch für Sie, Frau Dr. Pilz, noch einmal gerne, ist, dass diese dramatische, beeinträchtigende Personalnot, wie Sie sie darstellen, die dazu geführt hätte, dass die Arbeit nicht mehr gemacht werden konnte oder dass es dazu geführt hätte, dass die Menschen sagen: „Wir können die Leute nicht mehr behandeln“, dass ich damit und das habe ich gesagt und das wiederhole ich gerne, nicht konfrontiert war. Und bei meinen Besuchen im Otto-Wagner-Spital, am Rosenhügel war ich primär damit konfrontiert. Und das habe ich dann auch umgesetzt und ausführlich schon dargestellt, wie, dass es primär in diesem Bereich auch darum geht, Strukturen zu schaffen, zukunftsorientierte Veränderungen zu erreichen, dieses Stichwort "Dezentralisierung", "Regionalisierung", entsprechend neue Strukturen zu setzen. Und da habe ich sie entsprechend in die Wege geleitet, zum Teil umgesetzt, zum Teil tut das jetzt meine Nachfolgerin.

GRin Dr. **Pilz**: Frau Stadträtin!

Ich möchte es in einem Punkt hier in Bezug auf meine Aussage korrigieren. Nicht ich habe gesagt, dass es dringende Personalnot gibt. Ich zitiere und ich zitiere mit Überzeugung. Ich zitiere Personalvertreter und führende MitarbeiterInnen aus dem Otto-Wagner-Spital, die belegt in internen Protokollen, in Briefen im Dienstweg, in Studien und so weiter, klar und deutlich, wiederholt, mehrfach und durch Jahre von Personalnot sprechen.

VBgmin Mag **Brauner**: Wie man Überzeugung zitiert, weiß ich nicht. Ich zitiere immer die Wahrheit. Aber ich kann Ihnen versichern, dass mir diese internen Schreiben nicht bekannt sind.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Darf ich Sie daran erinnern, dass es bereits 11.30 Uhr ist und wir haben an und für sich schon den nächsten Programmpunkt. (*Zwischenruf*) Ich darf. (*Zwischenruf*) Na ja, wie gesagt, wir können es nicht ad infinitum ausdehnen. Aber wie gesagt, ich würde sagen, jetzt noch eine letzte Runde. Frau GRin Matiasek bitte.

GRin **Matiasek**: Frau Vizebürgermeisterin!

Bei Ihrem ersten oder Antrittsbesuch in Ihrer Funktion als Gesundheitsstadträtin im Otto-Wagner-Spital sind Sie damals mit dem Problem der Sicherheit, des Personals, der ÄrztInnen, der PflegerInnen gegenüber PatientInnen, die halt auf Grund ihres Krankheitsbildes übergriffig werden, konfrontiert worden und wie haben Sie darauf reagiert?

VBgmin Mag **Brauner**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Nachdem ich hier unter Wahrheitspflicht stehe, kann ich Ihnen jedes einzelne Gespräch, ich weiß jetzt auch gar nicht, wann mein Antrittsbesuch war, aber ich schätze es wird vier oder fünf Jahre her sein, kann ich nicht jedes einzelne Gespräch wiedergeben. Das könnte ich wahrheitsgetreu nicht. Das heißt, ich kann Ihnen nicht jeden einzelnen Satz, den mir - ich bin ein sehr kommunikativer Mensch und wenn ich in den Spitälern war, dann sind sehr viele immer auf mich zugekommen und haben mir erzählt ihre Sorgen, ihre Sicht der Dinge, ihre Wünsche, ihre Vorstellungen. Mir war es auch immer wahnsinnig wichtig, nicht nur so sehr ich sie schätze und glaube, sie machen einen hervorragenden Job, mir war es aber immer sehr wichtig, nicht nur mit den ÄrztInnen zu sprechen sondern ich bin auch sehr intensiv immer mit dem Pflegepersonal in Kontakt gewesen. Mir war es aber auch wichtig, in die Küche zu gehen und dort mit den Gehilfen zu reden, mit den Amtsgehilfen zu reden. Es war mich auch wichtig auch mit den Putzfrauen und Putzmännern zu reden, mit den PortierInnen, mit den HausarbeiterInnen, mit den GärtnerInnen. Das heißt, ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie viel zigtausende Gespräche ich geführt habe und Sie werden bitte verstehen und ich bin hier unter Wahrheitspflicht, dass ich Ihnen jetzt nicht sagen kann, welchen genauen Inhalt jedes einzelne Gespräch gegeben hat und gehalten hat.

Was ich Ihnen aber sagen kann, ist, dass bei meinem Antrittsbesuch im Otto-Wagner-Spital absolut im Vordergrund gestanden ist die Frage der Reorganisation, die Frage der generellen Struktur, die Frage der Zukunftsperspektive, die Frage der Regionalisierung und Dezentralisierung der Psychiatrie und was wir da alles auf die Schiene gebracht haben, habe ich, glaube ich, schon ausreichend erläutert.

GRin **Matiasek**: Eine Zusatzfrage. Ich hätte vielleicht "seit Ihrem Antrittsbesuch dort" sagen sollen. Also, das Thema Sicherheit war nie explizit ein wichtiges in den Gesprächen? Es ist ja dann doch zu Beginn des Jahres, glaube ich, diese Sicherheitsmannschaft eingesetzt worden, das heißt, es war natürlich das Bedürfnis da auch zum Schutze des Personals in der Konflikt-situation Personen zur Verfügung zu haben, die praktisch extern sind. Aber in Ihrer Kommunikation mit den MitarbeiterInnen haben Sie dieses Thema also eher nicht in Erinnerung, kein Schwerpunktthema?

VBgmin Mag **Brauner**: Ich wiederhole mich leider, aber wenn ich gefragt werde, gebietet es die Höflichkeit selbstverständlich auch darauf zu antworten, sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Ich habe Tausende von Gesprächen mit vielen, vielen Menschen geführt und kann Ihnen und nachdem wir hier ja nicht plaudern über Themen "Na, wie glauben Sie denn, was das?", sondern ich hier unter Wahrheitspflicht stehe, kann ich Ihnen nicht garantieren oder nicht wiedergeben, was in diesen vielen, vielen Gesprächen gesagt wurde. Im Vordergrund ist diese Frage der Reorganisation und der Regionalisierung und Dezentralisierung der Psychiatrie gestanden.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau GRin Korosec.

GR **Korosec**: Danke, Herr Vorsitzender!

Ich habe eine Anmerkung zum Protokoll. Der Herr Kollege Deutsch hat vorhin gesagt bei seiner letzten Wortmeldung, wir haben 80 Prozent der Anträge gemeinsam beschlossen. Ich stelle richtig, Sie haben mehr als ein Drittel unserer Anträge abgelehnt. Danke.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau GRin Ramskogler.

GRin Mag. **Ramskogler**: Ja, ich möchte, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, darauf Bezug nehmen, dass Sie hier auch schon davon berichtet haben, dass Sie in Ihrer Amtszeit als Gesundheits- und Sozialstadträtin dementsprechend Projekte, wenn sie jetzt präventiv angelegt waren, unterstützt haben. Eben wie Sie auch erwähnt haben, das Projekt "Lebenslust statt Depression" oder auch eben bei REINTEGRA sich engagiert haben, dass dort auch wirklich psychisch erkrankte Menschen einen Arbeitsplatz finden und ich weiß auch, dass das Engagement, dass Sie mir damals als Stadträtin für Gesundheit und Soziales gezeigt haben, sich ja jetzt auch fortsetzt als Wirtschafts- und Finanzstadträtin in einem Projekt, wenn es darum geht um Gesundheit am Arbeitsplatz und dass es gerade von politischer Seite her Ihnen ja ein besonderes Anliegen ist, die psychische Gesundheit und die physische Gesundheit am Arbeitsplatz dementsprechend in den Vordergrund zu rücken und meine Frage geht dahin, was hier noch weiterhin geplant ist aus Ihrem jetzigen Ressort von wegen der Gesundheit, insbesondere der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz.

VBgmin Mag **Brauner**: Ich glaube, dass das ein ganz, ganz wichtiges Thema ist und hatte vorher schon in einem anderen Zusammenhang die Gelegenheit zu erläutern, dass mein Verständnis von Wirtschafts- und Finanzpolitik eines ist, dass eine vernünftige und gerechte Sozialpolitik, die eine Inklusion aller Menschen in der Gesellschaft umfasst, auch aus ökonomischer Sicht sinnvoll ist, das ist also mein

Verständnis ist. Ich denke, dass wir im Moment und das ist das womit ich mich in meinem Ressort im Moment insbesondere befasse, vor allem konfrontiert sind, dass im arbeitsmarktpolitischen Bereich es einen immer höheren Anteil von Menschen gibt, die auf Grund psychischer Beeinträchtigungen aus dem Arbeitsmarkt, und erlauben Sie mit bitte jetzt aus Zeitgründen diese saloppe Bemerkung "rauskicken". Wenn wir uns die Zahlen anschauen der Frühpensionisten, so ist es ein erschreckend hoher Teil von Menschen, die auf Grund von psychischer Beeinträchtigung in Frühpension gehen. Wenn der Trend sich so weiter hält, wird es bald die Mehrheit sein, dass es nicht körperliche Beeinträchtigungen sondern psychische Beeinträchtigungen sind, wegen derer die Menschen in Frühpension gehen, das heißt, hier einerseits das schon hier ausführlich diskutierte Thema der Entstigmatisierung weiter voranzutreiben und ich sagte schon, das ist nicht nur eine medizinische sondern eine gesellschaftspolitische Aufgabe und betrifft mich jetzt als Finanz- und Wirtschaftsstadträtin wie uns alle ganz genauso. Also, hier diese Entstigmatisierung weiterzutreiben, aber gleichzeitig auch präventiv aktiv zu werden, auch in der Arbeitsmarktpolitik ist mir ein großes Anliegen und wir sind gerade dabei in einer groß angelegten Diskussion einen neuen Zugang zur Arbeitsmarktpolitik gemeinsam auch vor allem mit den Einrichtungen der Stadt, aber nicht nur, unser Prinzip ist ja immer da mit allen eng zu kooperieren, genau dieses Thema zu diskutieren und auch zu überlegen, wie können wir Menschen, die vielleicht auch nur eine vorübergehende Beeinträchtigung haben - und das macht die wirtschaftspolitische Situation, können Sie mir glauben, im Moment nicht leichter - im Arbeitsmarkt halten. Weil das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, dass wir in so eine negative Spirale hineinkommen. Diese Menschen haben ein Krankheitsproblem, fallen aus dem Arbeitsmarkt und dann beginnt, ich kann es mir in der Runde ersparen, das genau zu beschreiben, der Teufelskreis abwärts. Und deswegen ist es mir in der Arbeitsmarktpolitik, und das ist jetzt sehr schwierig, ein großes Anliegen, dass wir uns eben nicht nur auf diejenigen konzentrieren, die kräftig, gesund, jung und gut ausgebildet sind, sondern dass wir keinesfalls darauf vergessen, dass es Menschen gibt, die in irgendeiner Art und Weise Beeinträchtigungen haben und es ist auch eine wirtschaftspolitische Aufgabe, weil Sie haben mich jetzt in meiner jetzigen Funktion, eine wirtschaftspolitische Aufgabe dafür zu sorgen, dass wir auch diese Menschen bestmöglich im Arbeitsmarkt behalten.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Und die letzte Runde wird abgeschlossen von Frau Mag. Antonov. Bitte.

GRin Mag **Antonov**: Ja, Vizebürgermeisterin!

Ich möchte kurz noch einmal auf den wichtigen Bereich der Kinder und Jugend zurückkommen. Es ist zwar die Jugendwohlfahrt ausgeklammert aus dem Untersuchungsgegenstand dieser Kommission, natürlich hat aber alles, was in extramuralen Bereichen sich abspielt, auch Auswirkungen auf den stationären Bereich. Es ist ja sehr eindringlich von mehreren Zeuginnen hier geschildert worden, dass Kinder und Jugendliche teilweise sehr viel länger in stationären Einrichtungen verbleiben müssen, weil Versorgungseinrichtungen im extramuralen Bereich nicht so da sind, wie sie da sein sollten. Prof. Friedrich hat sehr eindrucksvoll geschildert. Er hat es so formuliert: „Die Gesundheit und Jugendwohlfahrt sind nicht an einen Tisch zu bringen. Wir werden da im Kreis geschickt und kommen nicht weiter.“ Daher möchte ich Sie fragen: Haben Sie in Ihrer Amtszeit mit Ihrer Amtskollegin, die für die Jugendwohlfahrt zuständig ist, dahingehende Gespräche geführt? Und haben sich daraus Verbesserungen ergeben?

VBgmin Mag **Brauner**: Nun, ich sagte vorher schon, dass der Bereich der Jugendbetreuung und Jugendversorgung ich, und das ist ja meine Verpflichtung hier aus eigener Wahrnehmung, nichts dazu beitragen kann, weil es eben nicht mein Ressort ist und ich möchte mich nicht in Regeln, die sich diese Untersuchungskommission selber gegeben hat, widersetzen.

Selbstverständlich ist der Bereich der Betreuung der Jugendlichen ein ganz, ganz wichtiges Anliegen und habe ich am Beispiel des Rosenhügels ja auch schon gezeigt, wie ich mich dafür eingesetzt habe, dass es hier zu Verbesserungen kommt. Grundsätzlich ist die Schnittstellenproblematik zwischen extramural und intramural und dazu könnte ich Ihnen sehr viel erzählen, was wir da alles getan haben, eine der Hauptherausforderungen vor denen die Gesundheitspolitik steht und das ist in der Psychiatrie so, dass in der Kinder- und Jugendpsychiatrie so, das ist aber ganz stark auch in der Geriatrie so, wenn ich allein denke an die Diskussionen, die wir hatten darüber, wie es uns gelingt im Bereich und kein Zufall, dass ich jetzt daran denke, weil ich sagte schon, dass die Geriatrien sehr dominant in diesen 2,5 Jahren waren, welche Diskussionen wir hier hatten, um mit der externen und internen Versorgung eine möglichst beste Schnittstelle zu erarbeiten. Insofern kann ich Ihnen jetzt auch wahrheitsgemäß nicht sagen, wann ich mit wem worüber geredet habe. Ich bin mit allen meinen KollegInnen im engsten Kontakt gewesen und viele Gespräche gehabt, weil gerade die Frage der Gesundheit, des Sozialen alle Ressort in gewisser Weise mit betrifft, na auch das Jugendressort der Kollegin Laska, aber ganz stark zum Beispiel auch das Planungsressort des Kollegen Schicker. Wenn ich nur denke an das Otto-Wagner-Spital, ohne sei-

ne tolle Unterstützung wäre diese wichtige Strukturveränderung nicht möglich gewesen und nicht zuletzt natürlich auch das Finanzressort an dem das Gesundheitsressort, wie ich jetzt von der anderen Seite feststellen kann, ziemlich eng angedockt ist und bei jeder Gelegenheit auch mit den Wünschen und Vorschlägen da ist.

Das heißt, um es zusammenzufassen, ich kann Ihnen jetzt keine einzelnen Gespräche von fünf Jahren wiedergeben, aber selbstverständlich hat es immer Abstimmungsgespräche gegeben. Mein Ziel war für den Bereich für den ich zuständig war, möglichst Verbesserungen zu erreichen, mit den eben mir zustehenden strukturellen Maßnahmen, die ich auch gesetzt habe, die sich auch ganz konkret am Rosenhügel ja niedergeschlagen haben, wo es Veränderungen und Verbesserungen gegeben hat, die immer noch im Gange sind. Das ist ein längerer Prozess. Und wo dann einer der nächsten entscheidenden Schritte, sicher nicht der nächste, da passiert ja dazwischen noch sehr viel, auch dass die Neuerrichtung des Krankenhauses Nord sein wird, gesichert an eine ganz große Verbesserung und ein qualitativer Schritt in der Versorgung der jungen Menschen dieser Stadt sein werden.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Gut. Dann darf ich die Fragerunde abschließen. Und ich danke Ihnen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, für Ihre Aussagen. Und im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit werden wir jetzt, glaube ich, keine Pause machen und dann gleich zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen.

VBgmin Mag **Brauner**: Ich danke Ihnen für die kritische und sachliche Diskussion.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Danke. *(Zwischenruf)* Gerne. *(Zwischenruf)* Also gut. Eine technische Pause von fünf Minuten wird eingelegt bitte.

Pause: 11.46 bis 11.51

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Darf ich Sie bitten, Ihre Plätze wieder einzunehmen. So, bitte sehr, die Plätze einzunehmen, wir werden fortfahren.

So, ich darf sehr herzlich Herrn Bgm Dr. Häupl begrüßen. *(Zwischenruf)* Herr Bürgermeister, ich nehme an, Sie haben auch die Amtsverschwiegenheitsentbindung mit? Um die darf ich Sie dann bitten, dass wir das dann bekommen. Und Sie werden heute hier als Zeuge vernommen und zwar zum Thema: Ursachen und die Verantwortung für die bekannt gewordenen Missstände, Planung der Wiener Gesundheitsversorgung, Führung und Dienstaufsicht, Betreuungsqualität, freiheitseinschränkende Maßnahmen und Handhabung des Unterbringungsgesetzes, Personalsituation, Beschwerdemanagement, Qualitätssicherung und „state of

the art“ - Versorgung, Sicherheit von PatientInnen und Personal, bauliche und infrastrukturellen Gegebenheiten und die Schnittstellen zwischen intra- und extramurale Versorgung. Wie alle Zeugen darf ich Sie darauf hinweisen, dass Sie unter Wahrheitspflicht stehen, Sie aber die Frage nicht beantworten müssen, deren Beantwortung für Sie persönlich mit Nachteilen verbunden wäre. Ich darf Sie, so wie alle Anderen auch, bitten, sich zunächst einmal kurz vorzustellen, hinsichtlich Ihres beruflichen Werdegangs und - damit die Gleichheit gewahrt ist – und dann -

Bgm Dr. **Häupl**: Darauf lege ich allergrößten Wert.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: - und dass Sie dann eben für die Fragen der Kommissionsmitglieder zur Verfügung stehen. Ich darf Sie kurz bitten, einen kurzen Überblick über Ihren beruflichen Werdegang zu geben, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr. **Häupl**: Es ist ja relativ leicht. Es ist ja überall nachzulesen und allen Anwesenden auch bekannt. Aber im Sinne der Gleichheit gar keine Frage. Ich komme dem Wunsch gerne nach. Mein Name ist Dr. Michael Häupl. Ich bin Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien, dies seit, na, jetzt etwa 14 Jahren. Vorher sieben Jahre amtsführender Stadtrat für Umwelt und Sport, kurzzeitig war in dem Amtstitel auch Freizeit drinnen. Aber davon habe ich nun wirklich nichts verstanden. Und vorher eine Periode Gemeinderat. Ich nehme einmal, bei der Kurzfassung können wir es belassen.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Gut. Dann danke. Dann darf ich die Fragerunde eröffnen und darf Herrn GR Deutsch das Wort erteilen.

GR **Deutsch**: Herr Vorsitzender! Herr Bürgermeister!

Die Untersuchungskommission zur psychiatrischen Versorgung in Wien, die nun seit einem Jahr ungefähr tagt und die durch Minderheitenrecht eingerichtet wird, soll ja den Sachverhalt besprechen, ob es gravierende Missstände in der Wiener Psychiatrie gäbe. Das haben wir getan und dabei, ich konnte das auch bei der Befragung zuvor feststellen, keine Missstände festgestellt und daher werden wir die Frage, ob es eine politische Verantwortung dafür gibt auch mit "nein" beantworten. Wir haben in den Befragungen sowohl bei den Sachverständigen als auch die jeweiligen ZeugInnen uns versichern können, dass es eine Fehlerkultur gibt, dass es ein funktionierendes Beschwerdemanagement gibt und ich bin jetzt auch nicht sicher, ob Sie als Bürgermeister mit dem im Beweisantrag angeführten Themen jemals befasst wurden, möchte aber dennoch fragen, ob Beschwerden betreffend der psychiatrischen Versorgung in Wien an Ihr Büro herangetragen wurden, wie viele das waren und welche Schritte unternommen wurden?

Bgm Dr. **Häupl**: Dankeschön. Ich bin gewöhnt, immer nur nach Aufforderung zu sprechen. Und daher habe ich jetzt kurz gezögert.

Seit 2002 hatte ich etwa 12 Beschwerden bekommen, von denen ein Teil anonym war. Die anonymen Beschwerdefälle sind von meinem Büro direkt an den Krankenanstaltenverbund oder das Büro der zuständigen Stadträtin übermittelt worden und mit einer entsprechenden Erledigung versehen, in dem sicher die Sachen, die dort beanstandet wurden, kritisiert wurden, auch entsprechend untersucht worden, trotz ihrer Anonymität. Das ist ein bisschen schwierig, anonyme Schreiben zu beantworten. Das ist das Wesen der Anonymität. Alle anderen, die mit Namen versehen waren, die nachvollziehbar gewesen sind, haben wir selbstverständlich an das Büro der Frau Stadträtin weitergeleitet. Hier wurden Untersuchungen angestellt. In all den Fällen Stellungnahmen eingeholt, diese Stellungnahmen wurden dann in den entsprechenden Beantwortungen seitens der Stadträtin auch eingearbeitet. Alle sind plausibel erschienen und somit betrachte ich alle diese Eingaben an mich, also all diese Briefe an mich auch als erledigt.

GR **Deutsch**: Eine weitere Frage hätte ich noch. Ein wesentlicher Schritt in Wien, der ja auch international anerkannt wurde, war ja die Durchführung der Psychiatriereform und einer der Sachverständigen sprach in diesem Zusammenhang auch von der Modellstadt Wien, auf die er immer auch bei internationalen Kongressen hinweist. Wie sehen Sie als Bürgermeister dieser Stadt die Entwicklung dieser Reform in Wien, die ja auch nur ein Teil der gesamten medizinischen Versorgung in dieser Stadt ist?

Bgm. Dr. **Häupl**: Ja, zunächst ist schon darauf hinzuweisen, dass ich den ganzen Bereich der Psychiatrie als einen Teil des Gesundheitswesens dieser Stadt und der Entwicklung des Gesundheitswesens dieser Stadt betrachte. Ich bin kein Spezialist in Fragen der Psychiatrie. Ich habe aus eigener Wahrnehmung hier nur punktuelle Zugriffe aus den letzten 30 Jahren. Wenn ich mich recht entsinne, waren 1979 diese Grundlagebeschlüsse zur Psychiatriereform in Wien. Natürlich erinnere ich mich aus meiner Studentzeit an Diskussionen über Basaglia mit all den Folgewirkungen, die es dazu gegeben hat, auch mit aller Kritik, die es damals gegeben hat, vor allem von Seiten der Jungen. Für uns war es durchaus imposant - seitens uns damals Jungen, als Studenten - etwa mit Leuten wie Prof. Dr. Rudas zu sprechen darüber. Der uns als Studenten auch als Ansprechpartner zur Verfügung gestanden ist. Natürlich habe ich nach Abschluss meines Studiums, wo ich ja auch mit Psychiatrie nichts zu tun hatte, wie jeder weiß, nachher dieses Thema aus den Augen verloren und habe mich erst beschäftigt wieder, als ich in meiner Funktion als Bürgermeister diese Briefe bekommen habe und mir

angeschaut habe, ob sie die Plausibilität erfüllen in der Erledigung. Sonst habe ich aus eigener Wahrnehmung nichts zu sagen dazu.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau GRin Dr. Pilz.

GRin Dr. **Pilz**: Danke, Herr Vorsitzender! Herr Bürgermeister!

Ich möchte eingangs die Gelegenheit wahrnehmen, weil Sie da sind und auch der Herr Magistratsdirektor, dem Team, das die Untersuchungskommission hier im Hintergrund betreut, einmal vor den Vorhang zu bitten und mich sehr herzlich bedanken für die tolle Betreuung, die wir von Herrn Mag. Sedlak und der Frau Kriz und dem Team und all denen, die dann unsere wörtlichen Protokolle schreiben müssen, das geht mit Präzision und mit großem Service und das möchte ich einfach hier einmal danken und auch unseren beiden Vorsitzenden. Wir fühlen uns in unserer Arbeit unterstützt.

Ja. Aber jetzt zur Sache Herr Bürgermeister. Sie haben gesagt, Sie werden nur punktuell und das kann ich gut nachvollziehen, Sie sind Bürgermeister, können nicht für jedes Detail verantwortlich sein und nicht über jedes Detail informiert sein. Aber Sie haben sicher verfolgt, dass die großen Debatten, die wir hier führen, darum gehen, dass insbesondere im Otto-Wagner-Spital in einem alten Gemäuer mit schlechter Bausubstanz zu wenig ÄrztInnen, zu wenig TherapeutInnen, viele sehr, sehr kranke Menschen betreuen und dass man nicht einmal getrennte Klos hat und dass man alte, eigentlich nicht mehr zeitgemäße Zimmer hat und und und. Sie werden das sicher alles verfolgt haben.

Kollege Deutsch sagt auch deutlich, er sieht keine Missstände, das bleibt der SPÖ-Fraktion unbenommen.

Frau Stadträtin Mag. Wehsely hat bei ihrer Einvernahme sehr ausführlich dargestellt, was sie getan hat, um den nicht existenten Missstände abzuwehren, nämlich Personal abzubauen. Und durchaus zeitgleich mit Einsetzung der Untersuchungskommission, wurden zum Beispiel 18 Posten für ÄrztInnen geschaffen und mangels FachärztInnen - weil das können wir nachher auch noch besprechen, warum wir die nicht haben – hat man TurnusärztInnen für Allgemein Medizin im Wesentlichen jetzt einmal zur Linderung der Personalnot eingesetzt. Ich möchte Ihnen jetzt kurz schildern, damit Sie meine Frage verstehen, was das im Alltag bedeutet.

Da sagen mir betroffene TurnusärztInnen aus dem Haus, dass die meisten die dort sind, am liebsten vor der Überforderung, die sie haben, weg wollten. Sie mussten sich aber, um einen Turnusplatz zu bekommen, freiwillig für ein Jahr verpflichten. Sie haben auch keine Möglichkeit da heraus zu optieren. Aber besser einen Turnusplatz in der Psychiatrie am Otto-Wagner-

Spital als keinen Turnusplatz.

Dann schaut es so aus, dass man ohne weitere Einschulung sofort in die PatientInnenversorgung eingebunden wird. Dass man keine Möglichkeit hat – was üblicherweise der Fall ist – zuerst einmal ein Monat auf der Internen zu haben, damit man sich auskennt, weil viele sind ja frisch von der Universität. Und dass sie keine Kurse und keine Fortbildung in dieser Zeit haben. Und das für mich ein sprechendes Beispiel, mir hat jemand gesagt, die männlichen Turnusärzte dienen die Zeit ab wie der Rekrut beim Bundesheer.

Weil die TurnusärztInnen offensichtlich in der Hierarchie auch die schwächsten sind, passieren dann schlimmste Dinge, Herr Bürgermeister. Und zwar nicht in grauer Vergangenheit, sondern jetzt.

Ich möchte Sie da konfrontieren mit einem Vorfall, den es im Otto-Wagner-Spital gegeben hat. Auf der Baumgartner Höhe im Pavillon XXIV auf der 5. Psychiatrischen Abteilung hat das stattgefunden. Es hat sich um folgende Situation gehandelt:

Eine junge Turnusärztin, die das, was ich hier beschrieben habe, sozusagen als Hintergrund hatte, war sich mit einem männlichen Pfleger über die Medikation für einen Patienten nicht einig. Kann sein, bitte, der Pfleger hat auch eine Meinung geäußert. Er hat sich nicht darauf beschränkt sie zu äußern, sondern er hat die Turnusärztin rüde am Arm gepackt, durch den Gang geschleudert, dass sie an die Wand geknallt ist. Damit man sieht, dass das hier keine Kleinigkeit ist, das ist ein Foto danach, damit Sie sehen, der Arm ist ziemlich bedient. Sie musste in stationäre Behandlung, dazu gibt es auch Unterlagen im Allgemeinen Krankenhaus.

Da sagt man, gut, da ist jemand ausgerastet, da muss es doch Konsequenzen geben? Sie wurde vom Oberarzt und der Primaria dringend ersucht, keine Anzeige zu machen, mit dem Hinweis, dann ist man schon wieder in der Zeitung, das würde für Pfleger eine Existenzgefährdung sein. Sie hat dann gesagt: „Dann möchte ich wenigstens die Kosten für die therapeutischen Maßnahmen, die ich mir selber bezahlen musste, ersetzt haben.“ Das konnte sie auch nicht erreichen. Sie wurde, als sie aus dem Krankenstand zurück kam, auf die Akutpsychiatrie versetzt.

Herr Bürgermeister! Ich muss Ihnen da noch als Information geben: Die Ärztin war zum Zeitpunkt des tätlichen Angriffs durch den Pfleger im 4. Monat schwanger und sie wurde nachher trotzdem auf die Akutpsychiatrie versetzt.

Der Pfleger hat sich dann, weil sie auf eine Schadensersatzzahlung bestanden hat, einen Anwalt genommen. Mittlerweile musste sie sich

selber einen Anwalt nehmen, hat auch selber jetzt eine Anzeige gemacht, die mir hier vorliegt.

Herr Bürgermeister! Ich frage Sie jetzt - ich nehme nicht an, dass Sie diesen Fall kennen -: Ist das die Überforderungssituation, in die man die TurnusärztInnen und offensichtlich auch das Pflegepersonal durch diese Personalnot hinein treibt, dass dann solche Szene passieren? Ist das vertretbar? Ist die Krisenbewältigung seitens des Otto-Wagner-Spitals, Ihrer Meinung nach, adäquat?

Bgm Dr. **Häupl**: Frau Gemeinderätin!

Zunächst einmal gehe ich davon, dass der Fall, so wie Sie ihn geschildert haben, auch wahr ist. Ich kann nur davon ausgehen, denn aus eigener Wahrnehmung habe ich selbstverständlich keine Kenntnis von diesem Fall.

Wenn ich davon ausgehen muss, er ist wahr, dann ist das natürlich ein höchst bedauerlicher Zwischenfall. Es ist natürlich auch zu hinterfragen, ob hier eine entsprechende Vorgangsweise gewählt wurde, um mit diesem Fall auch so umzugehen, wie umgegangen wurde.

Es ändert dies alles nichts an der Tatsache, dass ich den Zusammenhang zwischen einer Personalunterbesetzung und diesem Vorfall nicht nachvollziehen kann.

Wenn man sich das Leben ein bisschen betrachtet, dann gibt es bedauerlicherweise, bedauerlicherweise, höchst bedauerlicherweise durchaus auch in anderen Bereichen und in anderen Berufen immer wieder ähnlich gelagerte Vorfälle.

Nachdem ich aus eigener Wahrnehmung dazu nichts beitragen kann, einen Zusammenhang mit einer Unterbesetzung bei ÄrztInnen nicht feststellen kann – die Diskussion zwischen einer ÄrztIn und einem Pfleger über die Frage einer medizinischen Indikation höchst seltsam empfinde – kann ich da nur sagen, das Einzige, nachdem Sie mich jetzt in Kenntnis gesetzt haben, ist, dass ich mich erkundigen werde - ich sage noch einmal: Ausgehend davon, dass Ihre Informationen jetzt richtig sind – wie mit dem Fall nachher umgegangen wurde.

Aber, nach dem ich erst jetzt Kenntnis erlangte, kann ich dazu nichts sagen.

GRin Dr. **Pilz**: Danke, Herr Bürgermeister und danke auch für Ihre offenen Worte.

Ich stütze mich da auf die Strafanzeige, die eingebracht wurde und die mir vorliegt. Das ist mein Hintergrund und ich gehe davon aus, dass die Leute, die mich informiert haben, mir das in bestem Wissen und Gewissen geteilt haben. Aber die tatsächliche Untersuchung wird ja hier ohnehin im Rechtsweg erfolgen.

Ich möchte doch noch bei der grundsätzlichen Frage bleiben, die ich Ihnen gestellt habe, Herr Bürgermeister. Für mich ist dieses Beispiel,

vor allem im Kontext dessen, dass von den FachärztInnen in den letzten zweieinhalb Jahren nahezu 20 ÄrztInnen das Haus verlassen. Man hat seitens des Krankenanstaltenverbundes verabsäumt, für eine entsprechende Personalentwicklung zu sorgen. Vielleicht sind Sie in Kenntnis, dass es hier auch eine Debatte über die Sicherstellung der Ausbildung der PsychiaterInnen gegeben hat.

Ich fasse das kurz zusammen für Sie, weil ich mich doch ein bisschen eingehender damit beschäftige. Es gibt seit dem Jahr 2006 eine neue Ausbildungsordnung, die ist mit 2. Februar 2007 umzusetzen. Das ist veröffentlicht, das weiß der Krankenanstaltenverbund. Alle alten Ausbildungsstellen - wir hatten davon 26 Ausbildungsstellen für die Psychiatrie am Otto-Wagner-Spital - laufen aus und dürfen nicht mehr nachbesetzt werden.

Jetzt würde man doch auch angesichts dieser Debatte, die wir hier führen und der unbestrittenen Tatsache, dass es einen Mangel an FachärztInnen für Psychiatrie gibt – das hat hier und österreichweit niemand in Abrede gestellt – müsste es das erste und wichtigste Interesse des Krankenanstaltenverbundes sein, hier die Ausbildung sicherzustellen und sich nicht zu verhalten wie ein Gymnasialdirektor, der sagt: „So lange ich noch eine Maturaklasse habe, brauche ich keine 1. Klasse.“ Denn, so scheint es mir, geht man damit um.

Denn man hat in den letzten zwei Jahren keine Anträge auf Einrichtung von Ausbildungsplätzen nach der neuen Ausbildungsordnung „Psychotherapie und Psychiatrie“ gestellt. Das ist für mich absolut unnachvollziehbar, da man diese Stellen von der Österreichischen Ärztekammer anerkennen lassen muss. Das ist ein behördliches Verfahren, da gibt es Prüfungen, da muss man formal und qualitativ gut aufgestellt sein. Damit wir das im Otto-Wagner-Spital können, müssen wir z.B. PsychiaterInnen haben, die in diesem Sinne auch als PsychotherapeutInnen ausgebildet sind.

Herr Bürgermeister! Jetzt habe ich der Österreichischen Ärztekammer einen Brief geschrieben, wie denn da der Status mit der Ausbildung ist. Ich habe schriftlich – es wurde hier auch schon kommuniziert – die Antwort bekommen, dass man keine Anträge gestellt hat.

Das hat mich insofern verwundert, da sowohl der Herr Generaldirektor Dr. Marhold bei seiner Einvernahme, als auch Frau Dr. Herbeck in einer Einvernahme und vor allem Frau Stadträtin Mag. Wehsely im Rahmen einer mündlichen Anfragebeantwortung im Gemeinderat unisono davon gesprochen haben, man hat sechs Anträge gestellt, die wären bei der Ärztekammer in Bearbeitung.

Herr Bürgermeister! Ich frage Sie jetzt: Wie kann es denn sein, dass der Krankenanstaltenverbund in so einer wesentlichen Frage nicht den Dingen nachkommt, die zu tun sind, nämlich Anträge zu stellen? Und dass dann hier von zwei Spitzenmanagern des Krankenanstaltenverbundes sachlich, objektiv unwahre Angaben gemacht wurden?

Bgm Dr. **Häupl**: Frau Gemeinderätin! Zunächst ist unstrittig, dass man FachärztInnen ausbilden soll und dass man alles daran setzen soll, dass man auch über hinreichend FachärztInnen verfügt. Das gilt natürlich für alle medizinischen Bereiche. Das ist unstrittig.

Alles Übrige kann ich nicht nachvollziehen, weil ich es aus eigener Wahrnehmung auch nicht kenne. Es ist natürlich keine Frage, dass Sie sich ein Jahr lang hier mit diesen Fragen beschäftigen haben, was man von mir nicht behaupten kann. Denn es ist auch nicht mein Job.

Es ändert das alles nichts an der Tatsache, dass diese Frage, so nehme ich an - die Empathie, mit dem Sie das nun vorgetragen haben, lässt diesen Schluss zu – in dieser Untersuchungskommission ausführlich diskutiert haben.

Ich kenne die Stellungnahmen des Direktors und der Ärztlichen Direktorin des Krankenanstaltenverbundes nicht. Ich kenne selbstverständlich auch die Stellungnahme der zuständigen Stadträtin dazu nicht. Das ist nicht meine Aufgabe.

Ich bin davon überzeugt, dass es Argumente seitens der verantwortlichen Damen und Herren auch dazu gibt.

Was soll ich hier dazu jetzt noch beitragen? Ich kenne selbstverständlich auch die Korrespondenz zwischen Ihnen und der Ärztekammer dazu nicht.

Eine Information nehme ich natürlich hier schon gerne mit, weil es eine strukturelle ist, die unabhängig jetzt von Posteninteressen ist. Nämlich, dass man für die Einrichtung von Ausbildungsstellen die Zustimmung der Ärztekammer braucht. Das nehme ich mit und das halte ich für eine hoch interessante Geschichte. Das erinnert mich ein bisschen an andere Bereiche, wo es Bedarfsprüfungen gibt, wo ApothekerInnen Geschäfte nicht nebeneinander aufmachen können und ähnliche Dinge. Diese strukturelle Frage nehme ich gerne mit. Und ich sage Ihnen auch gerne zu, da beschäftige ich mich auch damit.

GRin Dr. **Pilz**: Herr Bürgermeister! Ich kann dem folgen, dass man hinter die Frage, ob die Ärztekammer die richtige Behörde ist, eine Frage stellen kann.

Faktum ist, dass es jetzt und hier und heute eine Behörde ist und die Ärztekammer hat hier Behördenfunktion, ist einzubinden und die Einrichtung der Ausbildungsstellen ist von der Zuständigkeit der Ärztekammer schlicht und ein-

fach abhängig.

Warum ich Sie doch mit dieser Frage befasse, Herr Bürgermeister, ist, weil wir hier eine Untersuchungskommission haben und jede Zeugen und auch Sie, wurde auf die Wahrheitspflicht verwiesen.

Es war bemerkenswert, dass die Stadträtin zwar im Gemeinderat gesagt hat, man hätte sechs Anträge gestellt, hier in der Untersuchungskommission hat sie das nicht mehr so gesagt, sondern hat gesagt, man hat Ausbildungsplätze eingerichtet. Herr Generaldirektor Dr. Marhold und Frau Direktorin Dr. Herbeck haben sich festgelegt, man hätte hier Anträge eingebracht.

Es ist schon wichtig und nachdem uns hier ja sehr, sehr viel berichtet wird, dass wir uns als Abgeordnete darauf verlassen können, dass die Wahrheitspflicht ernst genommen wird und hier nur Dinge gesagt werden, die objektiv der Fall sind. Wir alle, die wir hier sind, haben allen viel Zeit gelassen, das richtigzustellen. Wir haben, damit Sie das auch das wissen, Herr Bürgermeister, einen Antrag gestellt, dass man einfach die Dokumente vorlegt. Leichte Übung, Datum, wann haben wir es eingebracht, Eingangsstempel und die Sache ist erledigt.

Ihr Fraktion, Herr Bürgermeister, hat diesen Antrag leider in der letzten Sitzung abgelehnt.

Wir haben auch sonst nur Stillschweigen aus den betroffenen Büros gekriegt. Das hat uns dazu veranlasst, heute morgen eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft einzubringen, in Bezug auf die Frau Direktorin Dr. Herbeck und den Herrn Generaldirektor Dr. Marhold hinsichtlich des Verdachts einer falschen Zeugenaussage hier vor der Untersuchungskommission. Es war für uns ein schwieriger Schritt, wir haben ihn uns lange überlegt. Man hat hier offensichtlich seitens der SPÖ nicht die nötigen Schritte gesetzt, dass man das vermeiden kann. Das will ich Ihnen jetzt noch zur Information hier mitteilen.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: War das jetzt eine Frage, Frau Dr. Pilz?

GRin Dr. **Pilz**: Vielleicht möchte der Herr Bürgermeister dazu einen Kommentar abgeben. Falls nicht, bin ich zufrieden.

Bgm Dr. **Häupl**: Nach dem keine Frage an mich gestellt wurde, kann ich wohl schwerlich auch eine beantworten.

Ich nehme die Informationen zur Kenntnis. Offensichtlich hat meine heutige Einvernahme mehr einen Schulungscharakter.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Herr GR Lasar, bitte.

GR **Lasar**: Danke, Herr Vorsitzender.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie haben eingangs erwähnt, dass auch Beschwerden von

Leuten in der Psychiatrie oder im Otto-Wagner-Spital an Sie herangetragen wurden.

Haben Sie sich im letzten Jahr, seit der Einsetzung der Untersuchungskommission, auch persönlich ein Bild z.B. im Otto-Wagner-Spital gemacht?

Bgm Dr. **Häupl**: Herr Gemeinderat! Selbstverständlich nicht. Ich besuche im Rahmen meiner Dienstpflichten durchaus gelegentlich Spitäler, insbesondere die Schwerpunktspitäler des Krankenanstaltenverbundes. Ich informiere mich da über das, was für mich im besonderen Ausmaß interessant ist, nämlich über die Umsetzung und Fortschritte der Krankenhausreform jetzt im Speziellen, der Gesundheitsreform im Allgemeinen.

Das ist mein Job, das habe ich zu tun. Sie werden das vielleicht am ehesten verstehen, wenn ich Ihnen das Bild bringe „Ein General im Schützengraben ist eine verlorene Schlacht“. So gesehen übe ich meinen Job aus und lasse die anderen ihren Job ausüben.

GR **Lasar**: Danke.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau GRin Korosec, bitte.

GRin **Korosec**: Danke, Herr Vorsitzender!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zuerst einmal **komplett**, Sie konnten sofort sagen, Sie haben 12 Beschwerden bekommen, das ist beachtlich. Vor Ihnen war die Frau Vizebürgermeisterin Mag. Brauner da und die Frau VBgmin Mag. Brauner war zweieinhalb Jahre für die Gesundheitspolitik zuständig, sie konnte leider nichts über die Beschwerden sagen, sie konnte leider keine Auskunft geben. Das möchte ich hier sehr positiv darauf replizieren.

Herr Bürgermeister! Sie stehen an der Spitze der Rathaushierarchie und Sie sind Chef der Stadtverwaltung und Sie sind seit 1994 Bürgermeister.

Das Gesundheitsressort ist eigentlich eine Dauerbaustelle. Wir haben drei Untersuchungskommissionen und zwei betreffen das Gesundheitsressort.

Wenn ich jetzt auf die Untersuchungskommission Lainz ganz kurz zu sprechen komme „Hilfe im hohen Alter“, da hat es 1993 einen Beschluss gegeben. Bei der Untersuchungskommission hat sich dann heraus gestellt, dass nur ungefähr 25 % in 10 Jahren davon umgesetzt wurden. Sie haben damals die politische Verantwortung übernommen und ich zitiere ganz kurz aus der Untersuchungskommission, wo Sie als Zeuge geladen waren und wo Sie sagen: „Aber wichtig ist und das ist mir innerlich auch ein wirklich wichtiges Anliegen, dass niemand, ein Gemeinderat nicht und noch weniger ein Exekutivmitglied, also ein Mitglied einer Regierung zulassen kann, dass Gemeinderatsbe-

schlüsse nicht zu 100 % umgesetzt werden. Das halte ich nicht für möglich.“

Sie haben sich dann auch gekümmert und dann ist das Geriatriekonzept gekommen. Jetzt wird ja zügig gerade in diesem Bereich sehr viel gemacht.

Jetzt haben wir wieder eine Untersuchungskommission und da geht es jetzt wieder um den Psychiatriezielplan. Der stammt aus dem Jahr 1979, der liegt also 30 Jahre zurück. Ich habe mir die Beschlussfassung angeschaut, ich habe auch die Diskussionen gelesen, damals hat man gesagt: sehr rasch muss es zur Dezentralisierung kommen, weil eben psychische PatientInnen gegenüber somatischen PatientInnen im Nachteil sind, weil sie sich einfach die ÄrztInnen selbst aussuchen können. Daher ist es ganz, ganz wichtig und wesentlich.

Jetzt sind 30 Jahre ins Land gezogen. Die Frau Vizebürgermeisterin hat heute gesagt, in ihrer Amtszeit hat sie mit der Dezentralisierung begonnen. In der Zwischenzeit sind von den acht Abteilungen zwei Abteilungen dezentralisiert, das SMZ-Ost und das Kaiser-Franz-Josef-Spital. Das heißt, 25 % sind in 30 Jahren umgesetzt. Nachdem immer das Krankenhaus Nord erwähnt wird, wenn das fertig ist, kann die weitere Dezentralisierung erfolgen, heißt es. Es sind ungefähr, wenn ich das jetzt optimistisch sehe, zumindest 35 Jahre, bis ein Beschluss in dieser Dimension umgesetzt wird. Das ist aber eine ganz wichtige Sache, weil es um psychisch kranke Menschen geht, also eigentlich um die Schwächsten der Gesellschaft und da hat man so lange zugewartet.

Herr Bürgermeister! Ich frage Sie daher: Wie erklären Sie sich diese unglaublichen Versäumnisse?

Bgm Dr. **Häupl**: Frau Gemeinderätin!

Ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt auf die Untersuchungskommission Geriatrie nicht eingehe, es ist auch nicht Gegenstand dieser Untersuchungskommission, obwohl ich an mich halten muss, wie Sie verstehen können und Sie kennen mein Temperament, weil da würde mir jetzt eine ganze Menge einfallen, aber vielleicht haben wir einmal Gelegenheit das im Gemeinderat zu erörtern, da muss ich weniger an mich halten und könnte das eine ganz eine interessante Diskussion dann werden.

Ich bedanke mich für Ihr Lob über die Qualität meines Büros, aber es ist wahrscheinlich eher die Qualität der elektronischen Datenverarbeitung, wo es jedenfalls bei dieser ja wirklich überschaubaren Anzahl von Beschwerdefällen in meinem Büro, nämlich seit 2002 zwölf Fälle es meine MitarbeiterInnen nicht überfordert hat, das auch entsprechend herauszuholen und sich anzuschauen und darzustellen.

Was nun Ihre sehr grundsätzliche Frage betrifft, 30, 35 Jahre ist in der Psychiatriereform in dieser Stadt nichts passiert. Mit dem Argument möchte ich schon ein bisschen brechen. Das ist eine grundsätzliche Frage und der stelle ich mich natürlich auch gerne.

Denn ich möchte den Beschluss von 1979 nicht darauf reduzieren, dass dort ausschließlich die Frage der Dezentralisierung abgehandelt wurde, sondern da gibt es eine ganze Reihe von inhaltlich sehr wichtigen Beschlüssen, die Wien eigentlich zu einer Vorreiterrolle in der ganzen Psychiatriereform in Europa werden ließ, auch in ihrer Umsetzung. Das betrifft sowohl die ganzen Fragen der Qualität der entsprechenden Behandlungen, das betrifft die Einrichtungen von Ambulanzen, also von Bereichen, die sich außerhalb der stationären Pflege befunden haben. Also es gibt eine Fülle von Dingen. Eines davon war die Frage der Regionalisierung und der Dezentralisierung.

Und wenn ich mich recht erinnere, dann habe ich in dieser Erinnerung einen Kontrollamtsbericht – nicht einen, Verzeihung – einen Rechnungshofbericht, der sich auch damit beschäftigt hat und der durchaus aufzeigt, dass in der Regionalisierung alle Beschlüsse auch gefällt wurden, mit etwa auch der Einrichtung der entsprechenden Stationen im Otto-Wagner-Spital. Das war aber die Dezentralisierung. Das heißt, das Auseinandernehmen dieses einen Spitals und die Implementierung in den normalen Spitälern eine Sache ist, die noch schleppend vorangegangen ist.

Ja, da ist zu sagen, das stimmt, das hat aber jetzt mit einer Versorgungssicherheit gar nichts zu tun, denn man muss ja zur gleichen Zeit auch die gewaltigen Veränderungen sehen, die es in der Struktur gegeben hat zwischen dem Prozentsatz, der früher zwangseingewiesen wurde und dem Prozentsatz, der freiwillig gekommen ist, der sich ja völlig umgekehrt hat im Laufe dieser Zeit und das hat auch seine Ursache.

Und wenn Sie sich vergegenwärtigen, wie viele stationäre Betten man vor 30 oder 35 Jahren hatte im Bereich der Psychiatrie und dies mit heute vergleicht, dann kann man natürlich auch daran erkennen, welcher qualitative Fortschritt hier in dieser Zeit erzielt wurde.

Also ich möchte wirklich bitten, dass man davon absieht, es wird eine vergebliche Bitte sein, da bitte ich zumindest um Verständnis, dass wir dem entgegenreten werden. Es ist in dieser Zeit in der Psychiatrie in Wien enorm viel passiert. Dass wir noch eine ganze Menge vor uns haben und eine ganze Menge Aufgaben auch haben, dass das Otto-Wagner-Spital beispielsweise natürlich von einer alten Bausubstanz ist, dass wir in den Dezentralisierungsbereichen natürlich auch mit dieser ganzen strukturellen Reform des Gesundheitswesens in Wien

noch eine ganze Menge Aufgaben vor uns haben, das ist ja von meiner Seite her völlig unstrittig.

Das ist genauso wie man ja nicht daraus ableiten kann, weil man irgendwo 15 ÄrztInnenposten neu dazu schafft oder Posten dazu gibt, dass man dann deswegen sagt, das ist ein riesengroßer Missetand und Versäumnis dafür, dass es die vorher nicht gegeben hat. Das ist ja keine schlüssige Argumentation und abgesehen davon, dass es eine Demotivation für alle, die dort arbeiten, und daher würde ich auch da bitten, dass man von diesen Dingen absieht.

Ja, wir wissen, dass wir hier Aufgaben vor uns haben, gar keine Frage, aber das kann nicht heißen, das ist auch nicht beweisbar, dass die letzten 35 Jahren in der Psychiatrie in Wien nichts passiert wäre. Im Gegenteil, kann ich Ihnen nur sagen, im Gegenteil, wir werden sehr positiv beachtet in der Welt.

GRin **Korosec**: Herr Bürgermeister!

Ich habe auch absolut nicht gesagt, dass in der Psychiatrie nichts passiert ist. Ich habe einzig und allein diesen Punkt, und das ist ein sehr wesentlicher Punkt, und die Frau VBgmin Brauner hat vor zwei Stunden oder vor einer Stunde hier gesagt, die Entstigmatisierung und die Dezentralisierung sind die wichtigsten Punkte, und das war ihre wichtigste Aufgabe, die sie gesehen hat, wie sie Vizebürgermeisterin war. Und da ist es halt schon verwunderlich, dass in 30 Jahren oder dann schon mehr als 30 Jahren nur 25 % umgesetzt sind. Aber jetzt wird es ja wohl kommen.

Noch eine grundsätzliche Frage, Herr Bürgermeister. Ich glaube, das Gesundheitsressort ist ja ein ganz ganz wichtiges Ressort, schließlich geht es da um die Menschen. Und warum übernehmen Sie als Bürgermeister dieser Stadt nicht überhaupt dieses Ressort, verantwortlich als Chefsache. Sie können es ja zur Chefsache machen, weil immerhin ist das ein Bereich, der ganz ganz wesentlich ist und zwei Untersuchungskommissionen sind ja immerhin auch etwas. Und man hat nach der ersten Untersuchungskommission dann gesehen, dass Maßnahmen gesetzt wurden. Also ich könnte mir durchaus vorstellen, und das wäre wahrscheinlich sehr positiv für die Menschen dieser Stadt, wenn Sie sich für dieses Ressort mehr interessieren würden als bisher.

Bgm Dr. **Häupl**: Liebe Frau Gemeinderätin!

Falls ich Sie missverstanden haben sollte, dass Sie nicht gesagt haben, dass nichts passiert ist, dann bitte ich um Entschuldigung. Ich habe es so verstanden, bei mir ist es so angekommen, daher habe ich auch so reagiert darauf. Aber ich nehme auch das heute jedenfalls in friedvoller Form zur Kenntnis.

Ihr Angebot ehrt mich, das ist gar keine Frage. Ich will jetzt gar nicht reden über Stadt-

verfassung, über Bundesverfassung – lassen wir diese ganzen – der Herr Magistratsdirektor wird mir das verzeihen – rechtlichen Rahmenbedingungen ausnahmsweise beiseite, aber ich stehe natürlich vor dem Problem, wie erkläre ich jetzt dann z.B. Leuten, die in der Wirtschaftskrise arbeitslos werden, dass ich nicht die Arbeitsmarkttagenden übernehme. Wie erkläre ich unseren gemeinsamen Freunden, den Unternehmern, dass ich nicht das Wirtschaftsressort übernehme. Das ließe sich jetzt beliebig fortsetzen, ich will Ihre Geduld und Ihre Zeit in überstrapazieren.

Es hat seine guten rechtlichen, es hat seine guten politischen Gründe, dass die Ressortaufteilung so ist, wie sie ist und auch wenn Sie gegen die Stimmen Ihrer Fraktion seinerzeit beschlossen wurde nach der Konstituierung nach der letzten Wahl. Es ist so wie es ist.

GRin **Korosec**: Eine letzte Frage, Herr Bürgermeister.

Sind Sie mit der Gesundheitsstadträtin Wehsely zufrieden?

Bgm Dr. **Häupl**: Frau Gemeinderätin!

Mir ist nicht erinnerlich, dass dies der Untersuchungsgegenstand dieser Kommission ist, meine Befindlichkeit und meine Zufriedenheit, aber ich bin Ihnen persönlich menschlich sehr dankbar, dass Sie sich danach erkundigen, nach meiner Befindlichkeit und meiner Zufriedenheit und ich darf Ihnen versichern, sie ist bestens.

GRin **Korosec**: Danke.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau GRin Klicka, bitte.

GRin **Klicka**: Danke vielmals, Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bei Ihren vielen internationalen Kontakten wird Ihnen sicherlich auch immer wieder bestätigt, dass Wien über ein modernes funktionierendes Gesundheitswesen verfügt. Das beweist ja nicht zuletzt auch das Ranking der Mörser-Studie, wo wir an vorderster Stelle gereiht sind, denn die Gesundheitsversorgung ist ein wesentlicher Grundstein für hohe Lebensqualität in einer Stadt. Und auf der anderen Seite finden gerade in Wien auch sehr viele internationale Kongresse mit exzellenten ExpertInnen auch auf dem Gebiet der Psychiatrie statt, die immer wieder bei ihren internationalen und Weltkongressen bestätigen, welche hervorragende Vorreiterrolle Wien auch auf diesem Gebiet einnehmen kann.

Entsprechend des Tempos des medizinischen Fortschrittes in den letzten Jahren haben sich die zuständigen Stadträtinnen in den letzten Jahren auch sehr um diese strukturellen Veränderungen, die dazu notwendig sind, vor allem auch im stationären Bereich, bemüht und es wurde sehr viel in diesem Bereich auch investiert. Das zeigt auch der Budgetvoranschlag des heurigen Jahres, wo eine sehr sehr hohe Summe, nämlich die Summe von 2,7 Milliarden Euro

gerade für den Gesundheitsbereich vorgesehen ist.

Frau StRin Wehsely hat bei Ihrer Vernehmung und auch heute Frau StRin Brauner sehr deutlich auch aufgeführt, welchen Meilenstein die Veränderung des Baues des Krankenhauses Nord bringen wird, weil dadurch auch sehr viele andere strukturelle Maßnahmen innerhalb Wiens ermöglicht werden.

Auf der anderen Seite stellt sich da natürlich schon auch die Frage, wenn in so ein großes neues Krankenhaus, das nach dem AKH der nächste Vorzeigebau in Wien sein wird, investiert wird, oft dann andere Krankenhäuser nicht darunter leiden oder Investitionen dort zurückgestellt werden.

Bgm Dr. **Häupl**: Frau Gemeinderätin!

Zunächst kann ich das weniger aus meinen internationalen beruflichen Kontakten bestätigen. Denn da wird meistens nach einer sehr strengen Agenda gehandelt und abgearbeitet, wesentlich strenger als das in dem lebenswerten Wien ist und in den wunderbaren Gemeinderatssitzungen oder Landtagssitzungen, wo das weniger streng abgehandelt wird. Aber natürlich aus sehr vielen Kontakten, die dadurch entstehen, dass Menschen sich einfach bedanken, die hier in Wien krank geworden sind, die zu Hause krank geworden sind, aber hierher nach Wien dann entsprechend geliefert und hier behandelt werden; also hier gibt es eine sehr hohe Zustimmung. Wir haben ja eine Fülle von dem, was man in dem hässlichen ökonomischen Jargon als FremdpatientInnen bezeichnet und in der Tat steckt ja ein nicht unerhebliches ökonomisches Problem und auch richtigerweise ein Finanzierungsproblem dahinter. Aber gerade die Menschen, die aus den Bundesländern in unsere Krankenhäuser nach Wien kommen und jetzt sammle ich einmal alle Krankenhäuser zusammen, besteht ein sehr sehr hohes Ausmaß an Zufriedenheit. Also das ist mit Sicherheit auch unbestritten.

Das gilt nun, so denke ich, auch in Umsetzung gemeinsamer Beschlüsse, die auf der Bundesebene gefasst sind, dies in Wien auch strukturell voranzutreiben und das hat natürlich schon mein hohes Interesse. Das ist ja gar keine Frage. Denn wenn man die Bevölkerungsentwicklung in unserer Stadt, wenn man die Altersentwicklung in unserer Stadt, wenn man die maßvolle Vermehrung sozusagen der Wienerinnen und Wiener als den Zuwachs in der Bevölkerung sich vergegenwärtigt, dann sieht dies natürlich verschiedenste Konsequenzen nach sich, auch in der Struktur der Spitäler.

Und wenn man daher beobachtet, wie in den beiden Bezirken auf der nordöstlichen Seite der Donau die Bevölkerungsentwicklung sich darstellt, dann muss man einfach zur Kenntnis nehmen, dass Floridsdorf und die Donaustadt mehr EinwohnerInnen haben als Graz; wesent-

lich mehr Einwohner als Graz. Und das zieht natürlich nach sich, dass, auch wenn einzelne politische Parteien nicht dieser Auffassung sind, dieses Krankenhaus Nord auch als ein wesentlicher Punkt der Gesundheitsversorgung, der stationären Gesundheitsversorgung, aber auch der ambulanten errichtet werden muss.

Das bietet natürlich Gelegenheit, die alte Konzeption, wie es in Wien geherrscht hat, dass in erster Linie die Spitäler im Westen der Stadt, wenn ich jetzt ein bisschen von der Rudolfstiftung absehe, im Westen der Stadt auch angesiedelt waren, aufzubrechen. Das heißt, natürlich Verlagerungen in dieses neue Spital, das heißt, strukturelle Veränderungen. Das bietet auch die Möglichkeit für eine entsprechende Vollumsetzung der tatsächlichen räumlichen Dezentralisierung, der tatsächlichen räumlichen Dezentralisierung in Ergänzung zur inhaltlichen geografischen Dezentralisierung wie es in der Vergangenheit schon passiert ist.

Und das kann natürlich nicht heißen, dass vor allem traditionelle Schwerpunktspitäler, die wir in Wien haben, Stichwort für mich Rudolfstiftung, Stichwort für mich - als Ottakringer verständlich - das Wilhelminenspital, also diese traditionellen, natürlich auch das Donauspital, ist ja keine Frage, ist ja ein wichtiger Stützpunkt unserer Gesundheitsversorgung, aber natürlich auch das Kaiser-Franz-Josef-Spital und viele andere, die es dabei gibt, dass die nicht auch entsprechend weiterentwickelt werden.

Auch hier haben wir zum Teil alte Bausubstanz, hier ist eine ganze Menge passiert, Stichwort Onkologie im Wilhelminenspital. Hier ist eine ganze Menge noch vor uns, was wir auch zu machen haben und es werden dafür nicht nur jetzt unter dem vordergründigen Titel der Konjunkturbelebung, sondern aus grundsätzlichen gesundheitspolitischen Erwägungen heraus die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Natürlich haben wir nicht alles auf einmal machen können, niemand kann zaubern, jeder ist auch auf die ökonomischen Realitäten der Bauwirtschaft entsprechend angewiesen. Das ist keine Frage, aber es ist ganz klar, dass diese Investition des neuen Krankenhauses Nord nicht nach sich ziehen kann, dass Mittel abgezogen werden aus der Weiterentwicklung der traditionellen Spitäler in der Stadt.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau Dr. Pils, bitte.

GRin Dr. **Pilz**: Danke, Herr Vorsitzender. Herr Bürgermeister!

Es müsste Ihnen doch zu denken geben, dass Veränderungen in der Stadt im Gesundheitsbereich, insbesondere in den Bereichen der Gesundheitsversorgung, die üblicherweise nicht mit großer berühmter Spitzenmedizin im Zentrum stehen, wie es die Geriatrie ist, wie es die Psychiatrie jetzt darstellt, dass diese Veränderungen, Stichwort Pflegeheim Lainz, Baumgarten

und die anderen alten Einrichtungen, und Stichwort Psychiatrie, immer nur dann zum Thema werden und auch den nötigen Impuls zur Veränderung kriegen, wenn die Opposition mittels Untersuchungskommission den Finger in die Wunde legt.

Ich sehe, dass Sie das amüsant finden, aber ich möchte Sie erinnern, dass die Frau Pittermann, die Frau StRin Pittermann, vor Einrichtung der Untersuchungskommission "Lainz" ein Pflegeheimgesetz vorgelegt hat, das hat die Verhältnisse, so desolat wie sie waren, festgeschrieben: keinerlei Veränderungsbedarf für die großen alten Häuser. Sie musste es in die Rundablage entsorgen, nachdem der Druck durch die Untersuchungskommission groß war. Man hat immer noch auf Lainz beharrt und uns gesagt, "8-Bett-Zimmer macht dementen Menschen nichts", Originalton Frau StRin Pittermann. Und jetzt stehen wir ganz woanders und StRin Wehsely hat gesagt, Lainz ist nicht zu halten, Lainz ist die Versorgung vom vorletzten Jahrhundert.

Jetzt sind wir bei der Psychiatrie wieder soweit, 30 Jahre lang hat man zwar einen großen inhaltlichen - nach Basaglia - einen großen inhaltlichen Entwurf sich ausgedacht, die Umsetzung hat sich, insbesondere was das Otto-Wagner-Spital betrifft, auf Ankündigungspolitik beschränkt und erst jetzt durch die Untersuchungskommission kriegt die Sache Tempo. Es ist bemerkenswert in dem Zusammenhang, Herr Bürgermeister, dass die Frau Stadträtin letztes Mal in der Untersuchungskommission noch zwei weitere Dezentralisierungsprojekte angeführt hat, die sie vorher offensichtlich nicht auf der Tagesordnung hatte und auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie soll jetzt neu eine Abteilung im Krankenhaus Nord bekommen.

Ich frage Sie daher, Herr Bürgermeister, wieso haben Sie, was die Psychiatrie jetzt betrifft, in den vergangenen Jahren zugeschaut, dass man hier zwar viel vor hat, aber wenig umgesetzt, haben Ihre StadträtInnen Sie darüber informiert und haben Sie ihnen gesagt: „Erzählt mir mal, wie es da aussieht im Otto-Wagner-Spital, ist es wirklich so, dass es Menschen gibt, die Bränden zum Opfer fallen, ist es wirklich so, dass sich hier Männer und Frauen die Sanitäräume teilen müssen, ist es wirklich so, dass man hier so wenig Personal hat, dass es Hilfeschreie gibt des Personals, von Seite der Ärzteschaft im Dienstweg und niemand tut was?“

Haben Sie sich dafür interessiert und was hat man Ihnen geantwortet.

Bgm Dr. **Häupl**: Also zunächst einmal will ich alles ausklammern, was ich hier zu Gehör kriege, was Sie gesagt haben, nur gilt dasselbe für die Frau Korosec, können wir uns gerne einmal unterhalten, weil dies durchaus ein Beispiel dafür wäre auch, wie man dieser Argumentation "in der Stadt passiert erst dann etwas, wenn es

eine Untersuchungskommission gibt", in der Tat auch brechen kann. Das ist überhaupt gar keine Frage.

Das gilt ja auch hier. Denn wenn ich mir nur vergegenwärtige, und jetzt greife ich nicht allzu weit zurück, dass diese Reformschritte, die hinter diesen ganzen Diskussionen um den Flächenwidmungsplan rund um das Otto-Wagner-Spital stehen, wenn die auch entsprechend öffentlich vorgestellt wurden, natürlich bedürfen die einer Vorbereitungszeit, da war von einer Untersuchungskommission keine Rede.

Also so gesehen ist ja einfach auch festzuhalten, dass es, unabhängig davon, ob es diese Untersuchungskommission gegeben hat oder nicht, ja selbstverständlich eine permanente Weiterentwicklung auch jener Beschlüsse, die gefasst worden sind, an der Basis mit 1979, aber natürlich auch aus den Ergebnissen des Rechnungshofes – ich darf Sie übrigens erinnern, in diesem Rechnungshofbericht damals steht drinnen, es ist zu viel Personal, es gehört weniger Personal, möchte Sie nur erinnern daran, Gott sei Dank haben wir uns nicht daran gehalten, das sage ich auch noch einmal so en passant dazu.

Es hat mich hier nicht ein Hilferuf erreicht so wie auch andere Dinge mich nicht erreichen, obwohl man nachher behauptet, es wäre so gewesen, ich entnehme das lediglich den Medien dabei. Natürlich hat mich die Information über diese zwei Unfälle erreicht. Über die Medien, so wie mich jetzt erreicht haben die Berichte über Unfälle in anderen Krankenhäusern und so wie mich natürlich auch Berichte über Unfälle erreichen, bei denen Feuerwehrmänner zu Schaden kommen oder es gibt ja leider viele Bereiche, wo so etwas passiert, durch das Verkehrsaufkommen auch bei der Müllabfuhr und vielen anderen.

Natürlich hat mich das erreicht. Und natürlich habe ich mich dafür interessiert. Denn ich halte das selbst natürlich für entsetzlich, also überhaupt gar keine Frage. Jeder solche Todesfall ist furchtbar, ist emotionell beeindruckend, also für mich jedenfalls, das ist überhaupt gar keine Frage, und selbstverständlich habe ich mich blitzartig danach erkundigt, wie das passieren konnte und wie die einzelnen Abfolgen sind.

Aber ich halte hier auch fest, dass die Abfolgen, die vorgesehen sind, insbesondere jene mit Anzeigen auch an die Staatsanwaltschaft eingehalten wurden, und dass die Staatsanwaltschaft hier diese Anzeigen zurückgelegt hat, es also zu keinen Gerichtsverfahren, geschweige denn zu Verurteilungen gekommen ist. Das ändert nichts am tragischen Charakter des Vorfalls. Also bitte mich da nicht miss zu verstehen. Aber es ändert für mich auch auf der anderen Seite nichts daran, dass ich kein anderes Urteil bilden kann als jenes, das sich die Staatsanwaltschaft

gebildet hat und ich halte da auch fest dazu, dass ich natürlich auch die Frage gestellt habe. Wie sieht es nun aus in der Tat mit dem Personalstand und mir auch namhafte Experten auch zitiert wurden und berichtet wurden, die durchaus den Personalstand für richtig befinden, auch im internationalen Vergleich. Jetzt wird der Bürgermeister, der kein Spezialist ist in diesen Fragen, dies zur Kenntnis zu nehmen haben, was Experten zu einem solchen Spezialbereich auch sagen und dies habe ich auch getan. Unbeschadet dessen, wie er dann berichtet hat, dass eine Anzahl, ich glaub 15 ÄrztInnenposten mehr geschaffen wurden dazu, was ich natürlich mit Befriedung zur Kenntnis genommen habe. Dass die Freunde von der Personalvertretung, egal welcher Personalvertretung, im ganzen großen Riesenbereich der Wiener Stadtverwaltung noch niemals in all der Zeit zu mir gekommen sind und gesagt haben: „Bitte nimm uns ein Personal weg, wir haben zu viel Personal“, das darf ich aus eigener Wahrnehmung auch berichten.

GRin Dr. **Pilz**: Herr Bürgermeister, ich danke Ihnen für die klaren Worte, dass Sie sich interessieren und dass Sie sich auch erkundigt haben. Ich will Ihnen zu den ÄrztInnenposten, die hier besetzt wurden, einfach noch einmal in Erinnerung rufen, die Besetzung erfolgte durch jene ÄrztInnen, die frisch von der Universität kommen und die nicht einmal eingeschult wurden, das Gefahrenpotenzial ist gegeben. Es heißt zwar, man kann ja den diensthabenden Facharzt holen, man muss nur das Problem erkennen, das sich vielleicht vor Ort mit einer PatientIn ergibt, um überhaupt bewerten zu können, ob man sich um Hilfe bemüht. Das sehe ich als großes Risiko für die ÄrztInnen, die im Allgemeinturnus sind, die jetzt vor Ort sozusagen unvorbereitet und uneingeschult ins Wasser geworfen werden und ich möchte Ihnen in dem Zusammenhang sagen, dass in der Steiermark die Patentenanwältin, also die sozusagen Spiegelgleich zum Herrn Dr. Brustbauer eingesetzt ist. In der Sache, wo ein Patient verstorben ist, weil ihm jemand etwas in den, während er fixiert war, einen Gegenstand in den Hals geschoben hat und er erstickt ist, dass in dem Zusammenhang eine Sachverhaltsdarstellung nach dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz eingebracht wurde und da geht es dann um mehr und es ist ja die Debatte, die wir auch immer hatten. Unser Strafrecht braucht eine schuldige Person, sonst legt man zurück. Und leider wurde hier sehr oft in diesem Raum daraus der Persilschein gezogen: da gibt es keinen Schuldigen. Das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz - das nach der Auffassung namhafter JuristInnen auch auf die Spitäler der Gemeinde Wien anzuwenden wäre, es ist noch nicht ausjudiziert - sieht vor, dass im Falle, wenn jemand zu Scha-

den kommt, auch erwogen wird, ob Strukturprobleme und damit sozusagen Führungsverantwortung hier zum Tragen kommt und auch der Verband sozusagen hier schuldhaft erklärt wird. Das, denk ich, wäre ein Fortschritt, weil da können wir mehr diskutieren, da können wir auch wirklich über die Strukturdefizite diskutieren, die wir hier sehen. Wir haben den Eindruck und da Frage ich Sie Herr Bürgermeister, Sie sind ja verantwortlich auch für Bestellung des Patientenanwaltes Dr. Brustbauer. In der Vernehmung des Herrn Dr. Brustbauer hat sich klar herausgestellt, sie sind - ich sehe schon an der Kommunikation des Herrn Magistratsdirektors - in der Gesamtverantwortung oder wenigstens wissen Sie, dass der Herr Dr. Brustbauer bestellt wurde. Möglicherweise ist es auch die Stadträtin Wehsely, ich habe Sie noch nie unglücklich gesehen, dass der Herr Dr. Brustbauer Patientenanwalt ist. Jedenfalls hat der Herr Dr. Brustbauer einerseits PatientInnen falsch informiert, indem er gesagt hat, da geht es nur um das Otto Wagner Spital und nicht um die anderen Psychiatrien. Und er hat sich gar nicht interessiert für diese Dinge, die vorgekommen sind, er hat z.B. nach dem einen Brandunfall gar nicht im Detail gefragt. Wir haben den Eindruck, da wird beschönigt und verschwiegen. Wie können Sie, Herr Bürgermeister, sicherstellen, dass die Beschwerden - zu Ihnen kamen ja nur 12, aber andere beschwerten sich eben auch beim Patientenanwalt - dass hier mit dem nötigen Nachdruck Konsequenz gezogen werden.

Bgm. Dr. **Häupl**: Frau Gemeinderätin, aus eigener Wahrnehmung kann ich zu den Vorgehensweisen in der Steiermark sagen, das ist auch nicht Gegenstand dieser Diskussion. Eine juristische Beurteilung kann ich ebenfalls nicht abgeben, ich bin ja kein Jurist, ist außerdem auch nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Die Bestellung des Patientenanwalts erfolgt durch Beschluss der Wiener Landesregierung. Wie Ihre Fraktion da mit gestimmt hat oder nicht gestimmt hat, weiß ich nicht.

GRin Dr. **Pilz**: Dagegen!

Bgm. Dr. **Häupl**: Ist mir ehrlich gesagt wurscht, um es volkstümlich zu sagen. Ich habe es angenommen, ich schaue auch gar nicht nach jetzt, wer wie gestimmt hat in der Landesregierung dazu. Ich möchte nur darauf hinweisen, in der Gesamtverantwortung bei mir kann man natürlich alles argumentieren, das ist klar, das ist ein Totschlagargument, mit dem kann man natürlich auch alles argumentieren. Ich habe nicht den Eindruck, dass der Patientenanwalt beschönigt, ich habe den Eindruck, dass der Patientenanwalt gute Arbeit macht, hätte ich nicht diesen Eindruck, dann würde ich eine Diskussion darüber beginnen, ob er abgelöst gehört dadurch wen immer, das weiß ich jetzt juristisch

gar nicht, weil es ist zur Stunde keine Frage und kein Thema für mich dabei und daher kann ich Ihre Frage nur mit Axelzucken beantworten. Ich weiß nicht, was ich sicherstellen soll, denn ich habe den Eindruck es funktioniert.

GRin Dr. **Pilz**: Herr Bürgermeister, wahrscheinlich liegt das Problem darin, dass sehr viele Leute hier Dinge, die vorkommen und die man sieht und die Betroffene einklagen, beharrlich nicht als Misstand anerkennen wollen. Die Frau Stadträtin Wehsely hat auf die Frage, ob jemand bei Fixierungen zu Schade gekommen ist, wissend dass eine Patientin zu schwer verbrannt ist, mir im Gemeinderat geantwortet: „Es hätte nur körperliche Beeinträchtigungen gegeben.“ Also da muss ich mich bemühen, mich nicht falsch informiert zu fühlen. Ich kann es bei aller Empathie nur als Beschönigung und als Verschweigen bewerten. Sie hat das hier in der Untersuchungskommission auch mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück ziehen müssen. Es ist ein körperlicher Schaden, ja dazu haben wir die Untersuchungskommission gebraucht, sonst hätten wir nicht erfahren, dass es hier diesen schlimmen Vorfall gegeben hat und man hat sich also sozusagen - offiziell aus den Medien erfährt man ja Gott sei Dank eh das eine oder andere - und man hat auch hier und das hat Stadträtin Wehsely auch gesagt, sie qualifiziert diese Dinge nicht einmal als Unfall, sondern als Vorfall. Und da habe ich den Eindruck, Herr Bürgermeister, wenn man so sehr nicht hinsehen will, so sehr nicht hinsehen will, dann ist die Frage des Missstandes auch nie seitens Ihrer Fraktion eine, der man sich stellen kann, im Sinne: machen wir es besser, weil man so damit beschäftigt ist alles abzuwerben und alles zu verschweigen und zu beschönigen. Sehen Sie das so und sehen Sie das als Problem.

Bgm. Dr. **Häupl**: Sehe ich natürlich nicht so, das ist ja gar keine Frage. Ich mache jetzt nicht Wortklauberei, das sage ich auch gleich ganz offen. Ob Vorfall oder was immer sonst, für mich ist es eine entsetzliche Geschichte und auch wenn es nur ein Einzelfall ist, ist es eine entsetzliche Geschichte. Man kann es auch nicht mit der zynischen Bemerkung abtun, die ich heute irgendwo gelesen habe am Morgen, dass man sagt: "Ja in Spitälern sterben halt Menschen." Das mag zwar seine Richtigkeit haben, aber es ist trotzdem zynisch, angesichts einer Situation, wo man sagt, es ist furchtbar, wenn man solche Dinge hören, lesen, erleben will ich jetzt gar nicht reden, ist besonders dramatisch. Das ist gar keine Frage, es ändert nur jetzt für mich in meiner Beurteilung, überhaupt nichts daran. Es ist der vorgesehene Weg dazu eingehalten worden. Es ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Die Staatsanwaltschaft hat sich das auch entsprechend angesehen und ich kann nicht staatsanwaltschaftlicher sein als die Staatsanwaltschaft. Und wenn man nun in

Rechnung stellt, dass es sich, generell gesehen, bei der Frage Fixierung oder Netzbett oder all diesen ganzen Diskussionen, die es dazu gibt, natürlich aus meiner Sicht heraus gesehen, um eine Frage handelt, die eine ÄrztIn zu entscheiden hat, welches Mittel sie anwendet, sie hat sich ohnehin später dann auch zu rechtfertigen. Jedenfalls ist es mit Sicherheit keine politische Entscheidung. Weder die Stadträtin, noch der Wiener Bürgermeister steht dort und sagt: „Der muss jetzt in ein Netzbett oder muss fixiert werden.“ Natürlich keine politische Entscheidung. Man fühlt sich natürlich nicht gut, wenn man von solchen Dingen erfährt, das ist überhaupt keine Frage, man muss aber dann trotzdem darauf achten, dass man sieht, sind die vorgesehenen Wege auch entsprechend eingehalten worden und was ist das Ergebnis. Das ist bedauerlich alternativlos und es stimmt einen gelegentlich etwas bedauernd oder mit negativen Emotionen versehen, wenn man Dinge zur Kenntnis nehmen muss. Dass es Unfälle gibt, dass es zu solchen Ereignissen, furchtbaren Ereignissen kommt auch in Spitälern, auch wenn man feststellt, dass niemand Schuld ist daran, ändert es nichts an der Tatsache, dass es trotzdem furchtbar ist. Mir hat auch der Kranfahrer leid getan, der bei der Baustelle der Feuerwehr zu Tode gekommen ist. Als der Windstoß diesen Kran umgeschmissen hat, sehr leid, und wir haben uns natürlich auch um seine Familie gekümmert oder der Forstarbeiter, der bei den Aufräumarbeiten nach Kyrill in Wildalpen ums Leben gekommen ist. Wo wir uns natürlich auch um die Familie gekümmert haben, wie man damit in Folge gesehen umgeht, ist aus meiner Sicht heraus gesehen, ich sag das sehr offen, eine Frage des Anstandes. Aber deswegen kann man jetzt noch nicht von irgendwelchen wahnsinnigen Versäumnissen, Missständen reden oder andere Beschuldigen, das ist schönreden.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner:** Frau GRin Praniess-Kastner.

GRin **Praniess-Kastner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Sie haben gerade von menschlichem Umgang auch gesprochen miteinander und wie man mit Problemen umgeht in dieser Stadt, das liegt nicht immer in politischer Verantwortung. Aber wir haben heute auch von der Frau Stadträtin Brauner schon gehört, dass gerade das Gesundheits- und Sozialressort auch dafür zuständig ist, diese Probleme zu „handeln“. Meine Vorrednerin, Kollegin Pilz, hat den Herrn Patientenanwalt Dr. Brustbauer angesprochen und ich möchte noch einmal auf ihn zurück kommen. Ich gehe davon aus, sie haben die Protokolle nicht gelesen und sie haben auch gesagt, das ist nicht ihre Aufgabe diese Untersuchungskommission genau zu verfolgen. Und deswegen möchte ich kurz voran stellen. Dass hier in der Untersuchungskommission ja auch PatientInnen sich an uns gewandt haben, näm-

lich an die Oppositionsparteien und hier aussagen wollten. Von der Mehrheitsfraktion wurde das abgelehnt und wir müssen das natürlich zur Kenntnis nehmen und so gab es die offizielle Aufforderung, dass sich PatientInnen, auch deren Angehörige an den Patientenanwalt Brustbauer wenden können. Bei Vorfällen, die ihnen passiert sind oder bei Problemen, die sie hatten im Rahmen der psychiatrischen medizinischen Versorgung in dieser Stadt. Der Patientenanwalt hat dann hier in seiner Aussage zu Protokoll gegeben, dass sich manche an ihn gewandt haben, er hat dann Äußerungen getätigt wie: er hat sich gewundert, dass man mit PatientInnen, die in psychiatrischer Behandlung sind oder waren überhaupt so normal reden kann. Er hat sich eben sehr gewundert darüber, es waren andere Aussagen von ihm auch noch, die ich jetzt nicht auswendig wieder geben kann, die ein bisschen seltsam anmuten für einen Patientenanwalt und die vielleicht auch daran zweifeln lassen, dass er erstens die notwendigen grundmedizinischen Kenntnisse hat, die möglicherweise die für so einen Job nötig sind, aber ganz konkret kann ich ihnen noch eine zitieren, eine Aussage, die auch an seinen ökonomischen Kenntnissen zweifeln lassen. Er hat nämlich verwechselt den Ist und Soll Stand bei der Bettenanzahl und hat sich dann in der Untersuchungskommission geäußert, da wurde er von ExpertInnen aufgeklärt, dass es einen Unterschied zwischen Ist und Soll Stand im Personal, aber auch bei der Bettenplanung gibt. Herr Bürgermeister, in Anbetracht dieser Information, die ich Ihnen gegeben habe, stelle ich Ihnen ganz klar die Frage. Der Herr Dr. Brustbauer ist sicher eine honorige und hochverdiente Persönlichkeit in seiner bisherigen Berufslaufbahn. Die Kenntnisse im menschlichen im zwischenmenschlichen Bereich, im medizinischen Bereich, aber auch im ökonomischen Bereich würde ich auf Grund der Aussagen sagen, lassen etwas zu wünschen übrig. Können Sie es in Ihrer Verantwortung PatientInnen und deren Angehörigen gegenüber verantworten als Wiener Bürgermeister, diesen Wiener Patientenanwalt in Amt zu lassen. PatientInnen es zuzumuten sich an dieser Stelle zu wenden, wo ich dann noch einige Zitate anführen könnte, was er gemeint hat, dass er sozusagen, dass es nicht seine Aufgabe ist, sich darum zu kümmern, was mit Beschwerden dann passiert und so weiter.

Bgm. Dr. **Häupl:** Etwas schwierig für mich zu beantworten diese Frage. Denn ich kann aus eigener Wahrnehmung dazu nichts sagen. Solche Begrifflichkeiten, solche Aussagen hat der Patientenanwalt mir gegenüber nie getätigt und daher kann ich jetzt nur davon ausgehen, er hat das alles in der Tat so gesagt. Mein Kommentar dazu kann nur der sein, ich hätte andere Worte gewählt, das ist keine Frage. Ich hätte mit Sicherheit auch nie gesagt, dass ich als Patientenanwalt nicht für die Erledigung von Beschwerden

zuständig bin. Das ist keine Frage. Ich nehme das heute mit, für eine Zeugenaussage hier, wo man Wahrnehmungen darlegen soll, ist von meiner Seite her nicht wirklich jetzt was beizutragen.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: GR Deutsch.

GR **Deutsch**: Herr Vorsitzender. Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte einige Richtigstellungen auch für das Protokoll treffen. Erstens, die Tatsache, dass bei drei Untersuchungskommissionen zwei das Gesundheitsressort betreffend gegeben hat, besagt nicht, dass die Vorwürfe, die mittels Minderheitsrecht im Einsetzungsantrag formuliert wurden, automatisch stimmen. Sondern letztendlich sind die Ergebnisse im Bericht, der an den Gemeinderat erstattet wird zu entnehmen. Ich möchte auch richtigstellen, dass die Frau Vizebürgermeisterin Brauner nicht nach der Anzahl der Beschwerden gefragt wurde, wenn sie das kritisiert haben, sondern nach einem konkreten Brief und ich wiederhole mich, wenn ich sage, wenn sie heute nicht mehr wissen, was vor einer Stunde hier gesagt wurde, warum soll sich dann die Frau Vizebürgermeisterin an Briefe, die vor Jahren geschrieben wurden, erinnern können. Ich bedauere auch, Frau Kollegin Pilz, dass sie die Antworten des Herrn Bürgermeisters nicht abwarten konnten, sondern jetzt schon über die APA das Ergebnis ihrer Befragung ausgesandt haben. Für mich ist das ein weiteres Beispiel, dass es ihnen eigentlich überhaupt nicht um die Befragung geht, sondern das, was wir ja ohnehin in den letzten Sitzungen immer wieder feststellen konnten. Nämlich ausschließlich um eine Skandalisierung. Ich betone nochmals, dass es unser Bestreben stets war, jedem Vorwurf nach zu gehen, ich habe Sie mehrmals aufgefordert auch öffentlich, allfällige Probleme, Missstände auf den Tisch zu legen. Dieser Aufforderung sind Sie ja nie nachgekommen, weil wir weder etwas zu beschönigen und schon gar nicht zu verschweigen haben, im Gegenteil, wir haben uns offensiv damit auch auseinander setzen wollen und werden das auch weiterhin tun, weil wir natürlich daran interessiert sind, dass es noch weitere Verbesserungen wie es sich eben in einer sich entwickelten Gesellschaft darstellt, auch hier geben wird. Allerdings werden - und der Ordner von uns, der da vorne liegt mit den Grünen Widersprüchen in der Untersuchungskommission, füllt sich immer mehr. Besonders dann, wenn sie von Investitionen bei alten Pavillons sprechen, da möchte ich schon daran erinnern, was ich auch vorher bereits sagen konnte, dass sowohl die Grünen als auch die ÖVP damals gegen die neue Flächenwidmung beim Otto Wagner Spital gestimmt haben. Sie nicken und bestätigen das auch. Wo aber diese Flächenwidmung sich nicht nur um den östlichen neu zu gestaltenden Teil

gehandelt hat, sondern eigentlich wo auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollten, bauliche Veränderungen an der alten Substanz und an der alten Struktur auch vorzunehmen. Eben auch die ÖVP hat hier dagegen gestimmt. Meine sehr geehrten Damen und Herren. Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich wollte daher eine Frage noch abschließend anhängen. Dass ja das Schlechtreden, das skandalisieren der Psychiatrie auch in der öffentlichen Diskussion natürlich den negativen Effekt hat, dass ja damit sämtliche Bemühungen zu einer Entstigmatisierung der Krankheit in der Bevölkerung zu kommen, ja damit natürlich auch torpediert werden. Und letztendlich diesen Bemühungen auch ein sehr schlechter Dienst erwiesen wird. Und meine Frage wäre, ob Sie es für sinnvoll halten würden, wenn beispielsweise der Krankenanstaltenverbund eine Entstigmatisierungskampagne öffentlich durchführt.

Bgm. Dr. **Häupl**: Herr GR. Was wahrscheinlich nicht sehr zur Sache passt, aber ich nehme die Information das vor Abschluss dieser Diskussion hier oder dieser Einvernahme hier bereits Pressemeldungen dazu kommen, mit höchsten Bedauern zur Kenntnis. Denn ich habe mich absolut jeglicher öffentlicher Äußerung vor - während ist ja nicht möglich, aber vor dieser Sitzung auch entsprechend enthalten. Ich sage nur dazu, will es nicht eskalieren, ich nehme mal an, es wird eine vernünftige Erklärung dafür geben, dass man die Vorgehensweise gewählt hat unter Normalbedingungen, sag ich ganz offen, würde ich aufstehen und gehen. Mache ich hier nicht, wir werden das in Ruhe und Frieden abwickeln schon aus Loyalität zum Vorsitzenden. Zur Frage selbst, ich sage Ihnen nur, selbstverständlich ist es das, denn ich weiß sehr gut wie - nicht nur in der Vorstadt, sondern generell gesehen auch in der Bevölkerung - diese Thematik abgehandelt wird. Ich weiß sehr gut, auch in diesem Bereich über das Stimmungsbild in der Bevölkerung - und das nicht erst seit jetzt, sondern seit geraumer Zeit. Und ich weiß auf der anderen Seite auch wie unglaublich schwierig es ist, auch in verschiedenen anderen Bereichen, wo es nicht so handfest ist, aber in diesem Bereich selbstverständlich im besonderen Ausmaß auch ein humanistisches Weltbild in das allgemeine Auffassungsbild der Menschen zu bringen. Ich weiß wie schwierig es seinerzeit gewesen ist bei körperlich Behinderten. Tatsächlich eine Integration in Kindergartengruppen, in Schulklassen, aber vor allem auch in das Alltagsleben der Menschen zu bringen. Bei geistig und mehrfach Behinderten ist das natürlich noch sehr viel mehr der Fall. Bei psychisch Kranken ist es natürlich noch sehr viel mehr der Fall. Und daher halte ich enorm viel davon, dass man hier alle Bemühungen setzt, um hier beizutragen und zu erklären, dass es sich hier um eine Krankheit handelt und

es unsere Aufgabe ist Kranken zu helfen. Und sie nicht verächtlich zu machen oder sonst irgendetwas. Daher halte ich natürlich von dem Prinzip sehr viel. Darf ich, Herr Vorsitzender, nur für das Protokoll, nur einen Hinweis geben, der Wiener Patientenanwalt ist weisungsfrei, ist unabhängig. Und der Wiener Patientenanwalt war in seinem vorigen Beruf der Vorsitzende des Obersten Gerichtshof. Nur so viel dazu, dass man sich vielleicht ein bisschen überlegt wie man Leute charakterisiert. Auch vielleicht ein Teil der Stigmatisierung.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner:** Frau GRin Dr. Pilz, bitte.

GRin Dr. **Pilz:** Herr Bürgermeister, Sie haben gesagt es ist Ihnen, ich verwende das Wort, "egal", warum die Grünen gegen die Bestellung des Patientenanwaltes gestimmt haben. Ich kann es Ihnen jetzt gerne nachliefern die Informationen, falls Sie es nicht mehr in Erinnerung haben, was unsere Begründung war. Der Grund war tatsächlich, dass sich sehr kluge, im Gesundheitsbereich erfahrene junge Juristinnen, die schon mit Beschwerdemanagement zu tun hatten, beworben haben. Und ein verdientes ehemaliges Mitglied des Obersten Gerichtes, der Herr Dr. Brustbauer, schon in Pension war. Wir waren der Ansicht, dass es gut wäre, wenn für die Vertretung der Interessen der PatientInnen, die jungen ambitionierten Frauen zum Zuge kommen. Wir haben es bedauert, dass es nicht der Fall war. Wir hätten nämlich im Falle, dass man sich für eine dieser Bewerbungen entschieden hätte, sehr gerne zugestimmt. Ich möchte Sie außerdem davon informieren, dass ich die Presse davon informiert habe, dass ich Ihnen diese Informationen, die ich Ihnen gegeben habe, zur Kenntnis gebracht habe. Und ich würde Sie in dem Zusammenhang noch einmal auf die Bedeutung dieser Information hinweisen. Ich habe Ihnen gesagt, dass die ÄrztInnen, die jetzt im OWS auf den neugeschaffenen Posten sitzen, in ihrer großen Zahl sich überfordert fühlen, in ihrer großen Zahl nicht ausreichend vorgebildet sind und in ihrer großen Zahl nichts wie weg wollen aus dem OWS. Das sagen mir die Betroffenen selbst. Und in einem Fall, und davon habe ich Ihnen berichtet, ist es zu einer unglaublichen Entgleisung gekommen. Zu einer Misshandlung einer Ärztin und das Spitalsmanagement hat versucht, diese Ärztin davon abzuhalten hier eine Anzeige zu machen. Das ist keine Kleinigkeit, Herr Bürgermeister. Und ich denke die Öffentlichkeit hat einen Anspruch auf diese Information. Es war heute hier sehr oft von den Spitalsplanungen die Rede und vom Krankenhaus Nord. Das haben wir unterstützt im Übrigen. Wir sind ja bei guten Projekten sehr, sehr gerne dabei. Ich erinnere mich, rund um die Debatte um Lainz hat man zuerst als ehernes Prinzip der

SPÖ den Erhalt des Pflegeheim Lainz sich auf die Fahnen geschrieben. Und erst nach einem mehrjährigen Prozess dem - was die Grünen schon längst gefordert haben - anschließen können, nämlich dass man Lainz zusperrt. Mit guten Gründen. Wir haben das damals auch sehr unterstützt. Wir haben jetzt hier in der Untersuchungskommission von Frau Stadträtin Wehsely gehört, Herr Bürgermeister, dass weitere Dezentralisierungen geplant sind. Also, sowohl nach Hietzing als auch ins Wilhelminenspital. Also, nicht nur Rudolfstiftung und Wien-Nord, wie wir zuerst informiert waren. Ich frage Sie jetzt, Herr Bürgermeister, planen Sie die völlige Absiedelung des Psychiatrischen Zentrums aus dem OWS und würden Sie das im Lichte dieser Untersuchungskommission für sinnvoll erachten?

Bgm Dr. **Häupl:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, zunächst einmal ich habe nicht gesagt, dass es mir egal ist, warum die Grünen dagegen gestimmt haben, sondern ich habe lediglich festgestellt, dass das Faktum heute mir nicht wichtig erscheint. Jedenfalls nicht so wichtig, dass ich Zeit dafür opfere jetzt dann im Protokoll nach zu lesen, wie damals gestimmt wurde. Warum sie dagegen gestimmt haben, ist mir allerdings aus eigener Wahrnehmung erinnerlich. Die Diskussion war demokratisch legitim. Das ist überhaupt keine Frage, außer jedem Zweifel. Es hat unterschiedliche Einschätzungen zu geben. Wo gegen ich mich gewährt habe, ist lediglich, dass man einen ehemaligen Präsidenten des OGH nicht einfach, sagen wir einmal so, abqualifizieren kann. Das wollte ich nicht zulassen. Dazu ist unabhängig von Einzelformulierungen, jeder von uns, auch ich selbstverständlich, gar keine Frage, haben Formulierungen schon getätigt, die uns dann Leid getan haben, auch gar keine Frage. Auch nicht alles, was ich von mir gegeben habe, waren Sternstunden der Rhetorik. Auch gar keine Frage. Aber es ändert auch nichts an der Tatsache, dass man die Arbeit eines Menschen an solchen Dingen messen kann. Ich werde mit ihm reden, was er damit letztendlich auch gemeint hat. Ich bin überzeugt, wir kommen hier zu Rande. Um zu Ihrer eigentlichen Frage zu kommen und die Geriatrie wieder außen vor zu lassen und die Usurpierung Ihrer Verdienste um die Reform des Geriatriebereiches auch jetzt gar nicht weiter diskutieren zu wollen, weil wir hinlänglich Gelegenheit haben dazu, ich plane die Dezentralisierung nicht. Es ist die Dezentralisierung entschieden. Sie ist entsprechend umzusetzen. Und ich erwarte mir natürlich auch, dass diese Beschlüsse entsprechend umgesetzt werden. Natürlich wusste ich davon, dass für das Wilhelminenspital ein entsprechend räumlicher Dezentralisierungsschritt vorgesehen ist. Ich kann mir zur Stunde heute, auf Grund der Entwicklung, dass man komplett

die Psychiatrie absiedelt. Aber es ist keine Frage, dass man bei dieser Dezentralisierung die Räumlichkeiten dort, von den Investitionen her gesehen, aber natürlich auch von der Frage des Personalstandes, wesentlich besser zu gestalten sind als wir das jetzt haben und das soll auch so sein. Denn es gibt immer wieder Verbesserungsschritte, das ist gar keine Frage. Wenn wir das, was wir heute diskutieren und die letzten 30 Jahre anschauen, hat sich eine Menge zum Besseren verändert, zum Besseren gewandt. Und deswegen kann man nicht sagen, dass vorher alles nichts gewesen ist. Aber das sage ich einmal mehr.

GRin Dr. **Pilz**: Herr Bürgermeister, Sie haben für mich sehr gut nachvollziehbar erläutert, und ich kann Ihnen da sehr gut folgen, wie Sie gesagt haben, dass Ihnen jeder Fall zu viel ist, wo jemand zu Schaden kommt. Und dass das Sie persönlich trifft. Das kann ich sehr, sehr gut, auch in Kenntnis Ihrer Persönlichkeit, hier zur Kenntnis nehmen. Sie haben aber gemeint, dass es eine Frage des Anstandes ist, hier sich auch, Sie haben gesagt, gegenüber der Familie, in dem Fall ging es um Verstorbene, den Kranfahrer, sich erkenntlich zu zeigen. Wussten Sie und wissen Sie, Herr Bürgermeister, dass, was das eine Brandopfer betrifft, jener Mann der im Netzbett liegend von einem Mitpatienten angezündet wurde, er bei Dr. Dohr war, der hat ihm gesagt, ich sage das jetzt alltagssprachlich, „er kann kein Geld zusammenbekommen, weil kein medizinisches Fehlverhalten festgestellt werden konnte“. Er hat sich in der nächsten Debatte noch einmal an den Patientenanwalt gewendet. Jetzt Dr. Brustbauer. Und hat gefragt: „Wie kann es denn sein, dass er da nichts bekommt?“. Jetzt ist es verjährt war die bedauernde Auskunft. Mir sagen Juristen, der KAV kann die Verjährung für sich beanspruchen. Er muss es aber nicht. Er könnte sagen „wir verzichten auf diese Einwendung“. Er zahlt nicht. Bei einem anderen Brandopfer, die Frau, die zu einem Drittel verbrannt wurde, hat der KAV zuerst auch gesagt „er zahlt nicht“ und erst auf eine Klage und mit einem professionellen Anwalt hat man in einem Verfahren sich verglichen und eine hohe Entschädigungssumme seitens des KAV bezahlen müssen. Werden Sie sich, Herr Bürgermeister, im Lichte dessen, dass Sie sagen, es ist eine Frage des Anstandes, dass man sich bei den unschuldigen Opfern auch erkenntlich zeigt, dafür einsetzen, dass in Zukunft diese Entschädigungszahlungen im Interesse der PatientInnen abgewickelt werden? Dass dieses eine Brandopfer nicht auf Grund der Verjährung außen vor bleibt und schlussendlich, Sie und ich haben in der Zeitung gelesen, dass es einen Todesfall im SMZ-Ost gibt im Rahmen einer Fixierung. Werden Sie dafür sorgen, dass all die Dinge, die jetzt jenseits der personenbe-

zogenen Daten, die übrigens vollnamentlich auch schon in der Zeitung waren, leider, dass wir hier voll informiert werden, ob alle Vorkehrungen und Behandlungen lege artis waren und was es hier sozusagen seitens der Untersuchung der KAV internen Revision betrifft?

Bgm Dr. **Häupl**: Zu letzterem gehe ich davon aus. Ich würde mir wünschen, dass wir schneller informiert werden als die Medien. Bei allen Respekt der Tätigkeit der JournalistInnen und den Konkurrenzverhältnissen, denen sie ausgesetzt sind. Ich kenne das auch alles sehr gut. Ich darf Ihnen versichern, dass es nicht nur in diesem Bereich gelegentlich schneller ist, als man selbst informiert wird. Das ist nicht einmal passiert, dass ich von einem Journalisten zu einem Rechnungshofbericht befragt wurde, den er in Kopie vor sich liegen gehabt hat und mir ist er noch nicht einmal zugestellt worden. Da tut man sich bei der Diskussion dann manchmal ein bisschen schwer. Sie sehen, das ist nicht nur ein Schicksal von Oppositionsabgeordneten, sondern durchaus auch von Stadtsenatsmitgliedern und Landesregierungmitgliedern, dass man da gelegentlich, und wahrscheinlich war das alles nur früher so, heute in so Situation kommt. Die Beispiele, die ich Ihnen hier gesagt habe, befinden sich ja alle außerhalb von Normen. Da gibt es keinen Anwalt. Da gibt es keinen Patientenanwalt. Da gibt es gar nichts. Da erlangt man Kenntnis davon, nicht immer durch die Medien, manchmal funktioniert ja die Information bei solchen Dingen dann durchaus. Ich habe es heute hier auch schon berichtet, dass ich, wenn es solche Unglücksfälle gibt, vor allem mit Todesfolgen, dass ich dann auch informiert werde. Dann bemüht man sich, zumeist abseits auch normaler Verwaltungswege, hier eine entsprechende Hilfestellung zu leisten. Und selbstverständlich sage ich Ihnen gerne zu, dass wenn ich von solchen Vorfällen - jetzt verwende ich auch schon diesen komischen Begriff - von Ereignissen, bleiben wir neutral dabei, höre, dann werde ich mich natürlich bemühen, hier auch entsprechende Hilfestellung zu leisten, abseits von Rechtsauseinandersetzungen, Einschaltung von Rechtsanwältinnen und ähnlichem. Ich werde aber sehr darauf achten, das sage ich auch gleich ganz offen, dass das nicht ausgenutzt wird. Denn wenn man über eine gewisse Lebenserfahrung verfügt, erlebt man gelegentlich auch die Schattenseiten des Lebens, mit denen man dann weniger frohgemut ist. Man meint dann Gutes zu tun und in Wirklichkeit kommt das Gegenteil heraus. Auf das werde ich auch sehr achten. Ich sage das gleich. Das ist kein Persilschein, sondern das ist dann von Fall zu Fall anzuschauen. Was den Vorfall im SMZ-Ost betrifft, ist zwar auch nicht Gegenstand der Unter-

suchung hier, ich hoffe, dass wir zumindest zeitgleich informiert werden.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau GRin Praniess-Kastner, bitte.

GRin **Praniess-Kastner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bitte lassen Sie mich noch vervollständigen und vor allem für das Protokoll noch einmal festhalten, dass ich in Bezug auf den Herrn Patientenanwalt Dr. Brustbauer von einer sehr verdienten und honorigen Persönlichkeit gesprochen habe. Aber hier in diesem Zusammenhang geht es ja nicht um seine juristischen Verdienste in seiner ehemaligen Berufslaufbahn, sondern es geht um den menschlichen Zugang, den es sicherlich auch braucht, um hier als Patientenanwalt tätig zu sein. Das wollte ich jetzt für das Protokoll noch einmal vervollständigen.

Bgm Dr. **Häupl**: Frau Gemeinderätin, ich nehme das gerne zur Kenntnis. Was den menschlichen Aspekt betrifft, wiederhole ich mich. Ich habe darauf hingewiesen. Ich werde natürlich reden mit ihm.

GRin **Korosec**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich komme noch einmal zurück auf die Untersuchungskommissionen, auf die vielen Diskussionen, die wir geführt haben im Zusammenhang mit Netzbetten. Da haben namhafte Experten, wie der Prof. Kunze, Hinterhuber, Steiner, haben mit Unverständnis reagiert, dass es in Wien Netzbetten gibt. Der Herr Prof. Kunze hat zum Beispiel gemeint, Netzbetten kennt er nur aus dem Museum. Es gibt das Antifolterkommittee des Europarates und da wurde Österreich schon zwei Mal gerügt, dass es eben in Österreich noch immer Netzbetten gäbe. Im Justizbereich wurden sie abgeschafft. In der Psychiatrie in Wien gibt es sie noch. Und ich frage Sie jetzt: Wie ernst nehmen Sie so eine Aufforderung Netzbetten abzuschaffen?

Bgm Dr. **Häupl**: Frau Gemeinderätin! Erster Punkt dazu, die Frage der Anwendung dieser Mittel ist nicht eine Frage der Entscheidung der Politik, sondern eine Frage der Entscheidung der ÄrztInnen. Und zum zweiten, ich wusste von diesen Rügen nichts. Aber ich darf Sie schon darauf aufmerksam machen, stellen Sie diese Frage Ihrer eigenen Fraktion. Das ist ein Bundesgesetz. Und wenn man das ändern will und das ernst nimmt, dann soll man das Bundesgesetz ändern.

GRin **Korosec**: Ja das stimmt. Ich meine, grundsätzlich hat das das Gesundheitsministerium bekommen. Und das Gesundheitsministerium musste mitteilen, dass es in Wien noch immer Netzbetten gibt. Das heißt, es liegt an Ihnen beziehungsweise an der Entscheidung Netzbetten zu haben oder nicht zu haben.

Bgm Dr. **Häupl**: Es tut mir leid, aber ich wer-

de mich in diese ärztliche Diskussion nicht einmischen. Wenn der zuständige Gesetzgeber, und das ist der Bundesgesetzgeber, weil Sie mich gefragt haben, wie ernst ich das nehme, es offensichtlich dann genauso ernst nimmt oder so einseitig interpretiert wie Sie jetzt, dann soll er das Gesetz ändern. Das kann der Bundesgesetzgeber ohne Weiteres tun.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Gut dann danke ich für Ihre Aussagen, Herr Bürgermeister. Es gibt keine weiteren Fragen mehr. Ich darf Sie nunmehr aus der Zeugenschaft entlassen.

Wir haben noch ein paar Punkte zu klären. Es gibt noch ein paar Beweisanträge, die noch offen sind. Und zwar ist das der Beweisantrag Nr. 83, das ist die Ladung des Herrn Univ.-Prof. Dr. Heinz Katschnig und der Beweisantrag Nr. 242, das ist die Ladung des Herrn Dipl.-Ing. Dr. Hannes Schmidl. Wenn Sie sich erinnern, der Herr Prof. Katschnig war wegen seines Auslandsaufenthaltes hier nicht fähig, vernommen zu werden. Beim Herrn Dipl.-Ing. Dr. Schmidl ist es seine Krankheit. Jetzt wollte ich Sie fragen, ob wir von einer Einvernahme dieser beiden Herren künftig absehen wollen und damit das als erledigt betrachten?

Bitte, Herr Gemeinderat Deutsch.

GR **Deutsch**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns das, vorbereitend für die heutige Sitzung, ebenfalls angesehen. Nachdem wir ja mit dem heutigen Datum das Beweisverfahren abgeschlossen haben und es keine weiteren Befragungen mehr gibt. Und hätten daher auch einen Antrag vorbereitet, wo ich davon ausgehe, dass der einstimmig sein wird, weil wir uns ja grundsätzlich darauf verständigt haben. Dass wir beantragen von den bereits beschlossenen Beweisanträgen hinsichtlich der Ladung der Herren Univ.-Prof. Dr. Heinz Katschnig und Dipl.-Ing. Dr. Hannes Schmidl als Zeuge beziehungsweise Experte in der Untersuchungskommission Abstand zu nehmen. Mit der Begründung: „Nach Ansicht des Sachverständigen Univ.-Prof. Dr. Heinz Mayer und in der Rechtssprechung des Verwaltungsgerichtshofes heißt es, wenn ein Sachverhalt geklärt ist, ist das Beweisverfahren abzuschließen. Weitere Beweise sind nicht mehr aufzunehmen. Im gesamten Zeitraum wurden bis dato 49 Zeugen beziehungsweise Sachverständige gehört und unzählige Unterlagen als Beweismittel angefordert und dadurch eine hinreichende Beweisaufnahme zur Feststellung des Sachverhaltes durchgeführt. Es besteht keine Notwendigkeit einer Ergänzung, sodass von den bereits beschlossenen Beweisanträgen Abstand genommen werden kann. Eine Änderung der Sachverhaltsdarstellung ist durch die Einvernahme der beiden Zeugen nicht mehr zu erwar-

ten.“ Ich würde ersuchen, den Antrag zur Abstimmung zu bringen.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Frau GRin Dr. Pils, bitte.

GRin Dr. **Pils**: Wir stellen uns nicht gegen die nicht Einforderung oder Umsetzung dieser Ladung, aber der Antrag, den habe ich gerade noch gehört, entspricht nicht der Usance, dass man hier vorher kommuniziert. Ich würde daher bitten den Antrag bis zu unserer nächsten Sitzung zurück zu stellen. Ich will ihn einfach lesen, was Ihre Begründung dazu war. *(Zwischenruf)*

Das können wir das nächste Mal abstimmen. Es war kein Antrag über den wir in der Not abstimmen müssen. Wir wussten ja, dass die beiden Herren aus den genannten Gründen nicht der Ladung gefolgt sind beziehungsweise weil sie nicht folgen konnten. Ich will aber jetzt nicht eine Begründung, die kurz da verlesen wurde, auch mitbeschließen und stelle den Antrag, dass wir den Antrag zurückstellen bis zur unserer nächsten Sitzung.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Herr GR Deutsch noch.

GR **Deutsch**: Wir haben den Antrag deshalb vorbereitet, weil es ja insofern die letzte Sitzung ist, da die nächste Sitzung am 19.2.2009, wo es dann ausschließlich um die Berichte geht, ja damit dieser Antrag unerledigt wäre und wir natürlich das auch in den Berichten festhalten müssen. Das ist der Grund. Es ist relativ einfach, diesen Antrag zu kopieren, sodass es jeder jetzt noch durchlesen kann. Vom Grundsatz, glaube ich, würde ich da jetzt gar kein Problem sehen, dass wir den Antrag nicht heute schon beschließen können, weil wir uns ja ohnehin interfraktionell darauf verständigt haben, dass wir die beiden Zeugen nicht mehr hören. Wir wollten nur der Ordnung halber das auch heute in der Form abschließen, damit all jene, die einen Bericht vorbereiten möchten, das auch im Bericht bereits berücksichtigen können.

GRin Dr. **Pils**: Also, ich meine, ich kann das jetzt als Gegenantrag formulieren. Die Grüne Fraktion stellt den Antrag, dass man auf die Einberufung der Ladung oder Umsetzung, oder - ich weiß nicht, wie da das Wort heißt – dass man darauf verzichtet, *(Zwischenruf)* den Beweis Antrag Katschnig und Schmidl -

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: - Abstand nimmt von der Vernehmung.

GRin Dr. **Pils**: Genau!

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Ohne Begründung.

GRin Dr. **Pils**: Ohne Begründung. *(Zwischenruf)* Muss ich mich da jetzt nicht beschäftigen, was da drinnen steht. *(Zwischenruf)*

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Das ist wieder dasselbe Thema. Machen wir es nicht zu formell. Können wir nicht. *(Zwischenruf)* Ich habe

den Vorschlag gemacht, von der Vernehmung Abstand zu nehmen.

GRin Dr. **Pils**: Ohne Begründung.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Ohne Begründung. Und können wir das als Sucus des Ganzen nehmen, dass wir zu diesem Ergebnis kommen ohne formelle? Gut. Ja. *(Zwischenruf)* Dann darf ich also feststellen, dass von der Ladung der Herren Prof. Dr. Heinz Katschnig und Dipl.-Ing. Dr. Hannes Schmidl Abstand genommen wird. Ja! Gut.

Dann haben wir noch einen Beweisantrag, Nummer 258. Das betrifft die Zeugenladung des Herrn Dr. Herbert Schmidt. Das wurde zurückgestellt und darüber wurde noch abgestimmt. Können wir uns da auch darauf einigen, dass wir die Vernehmung des Herrn Dr. Herbert Schmidt nicht benötigen und dass wir also hier praktisch über -

GRin Dr. **Pils**: Helfen Sie mir jetzt aus einer Erinnerungslücke. Den Dr. Herbert Schmidt haben wir wofür geladen?

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Das wäre der Sprecher der PsychologInnen im Otto-Wagner-Spital.

GRin Dr. **Pils**: Wer hat denn den geladen?

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Wer den beantragt hat, das weiß ich jetzt nicht auswendig. *(Zwischenruf)* Also, mein Vorschlag ist. *(Zwischenruf)*

GRin Dr. **Pils**: Das wird sich doch herausfinden lassen, wer ihn geladen hat. *(Zwischenruf)* Ich weiß es nicht. *(Zwischenruf)* Wir waren es? Wir waren es! Ja. Wir waren es. Ja. *(Zwischenruf)* Sprecher der PsychologInnen. *(Zwischenruf)* Wir zeigen das einmal.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Entschuldigung! Ich wurde gerade aufgeklärt, also das war der Antrag der Gemeinderätinnen Dr. Pils und Mag. Antonov und zwar zu Zahl 258 vom 4.6.2008 und da war eben das Thema die Betreuungsqualität, Personalsituation und Qualitätssicherung und „state of the art“ - Versorgung, Sicherheit von PatientInnen und Personal, bauliche und infrastrukturelle Gegebenheiten und Schnittstellen intra- und extramuraler Versorgung. Also, lauter Themen, die wir an und für sich auch schon erläutert haben. Frau GRin Dr. Pils bitte.

GRin Dr. **Pils**: Können wir ihn einfach zurückziehen, dann ist die Sache erledigt.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Dann würde ich Sie darum bitte.

GRin Dr. **Pils**: Gut. Dann brauche ich keinen Antrag stellen, sondern wir ziehen ihn jetzt zurück.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Dann nehme ich gerne die Zurückziehung dieses Antrages Nummer 258 zur Kenntnis. Damit hätten wir eigentlich alle Punkte jetzt abgeklärt und wir hätten eigentlich nur mehr für Vorbereitung in der nächsten Sitzung die Diskussion über den

Abschlussbericht und die Wahl des Berichterstatters, dann die Frage, ob es eben allenfalls einen Minderheitsbericht gibt. In dem Fall wäre auch dann der Minderheitenberichterstatter festzustellen. Also, das wären die Programmpunkte dann für die nächste Sitzung. Und die sollte dann am 19.2.2009 stattfinden. Gut. Dann darf ich also mit dem Hinweis. Gibt es noch eine Wortmeldung oder ist noch eine Frage?

GRin Dr. **Pilz**: Um wie viel Uhr werden wir dann am 19.2.2009.

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Um 9.30 Uhr, so wie -

GRin Dr. **Pilz**: Können wir - *(Zwischenruf)*
Aha. *(Zwischenruf)*

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Na ja, die Termine sind eigentlich, glaube ich, schon vorgeesehen.

GRin Dr. **Pilz**: Nein, eh an dem Tag. *(Zwischenrufe)*

Vorsitzender Dr. **Baumgartner**: Also, wie gesagt, die letzte Sitzung, also die nächste Sitzung findet dann eben am 19.2.2009 bitte um 9.30 Uhr statt.

Und damit darf ich mich für Ihr Interesse bedanken und für die Mitarbeit und die heutige Sitzung schließen.

(Ende: 13.26 Uhr)